



Josef Deimer:

### Hochkonjunktur für Erwachsenenbildung

Bei der Jahrestagung des Bayerischen Volkshochschulverbandes wurde Landshuts Oberbürgermeister in seinem Amt als Präsident bestätigt.

Seite 3



Dr. Siegfried Naser:

### Garantie für eine gute Zusammenarbeit

Im GZ-Gespräch äußerte sich der Geschäftsführende Präsident des Sparkassenverbandes Bayern zur Situation der S-Finanzgruppe.

Seite 5



Dr. Helmut Jung:

### Bürgerzufriedenheit in Zeiten knapper Kassen

Der Geschäftsführer der GMS mbH, Hamburg, plädiert dafür, bestimmte Ressourcen mit noch größerer Vorsicht als bislang einzusetzen.

Seite 12

# Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 22. Mai 2003

54. Jahrgang / Nummer 11

GZ  
1. Juli 2003

„virtuelle Behörde“:

## Kernpunkt der kommunalen EDV-Welt

Am 2. Juli 2003 ist es wieder soweit: Alles, was in der EDV-Szene der bayerischen Kommunen Rang und Namen hat, trifft sich bei der 7. GZ-Zukunftswerkstatt „Die virtuelle Behörde“ im Garchingener Bürgerhaus. Es gibt wieder viel Neues zu sehen und zu hören. Für die fachliche Betreuung zeichnet erneut Prof. Klaus Jamin verantwortlich.

### Das sind die geplanten Themen:

#### Behördenanwendungen

Kameralistik versus kaufmännische Buchhaltung, Digitale Signatur, Bürgerinformationssysteme, Kommunen stellen ihren Internet-Auftritt vor, Elektronische Beschaffung, Haushaltsinterne Prozesse, Einsparpotenziale, eProcurement

#### Internet/Intranet

Bürger und Amt im Internet, Dokumente und Formulare, Lebenslagen-Konzept, Behörden-Intranet, Marktplatz Bayern, Portale und ihr Nutzen, Pflege und Laufbarkeit des Auftritts, Sicherheit

#### Netzwerke

Drahtlose Anbindung, Bluetooth-Technologie, schnelle, neue Technologien, Internet aus der Steckdose, verteilte Datenhaltung im Netz

#### Geo-Informationssysteme

Baugenehmigungsverfahren, digitale Flurkarte, Katasteramt, Geoportale, Gewerbeflächenmanagement.

Anfang Juni versenden wir unsere Einladungen an alle bayerischen Kommunen und veröffentlichen das Programm unter [www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de) in Internet. Die Teilnahme bleibt für Besucher kostenlos.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen!

### Bayerischer Städtetag:

## Den Worten müssen Taten folgen!

Der Vorstand des Bayerischen Städtetags hat die Bundesregierung mit Nachdruck aufgefordert, endlich ein tragfähiges Modell zur Modernisierung der Gewerbesteuer vorzulegen. „Der Bund muss jetzt die Weichen für ein Gewerbesteuermodell stellen, das den Städten eine verlässliche und faire Basis gibt, um ihre Infrastruktur ordnungsgemäß erhalten zu können“, betonte der Vorsitzende des Verbandes, Oberbürgermeister Josef Deimer, bei einer Pressekonferenz in München.

Das von der Bayerischen Staatsregierung beschlossene Sofortprogramm zur finanziellen Entlastung der Kommunen kommentierte Deimer mit den Worten: „Ziel erkannt, aber leider den falschen Weg einge-

schlagen. Der Freistaat muss selbst handeln und darf sich nicht auf gute Ratschläge an den Bund zurückziehen.“

### Gerechteste Lösung

Der Bayerische Städtetag hält das von ihm ausgearbeitete Modell für eine kommunale Betriebssteuer als die gerechteste steuerliche Lösung, weil damit das wichtige Band des gegenseitigen Interesses zwischen Stadt und örtlicher Wirtschaft nicht zerschnitten sondern gestärkt wird. Kernpunkt dieses Modells ist es, die tatsächliche Wertschöpfung vor Ort zu steuern. Auch auf Bundesebene haben sich laut Deimer die kommunalen Spitzenverbände auf ein gemeinsames Modell zur Modernisierung der Gewerbesteuer geeinigt und in die Gemeindefinanzreformkommission eingebracht. Es sei mit dem Vorschlag des Bayerischen Städtetags nahezu identisch.

Eine deutliche Absage erteilte der Bayerische Städtetag indes (Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

### Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Plädierte in München für eine effiziente Hilfe für die Kommunen: Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber.

### Bayerischer Landkreistag 2003 fordert:

## Weniger Staat, mehr Verantwortung!

Um „weniger Staat und mehr Verantwortung“ ging es bei der zweitägigen Jahresversammlung des Bayerischen Landkreistags in Bad Füssing, Landkreis Passau, an der 350 Vertreter der Landkreise und Gäste teilnahmen. Zwei Hauptgründe bewegen den kommunalen Spitzenverband, dieses Thema zu wählen: zum einen die sich öffnende Schere zwischen wegbrechenden Einnahmen und zunehmenden Ausgaben, zum anderen die zunehmende Last der Bürger, der Wirtschaft, aber auch der Kommunen unter Reglementierung und Bürokratie.

In seinem Grundsatzreferat forderte Verbandspräsident Landrat Theo Zellner, Cham, allerdings in erster Linie nicht mehr Geld, sondern vielmehr die Entlastung von Aufgaben, parlamentarische Zurückhaltung in der Beschlussfassung unbezahlbarer Leistungen, weniger Gesetze, mehr kommunale Selbstverwaltung, sowie den Umbau des Sozialstaates weg von der sozialen Hängematte hin zur gerechten Hilfe für die wirklich Bedürftigen.

### Mehr Spielraum

Den Kommunen als größtem Auftraggeber der Wirtschaft und Impulsgeber für Wirtschaftswachstum und Abbau von Arbeitslosigkeit sei mehr Spielraum einzuräumen. Reformen, so Zellner, seien notwendig. Eine ganz wesentliche Reform sei bereits in den vergangenen Monaten auf den Weg

gebracht worden, nämlich die Einführung des Konnexitätsprinzips und des Konsultationsverfahrens.

### Standortbestimmung

Zellner kommt es vor allem auf eine Standortbestimmung für den Landkreis der Zukunft an. Als dessen Schwerpunktaufgaben sieht er insbesondere den sozialen Bereich, Bildung und Kultur sowie die Daseinsvorsorge, aber auch die ständige Modernisierung der Kreisverwaltung, insbesondere die verstärkte Einführung von eGovernment und die Kommunalisierung staatlichen Personals an den Landratsämtern. Klar sei: Ein moderner Landkreis kann allerdings nur dann sinnvoll arbeiten, wenn die entsprechenden finanziellen Möglichkeiten vorhanden sind.

Ständig neue Belastungen, (Fortsetzung auf Seite 4)



350 Vertreter der Landkreise und Gäste nahmen an der Jahresversammlung des Bayerischen Landkreistags teil.

### KPV-Mandatsträgerkonferenz in München:

## Kommunen vor dem Kollaps

„Starke Kommunen - unser Auftrag“ lautete das Motto der diesjährigen KPV-Mandatsträgerkonferenz in München. Vor rund 250 Landräten, Bürgermeistern und Fraktionsvorsitzenden der CSU in München forderte der CSU-Vorsitzende, Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, Rot-Grün in Berlin auf, dem von CDU und CSU beschlossenen Soforthilfeprogramm für die Kommunen zuzustimmen.

Der CSU-Vorsitzende und Bayerische Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber will die Bundesregierung für die sofortige Verbesserung der Kommunalfinanzien in die Pflicht nehmen. „Die Bundesregierung kann sich nicht länger hinter Kommissionen verstecken. Die Kommunen brauchen effiziente Hilfe, und zwar schnellstens.“ Die Situation sei zu dramatisch, um Gemeinden und Kreise allein auf die seit Jahren geplante umfassende Gemeindefinanzreform verweisen zu können. „Die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission zur Gemeindefinanzreform hat bislang keine brauchbaren Konzepte vorgelegt. Längeres Zuhalten ohne überbrückende Soforthilfen führen unsere Kommunen in den Kollaps“, sagte Stoiber mit Blick auf eine erneut ergebnislos beendete Sitzung der Kommission.

nimmt und für Abhilfe sorgt, oder ob sie sich weiter auf Kosten der Städte, Gemeinden und Landkreise sanieren will. Letzteres wäre verantwortungslos gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern, die auf eine zuverlässige Erfüllung kommunaler Aufgaben wie intakte Schulen und Kindergärten, Straßen und Schwimmbäder oder Bibliotheken vertrauen.“

### Bürokratieabbau gefragt

Ein weiterer Schritt zur Entlastung der Kommunen müsse massiver Bürokratieabbau sein, so der CSU-Vorsitzende. Die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU und die kommunalen Spitzenverbände in Bayern hätten eine Fülle von Einzelvorschlüssen zum Abbau kommunaler Standards, also staatlicher Vorgaben für den Verwaltungsvollzug, eingereicht, die derzeit mit Hochdruck geprüft (Fortsetzung auf Seite 4)

### Bundesratsinitiative

Mit einer Bundesratsinitiative will Bayern die rasche Reduzierung der Gewerbesteuerumlage erreichen und für 2004 den Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer erhöhen. Dies würde bereits im Jahr 2003 zu 2 Milliarden Euro und im Jahr 2004 zu 3,4 Milliarden Euro Mehreinnahmen bei den Kommunen führen. Außerdem sollen die Kommunen auf der Ausgaben-seite deutlich entlastet werden, u.a. durch Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf Sozialhilfeniveau, die Änderung des Grundsicherungsgesetzes, die Absenkung der Sozialhilfe auf 70 Prozent für Arbeitsunwillige, die Entlastung der Kommunen bei den Ausgaben für Kinder- und Jugendhilfeleistungen und die Ausformulierung eines Konnexitätsprinzips auf Bundesebene. „Die Bundesregierung muss jetzt Farbe bekennen, ob sie die Finanznot der Kommunen ernst



Obwohl in einem Nach-68er-Alter, hat dem Stadt-oberhaupt die Bürgermeister-Demo in Berlin großen Spaß gemacht. Schließlich steckt in jedem Politiker auch ein Schauspieler, meint die Vorzimmer-Perle. Bleibt nur zu hoffen, dass Demos wie diese etwas nutzen und die hohe Politik endlich zur Vernunft kommt. Seite 15

## Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Die Kommunen umgehend entlasten! .....	2
Bündnis gegen Depression .....	2
Würde des ungeborenen Lebens erhalten .....	2
Beihilfen-Kürzungen entschärft .....	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Berlin muss endlich handeln! .....	3
Bayerische Landesausstellung 2003 .....	3
GZ-Fachthemen:	
Finanzierungsmodelle für öffentliche Aufgaben .....	5-7
Energieversorgung - Energiesparmaßnahmen .....	8-11
Kommunal-Marketing .....	12/13
Aus den bayerischen Kommunen .....	14-16

# Die Kommunen müssen umgehend entlastet werden!

Der Landtag ist sich einig, dass gehandelt werden muss  
CSU verweist auf den Bund, die Opposition sieht auch Bayern in Zugzwang

Die Situation der Kommunen zieht sich weiter wie ein roter Faden durch die Beratungen des Landtags. Flankierend zu dem von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber beim Bayerischen Landkreistag angekündigten Zwei-Stufen-Sofortprogramm zur Stabilisierung der Kommunal Finanzen bis zur grundlegenden Reform betonten sowohl die CSU als auch SPD und Grüne als Opposition die Notwendigkeit, das Ausbluten der Gemeinden, Städte, Kreise und Bezirke alsbald zu stoppen. Einhellig, aber politisch kontrovers fordern alle, die kommunale Finanzreform bundesweit auf den Weg zu bringen, die allerdings 2004 noch nicht wirksam werden könne.

„Der Landtag stellt fest, dass die Kommunen nach dem durch RotGrün verursachten Wegbrechen der kommunalen Steuereinnahmen rasch wieder verlässliche Einnahmen und

fühlbare Entlastungen auf der Ausgabenseite brauchen.“ So steht es in einem CSU-Dringlichkeitsantrag, der im Plenum schon vor Stoibers Ankündigung in Bad Füssing gegen die

Stimmen von SPD und Grünen verabschiedet wurde. Vom Bund wird die Absenkung der Gewerbesteuerumlage auf das Niveau vor der rot-grünen Steuerreform gefordert, eine einmalige Erhöhung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer von 2,2 auf 3 Prozent, die Aufhebung des Grundgesetzes, Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe, „Konzentration“ (gleich Kürzung) der Hilfsmaßnahmen bei Kinder- und Jugendhilfe zur Entlastung der Kommunen. Auch der Bund müsse das Konnexitätsprinzip einführen, das in Bayern mit Volksentscheid am 21. September in die Verfassung aufgenommen werden soll.

## Spezielle Verantwortung

Die Oppositionsfraktionen hatten in eigenen Dringlichkeitsanträgen sinngemäß Gleiches gefordert, dem Hinweis auf den Bund jedoch die spezielle Verantwortung der Staatsregierung für Sofortmaßnahmen entgegengesetzt.

Die SPD berief sich u.a. auf das Modell der kommunalen Spitzenverbände „für eine Revitalisierung und Verstärkung der Gewerbesteuer“ und verlangte ferner die schrittweise Anhebung der Anteilsmasse im allgemeinen Steuerverbund von 11,54 auf 15 Prozent, Rückgabe der Mehreinnahmen des Landes aus der erhöhten Gewerbesteuerumlage sowie staatliche volle Kostenübernahme im Schulbereich sowie bei Wasserver- und Abwasserentsorgung.

Mehr Schlüsselmasse, eine „entsprechende Finanzausstattung für Bildungs- und Kinderbetreuungsaufgaben“ standen auch im Antrag der Grünen,

dazu u.a. vierteljährliche Abschlagszahlungen bei der Grundsicherung (Sozialhilfe) sowie das eigene Steuerfindungsrecht der Kommunen, insbesondere die Wiederherstellung der Zweitwohnsteuer, was CSU und SPD gemeinsam ablehnten.

## Verschleppte Reform

Der stellvertretende CSU-Fraktionsvorsitzende Dr. Otmar Bernhard erklärte, die Belastung der Kommunen gehe vor allem vom Bund aus. Die Gemeindefinanzreform sei mehr als vier Jahre verschleppt worden. Dies sei freilich „ein nicht einfaches“ Vorhaben, so dass die Kommunen eine Soforthilfe benötigten.

Die SPD-Sprecherin Helga Schmitt-Bussinger entgegnete, diese habe die Bundesregierung bereits beschlossen. Nun müsse Bayern dem Vorbild folgen. Die CSU lenke von ihrer Verantwortung ab. Für die Grünen vermisste Emma Kellner eine „ernsthafte Betrachtung der Gesamtsituation“. Sie äußerte den Verdacht, die Regierungspartei wolle in Wahrheit die Gewerbesteuer abschaffen; nach der Landtagswahl werde der „Zahlag“ kommen.

## Standort stärken

Staatskanzleiminister Erwin Huber wies diese Vermutung zurück. Es gehe darum, durch das Steuerrecht nicht international zurückgeworfen zu werden. „Wir müssen eine Steuerreform machen, die den Wirtschaftsstandort Deutschland stärkt.“ Täglich 100 Konkurse sowie die Abwanderung von Betrieben und Arbeitsplätzen in das steuerlich günstigere Ausland seien Alarmzeichen für Staat und Kommunen. Der Minister und nochmals Bernhard kündigten an, man werde sich in nächster Zeit auf ein neues Gesamtsteuermodell festlegen. Er betonte die Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden

# Beihilfen-Kürzungen entschärft

Landtag ändert „familienunfreundliche“ Vorlage der Staatsregierung

Im Streit um die Beihilfekürzungen für Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst und für Beamte ist im Landtag ein Kompromiss gefunden worden. Einstimmig hat sich der Ausschuss für den öffentlichen Dienst dafür ausgesprochen, die Selbstbeteiligung für privat versicherte Arbeitnehmer bei Krankenhausbehandlung deutlich geringer zu bemessen, als im Haushaltsgesetz vorgesehen.

Ausschussvorsitzender Prof. Walter Eykmann ist sich sicher, dass das Landtagsplenum dem Kompromiss zustimmen und damit den Streit mit Beamtenbund bzw. Arbeitnehmervertretung zumindest entschärft wird. Der „Selbstbehalt“ sah so aus, dass infolge der Beihilfekürzung pro Krankenhaustag 25 € für ein Zweibettzimmer und 35 € für eine Chefarztbehandlung, zusammen also 60 € vom Versicherten gezahlt werden sollten.

Bereits im Februar hatte sich der Fachausschuss gegen diese „familienfeindlichen“ Kürzungen gewandt. Eykmann erreichte nach Absprache mit dem Haushaltsausschussvorsitzenden Manfred Ach (CSU) im eigenen Fraktionsvorstand ein Votum gegen zu drastische Sparmaßnahmen und die Staatsregierung gab nach, wie er der GZ auf Anfrage bestätigte.

In seinem Ausschuss empfahl Berichterstatte Prof. Gerhard Waschler (CSU) maßvollere Einschnitte in die Beihilfen und somit geringere Selbstbeteiligung. Ansonsten käme eine ganze Reihe von Familien in Existenznot. Ihre monatlichen Krankenkassenbeiträge würden um mehrere hundert und im Extremfall bis zu tausend Euro monatlich steigen. Mitberichterstatte Christa Naaß verfocht den SPD-Dringlichkeitsantrag für völlige Rücknahme der Beihilfekürzungen. Die Opposition akzeptierte jedoch dann auch den Vorschlag der CSU.

81 Eingaben lagen dem Ausschuss in dieser Sache vor. Den Petenten wird der Beschluss als positive Erledigung ihres Protests mitgeteilt. Demnach werden bei Krankenhausbehandlung Privatversicherter aus dem öffentlichen Dienst für das Zweibettzimmer neben der Beihilfe täglich nur 14,50 € Zuzahlung verlangt, wie bisher, und der Chefarztzuschlag beträgt 25 statt 35 € zusammen also 39,50 statt 60 €.

Eykmann warb bei den Betroffenen um Verständnis. Grundsätzlich sei der „Selbstbehalt“ nötig. „Wir können nicht immer nur große Worte führen, dass gespart werden muss und niemand merkt etwas davon.“ Dass andererseits vom Finanzminister keine Reaktion auf den Ausschussbeschluss kam, wertete Eykmann als gutes Zeichen. In dem im Dezember 2002 verabschiedeten Haushaltsgesetz war zunächst eine Beihilfestreichung vorgesehen, die dem Finanzminister 179,9 Millionen € eingebracht hätte.

rm

# Würde des ungeborenen Lebens erhalten

Bestattung von Fehlgeburten und Föten wird gesetzlich geregelt

Der verfassungsrechtlichen Würde des Menschen entsprechend, sollen in Bayern ab kommendem Jahr alle Fehlgeburten, abgetriebenen Föten und Embryonen auf Friedhöfen beigesetzt werden.

So sieht es ein CSU-Gesetzentwurf vor, der im Landtag jetzt in den Ausschüssen beraten wird. Bei der Ersten Lesung im Plenum kam von der Opposition zwar Kritik an Formulierungen und einem angeblich immer noch „stockkonservativen“ Denken der Regierungspartei, im Ziel bestand jedoch Übereinstimmung. Die mit federführende CSU-Abgeordnete Dr. Ingrid Fickler sprach im Plenum von einem „sehr sensiblen Thema“. Zu Fehlgeburten und Abtreibungen kämen heute Genzellenforschung und therapeutisches Klonen zum Bestat-tungsproblem hinzu.

Der Einbringung des Entwurfs zur Änderung des Bestattungsgesetzes sind demnach monatelange Beratungen in einer Fraktionsarbeitsgruppe unter Hinzuziehung von Medizinern und Geistlichen vorangegangen. Bisher war die „Beseitigung“ von Fehlgeburten und Föten nach Abtreibungen eine Angelegenheit der Krankenhäuser. Für die Mütter bzw. Eltern bestand kein Rechtsanspruch auf Bestattung. In der Praxis bedeutete das manchmal die Beseitigung mit dem Klinikmüll. Nun wird die Möglichkeit einer Bestattung eingeräumt, wenn gewünscht. Sie muss „auf einem Grabfeld“ stattfinden. Ansonsten erfolgt die „Be-

seitigung“ des Embryos bzw. des Föten „unverzüglich in schicklicher und gesundheitlich unbedenklicher Weise“ wie bisher. Die Krankenhäuser sind „in die Pflicht zu nehmen“.

## Geringe zusätzliche Kosten

Die Kosten lassen sich laut Gesetzentwurf nicht exakt ermitteln. Gerechnet wird mit etwa 100 € für eine Einzelbeisetzung. Für die staatlichen Unikliniken wird eine jährlichen Belastung zwischen 6800 und 83.000 € kalkuliert, was in der Praxis keine Mehrbelastung sei, da die Kliniken schon bisher freiwillig für eine angemessene Beseitigung sorgen mussten. Für kommunale Krankenhäuser rechnet man mit gleichfalls nur geringen zusätzlichen Kosten.

Die SPD-Abgeordnete Anne Hirschmann fand den Gesetzesentwurf „erschreckend technokratisch“. Sie bedauerte, dass es zu keiner Anhörung gekommen sei. Grünen-Fraktionsvorsitzende Christine Stahl mahnte zu ernsthafter Ausschussberatung, wobei Unklarheiten noch ausgeräumt werden müssten. Sie argwöhnte, die CSU wolle abtreibende Frauen und Ärzte schikanieren - was von Dr. Fickler entschieden zurückgewiesen wurde.

rm

## Wir gratulieren

### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Kodmeir  
86447 Todtenweis  
am 16.6.

### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Arnold Lorenz  
86453 Dasing  
am 10.6.

Bürgermeister Kaspar Danner  
83676 Jachenau  
am 13.6.

Bürgermeister Peter Stief  
91241 Kirchensittenbach  
am 13.6.

Bürgermeister Matthäus Huber  
84437 Reichertsheim  
am 13.6.

Bürgermeister Benno Voggenauer  
83112 Frasdorf  
am 16.6.

### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Erwin Horn  
96277 Schneckenlohe  
am 1.6.

Bürgermeister Otto Hengge  
87497 Wertach  
am 2.6.

Bürgermeister Kurt Orthuber  
84381 Johanniskirchen  
am 3.6.

Landrat Herbert Mirbeth  
93059 Regensburg  
am 6.6.

Bürgermeisterin Centa Büttner  
86704 Tagmersheim  
am 9.6.

Bürgermeister Hans Baier  
96185 Schönbrunn i. Steigerwald  
am 15.6.

### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Richard Wittl  
93183 Holzheim am Forst  
am 6.6.

### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Reiner Grimm  
91611 Lehrberg  
am 3.6.

Bürgermeister Josef Weiß  
91728 Gnotzheim  
am 10.6.

Bürgermeisterin Christine Hollacher  
82211 Herrsching  
am 14.6.

# Für Kleinkläranlagen fließt das Geld leichter

Umweltminister vereinfacht die Richtlinien auf Empfehlung der CSU-Landtagsfraktion

Rückwirkend zum 1. Januar 2002 werden in Bayern Kleinkläranlagen nach einem vereinfachten Verfahren staatlich gefördert. Auf Empfehlung der CSU-Fraktion mit ihrem Vorsitzenden Alois Glück und dem Leiter der Fraktionsarbeitsgruppe Abwasserbeseitigung, Walter Hofmann, an der Spitze, hat Umweltminister Werner Schnappauf die erst ein Jahr alten Richtlinien für Bau, Betrieb, Überwachung und Modernisierung durch neue ersetzt. Ziel ist es, die rund eine halbe Million Einwohner Bayerns, die im ländlichen Raum nicht an öffentliche Kläranlagen angeschlossen sind, zu entlasten.

„Ab sofort gibt es Geld vom Umweltministerium für die technische Verbesserung von Kleinkläranlagen“; kündigte der Minister gemeinsam mit dem Abgeordneten Hofmann vor der Presse an. Dafür sind rund 20 Millionen € vorgesehen. Durchschnittlich rechnet der Minister mit etwa 2000 € pro Anlage bei einem Fördersatz von 30 und 40 Prozent der Kosten. Er geht davon aus, dass rund 100 000 Kleinkläranlagen auf Dauer in Bayern betrieben werden. Die Förderung soll helfen, die strukturellen Nachteile im ländlichen Raum zu reduzieren.

## Sichtbare Erfolge

Die Gesamtaufwendungen von Städten und Gemeinden für die Abwasserentsorgung bezifferte Schnappauf auf etwa 30 Milliarden €. „Die Erfolge können sich sehen lassen“, stellte er fest. Zwei Drittel aller Flüsse im Lande weisen eine gute bis sehr

gute Wasserqualität auf und in allen Seen kann gebadet werden. Seit 1950 wurden rund 3000 Kläranlagen neu gebaut und werden Zug um Zug modernisiert. Hofmann hob hervor, dass den Betreibern von Kläranlagen, insbesondere von kleinen, nach den vereinfachten „Richtlinien für Zuwendungen zu Kleinkläranlagen (RZKKA)“ überflüssiger Wartungsaufwand, unverhältnismäßige Kontrollen und unnötige Kosten erspart werden. Lediglich alle zwei Jahre sei - ähnlich wie beim Auto-TÜV - nachzuweisen, dass die Anlage funktionsfähig ist. „Mit diesem Beschluss hat die CSU-Landtagsfraktion einen großen Schritt in Richtung Bürokratieabbau erreicht.“ Unter Hofmanns Federführung hatte die Fraktion schon im November 2000 ein Bündel von entsprechenden Anträgen im Landtag eingebracht. Alle wurden seinerzeit angenommen.

rm

# Bündnis gegen Depression

In Nürnberg haben die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Renate Schmidt, und Bayerns Innenminister Dr. Günther Beckstein als Schirmherrin bzw. Schirmherr des „Nürnberger Bündnisses gegen Depression“ das offizielle Startsignal zur bundesweiten Implementierung des erfolgreichen Modells gegeben.

Das „Nürnberger Bündnis gegen Depression“ ist eines der wichtigsten Teilprojekte des Kompetenznetzes „Depression, Suizidalität“. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert dieses Großforschungsvorhaben zunächst über einen Zeitraum von fünf Jahren bis Ende 2004 mit 13 Millionen Euro. Es ist damit das größte Projekt zum Thema Depression in der Geschichte des deutschen Gesundheitswesens.

## Höchstes Suizidrisiko

Depressive Störungen gehören zu den häufigsten und hinsichtlich ihrer Schwere am meisten unterschätzten Erkrankungen. Die Depression ist die psychische Erkrankung mit dem höchsten Suizidrisiko. Es ist deshalb alarmierend, dass nur ein Drittel der Betroffenen medizinische Hilfe sucht. Oft vergeht wertvolle, ja lebensrettende Zeit, bevor ein depressiv Erkrankter angemessen behandelt werden kann.

Vor diesem Hintergrund verfolgt das „Bündnis gegen Depression“ klare Ziele: die Verbesserung der Diagnose und Versorgung depressiv erkrankter Menschen, die Veränderung des Bewusstseins in Öffentlichkeit und Fachwelt gegenüber der Erkrankung und die Senkung der Anzahl von Suiziden und Suizidversuchen.

Zum Arbeitskonzept gehörten über 100 Fortbildungen für Ärzte und 1500 Multiplikatoren, eine breite Öffentlichkeitsarbeit und Selbsthilfeinitiativen für Betroffene und Angehörige.

Nach einer wissenschaftlich Auswertung steht fest: die Suizidrate in Nürnberg im Jahr 2002 hat um mehr als 20 Prozent abgenommen.

## Kooperation

Das Bündnis gegen Depression kooperiert mit der Gesundheitsinitiative „Bayern aktiv“ des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz. Die Kooperation dient der besseren Versorgung depressiver Patienten in Alten- und Pflegeheimen durch Fortbildung des Pflegepersonals. „Gesundheit ist unser höchstes Gut. Das ‚Bündnis gegen Depression‘ leistet für die Gesundheitspolitik der gesamten Bundesrepublik einen entscheidenden Beitrag“, betont Günther Beckstein. Jetzt soll das Bündnis ausgeweitet werden.

## Partnerregionen

„Ein solches bundesweites Vorhaben kann nur gelingen, wenn die Regionen Ärzte, Psychologen, Pfarrer, Beratungsstellen, Gesundheitsämter, aber auch Partner innerhalb der Wirtschaft gewinnen können und gemeinsam konkrete Schritte zur Umsetzung planen“, so der Minister.

Als erste von zahlreichen Interessierten haben sich die fünf Partnerregionen Hamburg-Harburg, Kempten, Erlangen, Lübeck und Regensburg der Kampagne angeschlossen. Im Ausland sind Island und der Kanton Zug in der Schweiz Bündnispartner. DK

Forderung des Bayerischen Volkshochschulverbandes:

## Hochkonjunktur für Erwachsenenbildung!

57. Landestagung in Regensburg / OB Deimer wieder gewählter Präsident

Für eine „Hochkonjunktur der Erwachsenenbildung“ in den jetzigen wirtschaftlich unsicheren Zeiten plädierte der Präsident und der 1. Vorsitzende des Bayerischen Volkshochschulverbandes, Josef Deimer und Siegfried Kett, auf der 57. Landestagung der bayerischen Volkshochschulen in Regensburg. Das Bayerische Kultusministerium setzt sich vor allem für die Förderung der Volkshochschulen ein, da bei ihnen die Qualität Hochkonjunktur habe, unterstrich Ministerialdirigentin Dr. Ingeborg Berggreen-Merkel in ihrem Grußwort. Auf der Mitgliederversammlung wurde Deimer, der bereits seit 1979 Präsident des Bayerischen Volkshochschulverbandes ist, von den Delegierten für weitere vier Jahre einstimmig wieder gewählt.

„Ausgaben für Bildung sind Investitionen mit der höchsten Rendite“, betonte Landshuts Oberbürgermeister Josef Deimer. Gerade in Zeiten knapper

öffentlicher Mittel bei Bund, Ländern und Kommunen stünden die Leistungsfähigkeit, unternehmerische Tugenden wie Markt- und Kundenorientie-

rung, Qualitätsmanagement und Medienkompetenz auf der Agenda der Volkshochschulen zur (noch besseren) Legitimation ihres öffentlichen Auftrags. Die bayerischen Volkshochschulen stellten sich diesem Auftrag und betrieben diese Entwicklung in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem Freistaat Bayern.

### Zahlreiche Innovationen

Die bayerischen Volkshochschulen stellten sich den gegebenen und künftigen Herausforderungen, fuhr Deimer fort. Der bvvh habe in den vergangenen Jahren zahlreiche Innovationen vor allem in den Programmbereichen Sprachen, Gesundheit und Beruf landesweit eingeführt. Aber auch in der kulturellen und politischen Bildung finde eine ständige Weiterentwicklung statt. So würden die klassischen Vorträge zu den Standardthemen der politischen Bildung immer stärker ergänzt durch event- und handlungsorientierte Angebote mit konkretem Bezug auf die politische Situation in der Kommune oder der Region. Die Wahrnehmung des vielfältigen Drittmittelangebots (Land, Bund, EU) durch rund 150 bayerische Volkshochschulen ermögliche es, dass in ganz Bayern die kommunale Struktur-, Regional- und Arbeitsmarktpolitik im Zusammenwirken mit dem „kommunalen Lernzentrum Volkshochschule“ verstärkt werde.

### Synergien ausnutzen

Deimers Amtskollege, Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger, wies darauf hin, dass es künftig nicht darum gehen werde, wesentliche Inhalte der vhs-Arbeit anzutasten, sondern vielmehr Kosten dort zu senken, wo dies unumgänglich notwendig ist. Synergien müssten ausgenutzt und Kooperationen überall dort angestrebt werden, wo es Sinn macht.

Kommunal verantwortete Erwachsenenbildung, so das Stadt- oberhaupt, sei heute wichtiger denn je. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt erfordere laufende Weiterbildung in Bereichen wie Schlüsselkompetenzen, Fremdsprachen oder EDV. Viele suchten Hilfe für ihre persönlichen Notwendigkeiten, sei es zum Nachholen des Qualifizierenden Hauptschulabschlusses, zur Verbesserung der Lese- und Rechtschreibfähigkeiten oder zur Vorbereitung auf die im Rahmen des Einbürgerungsverfahrens vorgeschriebene Deutschprüfung. Schaidinger zufolge wird die Halbwertszeit des Wissens immer kürzer und

der Einzelne kann nur durch lebenslanges Lernen mithalten. Letztlich seien Volkshochschulen weitaus mehr als „weiche“ Standortfaktoren, „denn Kommunen müssten erheblich mehr Geld etwa für Sozialhilfe aufwenden, wenn sie ihre Volkshochschulen nicht ausreichend ausgebaut hätten“. Dafür erntete der gastgebende Rathauschef spontanen Applaus von den rund 300 Festgästen aus Politik, Wirtschaft und Erwachsenenbildung.

### Vierte Säule

Erwachsenenbildung ist die vierte Säule des Bildungssystems. Der 1. Vorsitzende des Bayerischen Volkshochschulverbandes, Siegfried Kett, griff dieses Bild auf: „Unter einer Säule stelle ich mir etwas richtig Dickes vor - die öffentlichen Zuschüsse ermöglichten jedoch ein solch tragendes Bauteil nicht.“ Das Bayerische Kultusministerium fördert die Erwachsenenbildung zur Zeit mit gerade mal 0,2 Prozent seines Haushalts. Diese Mittel werden nach den Richtlinien des Erwachsenenbildungsförderungsgesetzes (EBFöG) von 1974 nach Quantität verteilt. Bei einer Novellierung dieses Gesetzes, so die Vertreterin des Kultusministeriums, Dr. Ingeborg Berggreen-Merkel, solle die Mittelvergabe nicht nur nach Quantität sondern verstärkt nach Qualitätskriterien erfolgen. Auf diesen Paradigmenwechsel in der Förderung bereiten sich die bayerischen Volkshochschulen bereits vor.

### Qualitätsmanagement

Vor drei Jahren starteten sie ihr Qualitätsmanagement-Projekt. Seither wird die Qualität an Volkshochschulen nach den Vorgaben der anerkannten European Foundation for Quality Management (EFQM) geprüft, standardisiert und stetig verbessert. Wie BASF, Bosch und andere führende Wirtschaftsunternehmen ist der bvvh Mitglied der EFQM und plant, eine eigene Zertifizierungs-Agentur aufzubauen.

### Gütesiegel

Die Volkshochschulen wollen unter dem Gütesiegel der Qualität ihren öffentlichen Bildungsauftrag mit Marktorientierung vereinbaren. Vor dieselben Anforderungen wie die Volkshochschulen sieht sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk gestellt, erklärte der Intendant des Bayerischen Rundfunks, Dr. Thomas Gruber, in seinem Festvortrag. Beide Einrichtungen könnten daher voneinander lernen. Folgerichtig machten Bayerischer Rundfunk und bayerische Volkshochschulen auf ihrem Weg in die Zukunft erste gemeinsame Schritte. In Kooperation wurde eine Sendereihe „Deutsch für Ausländer“ erarbeitet, die Bildung und Unterhaltung vereint. Der Deutsch-Unterricht wird durch typische Alltagssituationen à la soap opera ergänzt. Die 13-teilige Sendereihe läuft in diesem Herbst auf BR-alpha an. **DK**

## Modellprojekt zur Einführung eines Familienpasses

Bei der Vorstellung konkreter Arbeitsergebnisse des „Forums Bayern Familie“ in München kündigte Sozialministerin Christa Stewens ein zweijähriges Modellprojekt zur Einführung eines Familienpasses an, der Familien Vergünstigungen und Zugaben bei Unternehmen gewähren werde.

„Das Modellprojekt soll 2004 in der Region Nürnberg starten. Neben der Funktionsweise einer Kundenkarte wird der Pass durch ein Gratisabonnement eines Familienjournals über Beratungs-, Betreuungs- und Bildungsangebote für Familien informieren sowie Veranstaltungen- und Freizeittipps geben.

Die Partnerunternehmen werden im Gegenzug das Recht erhalten, mit dem Logo des Familienpasses zu werben und können so ein Zeichen für die Wertschätzung für Familien setzen. Für die Familien wird der Pass, mit Ausnahme einer einmaligen Schutzgebühr in Höhe von 5 bis 8 Euro, kostenlos sein“, erläuterte

## GZ Kolumne Luitpold Braun

*Diebe lesen*



Ende April hat der Bayerische Landkreistag eine Statistik veröffentlicht, der zufolge bis dahin von den 71 bayerischen Landkreisen 62 ihre Kreishaushalte verabschiedet hatten.

Die Übersicht zeigt, dass davon wiederum 44 Landkreise eine Erhöhung ihrer Kreisumlage vorgenommen haben! Das sind 71 %. Diese Zahl macht deutlich, dass die Finanzdecke der Landkreise viel zu kurz geworden ist. Mehrungen im Personalkostenbereich, die Kosten der Grundsicherung, die Bezirks-

### Berlin muss endlich handeln!

Regierungspräsidenten stehen. Die Stadt Aachen sei unter „vorläufiger Haushaltsführung“.

Alle diese Hinweise führen hoffentlich dazu, dass endlich in Berlin gehandelt wird! Ministerpräsident Stoiber hat am 4. Mai ja entsprechende Vorschläge gemacht: Sofortige Reduzierung der Gewerbesteuerumlage und die Erhöhung des Anteils der Kommunen am Umsatzsteuerertrag um im Jahr 2004 von 2,2 auf 3 %. Das wäre eine Soforthilfe, unabhängig von längerfristigen Entlastungen auf der Ausgabe Seite.

Dafür sind wir dankbar.

bayernspezifische Erscheinung. „Die Welt“ berichtete kürzlich, dass im Regierungsbezirk Köln von 98 Gemeinden und 8 Kreisen 26 in einem sogenannten „Haus-

haltssicherungskonzept“ unter der besonderen Aufsicht des

Regierungspräsidenten stehen. Die Stadt Aachen sei unter „vorläufiger Haushaltsführung“.

Alle diese Hinweise führen hoffentlich dazu, dass endlich in Berlin gehandelt wird!

Dafür sind wir dankbar.

Dies ist übrigens keine

## Bayerische Landesausstellung 2003:

# „Der Winterkönig“ in Amberg

Ein der breiten Öffentlichkeit eher wenig bekanntes Kapitel der bayerischen Geschichte präsentiert seit 8. Mai die Landesausstellung 2003 in Amberg: das Leben und Wirken des „Winterkönigs“ Friedrich von der Pfalz. Wie Kunstminister Hans Zehetmair bei der Eröffnung im Stadtmuseum Amberg betonte, beschäftige sich mit der diesjährigen Landesausstellung erstmals eine große Ausstellung mit diesem sonst stiefmütterlich behandelten Thema der bayerischen Geschichte.

„Die politischen Entscheidungen des Winterkönigs hinterließen tiefe Spuren in der bayerischen, deutschen und europäischen Geschichte“, sagte Zehetmair.

### Flucht nach Holland

Kurfürst Friedrich V., 1596 in Amberg geboren, war als Pfälzer Wittelsbacher Anführer der protestantischen Union und damit direkter Gegenspieler von Herzog Maximilian I. von Bayern. In die europäische Geschichte ging Friedrich mit der Annahme der böhmischen Krone ein. Nach nur wenigen Mo-

naten musste er nach der Niederlage in der Schlacht am Weißen Berg 1620 gegen die verbündeten kaiserlichen und bayerischen Heere sein Königstum fluchtartig verlassen und mit seiner Familie nach Holland fliehen.

### Viele Leihgaben

Für die Landesausstellung, die bis zum 2. November zu sehen ist, hat das Haus der Bayerischen Geschichte eine Vielzahl von Leihgaben aus Großbritannien, den Niederlanden und aus der Tschechischen Republik zusammengetragen, die teilweise erstmals in Bayern gezeigt werden. Da es sich bei der Geschichte des Friedrich von der Pfalz um eine gemeinsame bayerisch-böhmische Geschichte handelt, ist die Ausstellung komplett zweisprachig, deutsch und tschechisch, beschriftet, um auch möglichst viele Besucher aus Tschechien nach Amberg zu locken. Einzelheiten zu der Landesausstellung sind im Internet unter <http://www.hdbg.de/winterkoenig/german/start.htm> abrufbar. **DK**

## Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:  
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)

### Auszeichnung beim Sudetendeutschen Tag in Augsburg:

## Karlspreis 2003 an Franz Neubauer

Johann Böhm, Sprecher der sudetendeutschen Volksgruppe und Landtagspräsident im Schirmland Bayern, wird beim Sudetendeutschen Tag in Augsburg am 7. Juni den Europäer Karlspreis 2003 der Sudetendeutschen an Altsprecher und Staatsminister a. D. Franz Neubauer verliehen.

Als Sprecher der Volksgruppe und Bundesvorsitzender ihrer Landsmannschaft hat Franz Neubauer mehr als 18 Jahre die Geschichte der Sudetendeutschen gelenkt und die Belange seiner Heimatvertriebenen Landsleute mit politischem Weitblick vertreten.

Der künftige Karlspreisträger wurde 1930 in Großsiedlich für bei Marienbad im Egerland geboren. 1982 übernahm er das Amt des Sprechers der sudetendeutschen Volksgruppe. Dabei wurde er stets von der Überzeugung geleitet, dass sich Vertreibung, Mord, Folter und Entrechtung - die Bestandteil seiner Kindheitserinnerung sind - nicht wiederholen dürften und seinen Landsleuten Gerechtigkeit widerfahren müsse. In der Verständigung von Sudetendeutschen und Tschechen sah er die Grundvoraussetzung für ein gemeinsames Europa. In der Diskussion über die deutsch-

tschechische und sudeten-deutsch-tschechischen Beziehungen hat Franz Neubauer stets die Standpunkte seiner sudetendeutschen Landsleute konstruktiv und vom Willen zu echter Aussöhnung getragen vertreten.

### Christliche Wertebasis

Johann Böhm: „Der Europäische Karlspreis ist die höchste Ehrung, die unsere Landsmannschaft vergibt. Sie geht heuer an Franz Neubauer, einen bayerischen Politiker, deutschen Patrioten und treuen Landsmann. Für ihn war eine christliche Wertebasis stets unverzichtbar; er arbeitete für ein Zusammenwachsen des alten Kultur- und Wirtschaftsraumes Europa; er strebte die Aufarbeitung alten Unrechts an, um eine unbelastete Zukunft in Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden erleben zu können.“

### FDP-Landtagswahlprogramm:

## Kommunale Kernforderungen

Im Rahmen ihres Parteitages in Passau verabschiedete die bayerische FDP ihr Programm zur Landtagswahl 2003. Als kommunale Schwerpunkte werden darin der nahende Kollaps der kommunalen Haushalte, sowie die Themen Privatisierung und mehr Bürgerbeteiligung bei kommunalen Entscheidungen angeführt.

„In Bayern“, so steht in dem Programm, „zeigen sich die Folgen der Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung auf mehreren Feldern“. Der Einbruch bei den Einnahmen führe zu einem starken Rückgang der kommunalen Investitionstätigkeit und damit zu einem allmählichen Verfall der kommunalen Infrastruktur. Die unmittelbare Folge sei, dass die Kommunen als Auftraggeber für die mittelständische Wirtschaft ausfallen. Darunter leide die Beschäftigungssituation vor Ort.

Privatisierung stärkt nach Auffassung der bayerischen Liberalen die Soziale Marktwirtschaft auf allen Ebenen. Hierbei

sei darauf zu achten, das Subsidiaritätsprinzip als fundamentales Ordnungsprinzip umzusetzen, eine Privatisierungsoffensive zur Effizienzsteigerung auf kommunaler Ebene einzuleiten sowie die bestehende Trinkwasserversorgung in der öffentlichen Verantwortung der Kommunen zu belassen.

Gefragt sei auch mehr Bürgerbeteiligung bei kommunalen Entscheidungen. Konkret bedeute dies: Selbstverwaltung der Bürger vor staatlicher Bevormundung, Unterstützung der Instrumente der Beteiligung der Bürger an Entscheidungen in Planungsverbänden. **DK**

## Weniger Staat, mehr ...

(Fortsetzung von Seite 1)  
wiederholte Eingriffe in die kommunalen Einnahmen, verbunden mit dem gegenwärtig geringen Wirtschaftswachstum hätten die Finanzhoheit der Kommunen ausgehöhlt und völlig überstrapaziert, betonte Zellner. Bund und Länder müssten ihrer Gesamtverantwortung gerecht werden und die Kommunen aus der gegenwärtigen Defizitfalle befreien. Die Landkreise könnten die Finanzkrise der Jahre 2004 bis 2007 nur meistern, wenn in den nächsten Wochen und Monaten die Grundlagen für eine ausgewogene Finanzausstattung getroffen werden.

### Hilfen vom Bund

Der Landkreistag erwartet deshalb vom Bund:

1. Eine Senkung der Gewerbesteuerumlage von gegenwärtig 114 % auf 83 % als Sofortmaßnahme.

2. Die Umsetzung der Vorschläge der kommunalen Spitzenverbände zur Modernisierung der Gewerbesteuer oder eine Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer.

3. Die Umsetzung der Vorschläge des Bayerischen Landkreistags zum Abbau von Standards im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe.

### Hilfen vom Freistaat

Vom Freistaat Bayern erhoffe man sich folgende Hilfen:

1. Eine Anhebung des Verbundsatzes beim allgemeinen Steuerverbund von gegenwärtig 11,54 % auf 13 % zur Sicherung der Schlüsselzuweisungen 2004 und zur Finanzierung der Mehraufwendungen der Kommunen im sozialen Bereich.

2. Die Einführung staatlicher Gaststülerzuschüsse für den Personalaufwand an kommunalen Schulen, um die Schulstandorte zu entlasten.

3. Die Anhebung des Sozialhilfeausgleichs gemäß Art. 15 Finanzausgleichsgesetz um 150 Mio. EUR auf 450 Mio. EUR, um weitere Bezirksumlageanhebungen zu vermeiden.

4. Eine Aufstockung der Schülerbeförderung um wenigstens 10 Mio. EUR, um die Erstattungsquote bei 60 % halten zu können.

### Zwei-Stufen-Plan

Ministerpräsident Edmund Stoiber forderte aufgrund der finanziellen Probleme der Städte und Gemeinden einen Zwei-Stufen-Plan für stabile Kommunalfinanzen. Er kündigte an, 2004 die bayerischen Kommunen mit einem Hilfspaket zu unterstützen, sofern auf Bundesebene die Gemeindefinanzreform nicht gelingt. Stoiber: "Ich fordere von der Bundesregierung ein Ende der Rücksichtslosigkeit gegenüber den existenziellen Interessen der Kommunen." Es könne nicht sein, dass der Bund den Kommunen ständig neue Belastungen aufbürde und gleichzeitig die finanzielle Basis der Kommunen immer weiter schwäche.

### Die Schuld trägt Rot-Grün

Scharf verurteilte der Ministerpräsident, dass der Bund per Gesetz Rentenansprüche schaffe, für deren finanzielle Folgen die Kommunen aufkommen müssen. Die Bundesregierung trage die Verantwortung dafür, dass zwei Drittel der Kommunen keine ordnungsgemäßen Haushalte mehr vorlegen könnten, stellte Stoiber fest.

Wichtigster Punkt in Stoibers Sofortprogramm ist die sofortige Senkung der Gewerbesteuer auf das Niveau vor der Steuerreform

2000, als die Umlage von 20 auf 28 Prozent erhöht wurde. Durch die Senkung auf das alte Niveau würden die Kommunen in diesem Jahr zusätzlich zwei Milliarden Euro erhalten.

Ein weiterer Punkt ist die einmalige Erhöhung des kommunalen Anteils an den Einnahmen aus der Umsatzsteuer von 2,2 auf 3 Prozent im Jahr 2004. Dies würde den Kommunen weitere 1,1 Milliarden Euro an Mehreinnahmen bringen. Auf der Ausgabe Seite sieht das Programm wirksame Entlastungen vor allem bei der Kinder- und Jugendhilfe vor. Weitere Potenziale für finanzielle Entlastungen sieht Stoiber in der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe, in der Kürzung der Sozialhilfe bei Arbeitsunwilligkeit um 30 Prozent und in der Aufhebung des Grundsicherungsgesetzes.

### Überall Reformbedarf

An allen Ecken und Enden besteht Reformbedarf. Unter der Leitung des Ersten Vizepräsidenten des Bayerischen Landkreistags, Landrat Roland Schwing, Miltenberg, diskutierten die bayerischen Landräte darüber u.a. mit MdL Alois Glück, Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, MdL Franz Maget, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, MdL Heinrich Traublinger, Präsident der Handwerkskammer für München und Oberbayern, Stephan Götzl, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., und Prof. Dr. Herbert Henzler, Leiter der Deregulierungskommission.

Die bayerischen Landräte sprachen sich gegen eine Zunahme der Perfektionierung und der staatlichen Vorsorge in allen Lebensbereichen aus. Landrat Roland Schwing, Miltenberg: "Unter dem Motto 'Weniger Staat - Mehr Verantwortung' verstehe ich vor allem weniger Gesetze, weniger Überwachung, weniger soziale Hängematten, dafür mehr Eigenverantwortung der Bürger oder privater Einrichtungen, mehr Verantwortung bei ortsnahe Stellen insbesondere den Gemeinden und den Landkreisen."

### „Spiegelbild einer Volkskrankheit“

„Was nicht notwendig ist, darf nicht raus. Diesen Maßstab sollten wir uns für alle Verwaltungsvorschriften setzen.“ Mit diesen Worten forderte Alois Glück, Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, den Einbau eines „Bürokratiefilters“ an der Spitze der Verwaltung, um dem Hang zu Perfektionismus und immer noch detaillierteren Vorschriften Einhalt zu gebieten. Glück sprach im Zusammenhang mit der überbordenden Bürokratisierung vom „Spiegelbild einer Volkskrankheit“. Die Wucherungen der Bürokratie seien in der allgemeinen verbreiteten Mentalität begründet, „dass zwar jeder für den Bürokratieabbau ist, aber auch jeder seine Interessen klar geregelt und abgesichert haben will“.

Die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Fraktion hätten schon in der Vergangenheit „erhebliche Schneisen in das Verwaltungsdickicht“ geschlagen, so zum Beispiel bei der Vereinfachung des Baurechts. Genehmigungsverfahren seien deutlich beschleunigt worden. Glück zeigte sich davon überzeugt, dass auch die von der Staatsregierung eingesetzte Henzler-Kommission erfolgreich sein werde. „Im Vergleich mit der rot-grünen Bundesregierung kann sich Bayern sogar sehr gut sehen lassen, was das Thema Verwaltungsreform be-

trifft.“ Das bestätigte auch der Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, Stephan Götzl.

### Ministerialbürokratie

Franz Maget, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, verwies darauf, dass durch eine systematische Straffung der Abteilungen und der Referate die Ministerialbürokratie gezwungen werden könne, sich auf das Wesentliche zu beschränken. Maget regte zudem an, bei der Verabschiedung eines neuen Gesetzes nicht nur das Datum des Inkrafttretens festzusetzen, sondern auch einen genauen Zeitpunkt, an dem überprüft werde, ob das Gesetz und die mit ihm verbundenen Verordnungen noch gebraucht werden.

Handwerkskammer-Präsident Heinrich Traublinger beklagte wiederum, dass die Verordnungs-wut des Staates es vor allem klei-

## Den Worten müssen ...

(Fortsetzung von Seite 1)  
erneut dem Steuermodell des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Dieses Modell sieht vor, die Gewerbesteuer und die gemeindliche Einkommensteuerbeteiligung abzuschaffen. Als Ersatz dafür sollen die Gemeinden ein Hebesatzrecht auf die Lohn- und Einkommensteuer ihrer Bürger erhalten.

### Unbefriedigendes Programm

Als „unbefriedigend“ hält der Verband wiederum das neue 8-Punkte-Sofortprogramm der Staatsregierung zur finanziellen Entlastung der Kommunen. Die Staatsregierung darf sich Deimer zufolge ihrer politischen Verantwortung in der sogenannten Gestaltungsmehrheit der CDU/CSU auf Bundesebene nicht mit dem lapidaren Hinweis entziehen, dass die Bundesregierung bislang noch keine brauchbaren Vorschläge für eine finanzielle Entlastung der Kommunen gemacht habe. Der Präsident: „Zumindest hätten wir erwartet, dass der Freistaat eindeutig das BDI-Modell ablehnt.“

### Sofortprogramm

Das bayerische Kabinett will mit seinem am 6. Mai 2003 beschlossenen Sofortprogramm über den Bundesrat in den nächsten beiden Jahren den kommunalen Kassen insgesamt 6,2 Milliarden Euro zukommen lassen. Die Einnahmenverbesserungen für die Kommunen sollen erreicht werden, indem die Gewerbesteuerumlage auf das Niveau vor der Steuerreform der rot-grünen Bundesregierung (1.1.2001) reduziert sowie der Anteil der Kommunen am Umsatzsteueraufkommen im Jahr 2004 einmalig erhöht wird. Die Ausgabe Seite für die Kommunen soll beispielsweise durch eine Entlastung bei der Sozialhilfe, die Aufhebung des Grundsicherungsgesetzes oder die Entlastung der Kommunen durch stärkere Anreize zur Arbeitsaufnahme von Sozialhilfeempfängern verbessert werden.

### Keine Mehrheiten

Deimer: „So ein Soforthilfeprogramm ist seinen Namen nicht wert, wenn damit gerechnet werden muss, dass es dafür in Berlin keine Mehrheiten gibt. Sofort heißt sofort. Eine echte Sofortmaßnahme wäre es, wenn der Freistaat selbst mit gutem Beispiel vorangehen und die ungerechtfertigte Erhöhung der Gewerbesteuerumlage von sich

nen und mittelständischen Unternehmen unmöglich mache, sich vernünftig zu entwickeln. Das Steuerrecht werde immer komplizierter, das Arbeitsrecht nicht einmal mehr von Experten verstanden - „ein immer dichter werdender Dschungel“, wie Traublinger feststellte.

Der Leiter der Deregulierungskommission, Professor Herbert Henzler, machte den Kommunalpolitikern Mut: Man arbeite daran, Vorschläge auf den Tisch zu legen, die im Falle ihrer Umsetzung tatsächlich zu dramatischen Veränderungen führen könnten. So sei eines der Ziele, "eine Verwaltung in einer Hand" zu schaffen, die es einem Existenzgründer ermögliche, mit nur einem Ansprechpartner in einer Behörde nach vier Wochen alle notwendigen Genehmigungen in der Hand zu halten. Für Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten schwebt Henzler die Einführung einer „Verwaltung light“ vor, die durch möglichst große Effizienz gekennzeichnet sein sollte. **DK**

aus den bayerischen Städten und Gemeinden zurückgeben würde."

### Aktionswoche

Damit den verantwortlichen Politikern die desolote Finanzlage der Städte und Gemeinden im wahrsten Sinne des Wortes begreiflich wird, sei es nötig, ihnen die Augen zu öffnen, so Deimer. Er kündigte eine Aktionswoche der bayerischen Städte für den Fall an, dass weder in Berlin noch in München eine wirklich tragfähige und akzeptable Reform der Gemeindefinanzen auf den Weg gebracht wird. Der Deutsche Städtetag trägt sich mit der Absicht, für den Fall eines Misserfolgs der Gemeindefinanzreform am 27. Juni 2003 in Berlin eine Protestkundgebung mit Oberbürgermeistern und Bürgermeistern aus einer möglichst großen Zahl deutscher Städte durchzuführen. Der Bayerische Städtetag wird dann zeitnah mit dieser Veranstaltung zu einer Aktionswoche der bayerischen Städte und Gemeinden aufrufen.

### Symbolischer Akt

Im Mittelpunkt dieser Aktionswoche der bayerischen Städte soll die symbolische Schließung von möglichst vielen bayerischen Rathäusern und öffentlichen Einrichtungen mit gezeilter Öffentlichkeits- und Informationsarbeit der Stadt- und Oberbürgermeister, Stadträte und weiteren Verantwortlichen der Stadtverwaltungen stehen. Flankiert werden soll dieser symbolische Akt mit Einzelaktionen, die spürbar machen, was es bedeutet, wenn den Kommunen finanziell das Wasser bis zum Hals steht. Die bayerischen Städte denken dabei beispielsweise auch an einen zeitlich begrenzten Stopp aller städtischen Busse und Bahnen.

### Das richtige Maß bleibt gewahrt

Selbstverständlich wird man dabei auf die Sicherheit der Bürger und das richtige Maß achten. Der Städtetag setzt auf den Einfallreichtum seiner Mitglieder und wird selbst weitere Anregungen dazu geben. Mit der Erarbeitung konkreter Vorschläge wurde eine Arbeitsgruppe beauftragt, der Oberbürgermeisterin Pia Beckmann, Würzburg und die Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis, Erlangen, Dieter Döhla, Hof, Reinhold Perlak, Straubing und Dr. Paul Wengert, Augsburg angehen. **DK**

## Vorschläge zur Deregulierung

Der Bayerische Landkreistag hat Vorschläge zur Deregulierung und zur Überprüfung von sozialen Leistungsgesetzen und Standards vorgelegt. Hier die wichtigsten Forderungen:

1. Aufhebung entbehrlicher Gesetze,
2. Wegfall, Vereinfachung und Zusammenfassung von Genehmigungen,
3. Verminderung der Überwachungstätigkeit des Staates,
4. Bündelung und Delegation von Zuständigkeiten,
5. Vereinfachung des öffentlichen Förderwesens und Erhebung von Abgaben und Gebühren,
6. wesentliche Einschränkung von Statistiken, Erhebungen und Berichtspflichten sowie die bald mögliche und verstärkte Einführung elektronischer Verwaltungstätigkeit,
7. Lockerung von Anforderungen der Sicherheit und Ordnung, des Umweltschutzes und im Sozialbereich; weg von neuen umfangreichen Reglementierungen aus Anlass von Einzelfällen,
8. im Bereich der sozialen Leistungsgesetze Herausnahme der Eingliederungshilfe für Behinderte aus dem Bundessozialhilfegesetz unter Aufnahme der Rechtsmaterie in das Sozialgesetzbuch IX und unter Übernahme der Kostenträgerschaft durch Bund und Länder,
9. Einführung einer Eigenbeteiligung für therapeutische Leistungen, weil die ständig steigende finanzielle Belastung der Sozialhilfe- und Jugendhilfeträger durch derartige Leistungen, insbesondere im Rahmen der Frühförderung und der Eingliederungshilfe es durchaus rechtfertigt, Eltern, denen dies wirtschaftlich zugemutet werden kann, an den Kosten zu beteiligen,
10. im Rahmen der Überprüfung von Standards ersatzlose Aufhebung von Regelungen zur Schaffung von Servicestellen zur Beratung über Rehabilitationsleistungen, weil diese Stellen entbehrlich sind, da die Versicherungsämter in den Landratsämtern diese Aufgabe schon bisher wahrgenommen haben,
11. bei Serviceleistungen Begrenzung des ständigen Kostenanstiegs durch eine Budgetierung. **DK**

## Kommunen vor ...

(Fortsetzung von Seite 1)  
werden. Außerdem werden soziale Leistungsgesetze, die die Kommunen finanziell binden, nach Entlastungsmöglichkeiten untersucht. „Beide Projekte wollen wir noch vor der Sommerpause im Ministerrat beraten“, kündigte Stoiber an. Den Kommunen seien vom Bund außerordentlich hohe Lasten aufgebürdet worden.

### Schieflage

Wenn heute 55 % der öffentlichen Mittel für Sozialausgaben verwendet werden und immer weniger Geld für kommunale Investitionen zur Verfügung steht, weise dies auf eine Schieflage hin. So hätten sich die Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe in Bayern seit 1991 fast verdoppelt. Der Bund habe zahlreiche Rechtsansprüche auf den Weg gebracht, ohne eine adäquate Finanzausstattung sicher zu stellen. „Hier gibt es Fehlentwicklungen, die korrigiert werden müssen.“

### Besserstellung aufheben

Beispielsweise sei es sachgerecht, wirtschaftlich gut situierte Eltern bei kostenintensiven Therapien für Kinder mit seelischen Behinderungen an den Kosten zu beteiligen. Eltern, deren Kinder außerhalb des Elternhauses auf Kosten der Jugendhilfe untergebracht sind, müssten sich das Kindergeld künftig als Einkommen in der Jugendhilfe anrechnen lassen. Damit soll die Besserstellung gegenüber Eltern, die ihr Kind selbst erziehen und für dessen Lebensunterhalt sorgen, aufgehoben werden.

### Wenige Alternativen

KPV-Landesvorsitzender Luitpold Braun hatte zuvor darauf hingewiesen, dass laut einer Statistik des Bayerischen Landkreistages von 62 verabschiedeten Kreishaushalten 17 die Umlagenhöhe des Vorjahres halten konnten, ein Landkreis diese senkte, jedoch immerhin 44 Landkreise ihre Umlage erhöhen mussten. Braun betonte, dass die Kommunen ihre Aufgabendeckung durch Daseinsvorsorge und -fürsorge auch weiterhin wahr-

nehmen müssten. Es könne nicht angehen, dass beispielsweise Büchereien geschlossen würden. Freilich blieben den Kämmerern bei der angespannten finanziellen Situation nur wenige Möglichkeiten bzw. Alternativen. Braun: „2004 wird fürchterlich, falls es nicht gelingt, die Finanzen in den Griff zu bekommen.“

### Kommunale Seite stärker beachten

In einer anschließend angelegten Diskussion meinte Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger, es nutze nichts, darauf hinzuweisen, dass der Bürger sich einzuschränken habe.

„Die Tatsache, dass man sich innerhalb der CSU bislang noch auf kein Gewerbesteuermodell habe einigen können, bezeichnete er als weniger erfreulich. Er wünsche sich, dass die kommunale Seite in der Partei stärker zum Tragen komme.“

### BDI-Modell nicht zumutbar

Für Kemptens Oberbürgermeister Dr. Ulrich Netzer stellt das vom BDI favorisierte Zuschlagsmodell weder für die Kommunen noch für die CSU eine zumutbare Lösung dar, da es den Bürger zu stark belastet. Deshalb hoffe er, dass sich die CSU auf das Revitalisierungsmodell der kommunalen Spitzenverbände - in welcher Form auch immer - einigen wird. Freilich bleibe die Sorge, dass das beschlossene Papier möglicherweise nicht schnell genug umgesetzt wird, erklärte Netzer.

### Gesundheitsversorgung

Gebhard Kaiser, Landrat Oberallgäu, der das Thema Gesundheitsversorgung ansprach, bat darum, „an den Bürger die Erkenntnis zu vermitteln, dass 20 Prozent Eigenbeteiligung bei allen ärztlichen Leistungen bis zu einem gewissen Betrag nötig sind“. Ansonsten sei es auf Dauer nicht möglich, das Gesundheitswesen aufrechtzuerhalten. Zudem sah Kaiser eine Verwaltungsvereinfachung als „dringendst nötig“ an. **DK**

GZ-Interview mit Dr. Siegfried Naser:

## „An der guten Zusammenarbeit wird sich nichts ändern“

2005 endet die Gewährträgerschaft der Kommunen Bayerns Sparkassen werden vom Geldgeber zum Problemlöser

Die deutsche Bankenlandschaft ist im Umbruch. Davon bleiben auch die bayerischen Sparkassen (83 Institute, Gesamtbilanzsumme knapp 155 Milliarden Euro, 51 200 Mitarbeiter) nicht verschont. Auch sie mussten 2002 im mittelständischen Firmenkundengeschäft und im Börsengeschäft über 700 Millionen Euro Wert berichtigen. Hinzu kommt, dass wegen der schlechten Geschäftslage die BayernLB ihre Ausschüttung gekürzt hat. Gleichzeitig besteht eine akute Finanznot der Gemeinden. Dr. Siegfried Naser, Geschäftsführender Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, äußerte sich im Gespräch mit der GZ zur Situation der S-Finanzgruppe.

**GZ:** Die über Jahrzehnte auf Expansion und Zuwachs ausgerichtete Finanzbranche muss Überkapazitäten abbauen und sich einem gnadenlosen Wettbewerb stellen. Wie wirkt sich das auf die Sparkassen aus?

**Naser:** Nicht durch Aufweichung sinnvoller Strukturen werden Krisen gemeistert, sondern durch notwendiges geschäftspolitisches Umsteuern und durch konsequente Kapazitätsanpassung. Die Sparkassen haben wegen ihres guten Geschäftsmodells eine hervorragende Ausgangslage. Regio-

nalwirtschaftlich orientierte Universalbank-Institute mit starker lokaler Präsenz können auch in schwierigen Zeiten am Markt erfolgreich sein, wenn sie ihre Kostenstrukturen optimieren und eine ausgewogene Produkt- und Vertriebspolitik betreiben.

**GZ:** Aber Sparkasse Hamburg plant die Umstrukturierung in eine AG und die Beteiligung an der Vereins- und Westbank. Ist Ihr Modell also doch nicht so gut?

**Naser:** Das beruht auf der besonderen Rechtssituation in Hamburg. Die Haspa ist eine „freie“ Sparkasse nach altem

Hamburger Privatrecht, während wir in Bayern nur öffentlich-rechtliche Sparkassen haben. Für uns ist das kein Thema.

**GZ:** Welche Änderungen ergeben sich durch das neue Geschäftsmodell der Landesbank?

**Naser:** Die Brüsseler Entscheidung zur Abschaffung von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung bei Sparkassen und Landesbanken wird an der guten Zusammenarbeit mit Kommunen nichts ändern.

**GZ:** Wird das auch nach 2005 so bleiben?

**Naser:** Ja, denn ihr geschäftlicher Erfolg hängt von der wirtschaftlichen Entwicklung der Region ab. Die Förderung des Gemeinwesens, unser Engagement für Soziales, Kunst, Kultur, Sport, Umwelt- und Naturschutz, Wissenschaft, Denkmalpflege und Brauchtum, bleibt auch künftig erhalten, soweit das unsere Betriebsergebnisse erlauben.

**GZ:** Wäre in diesen schwierigen Zeiten eine Zusammenarbeit mit Geschäftsbanken und Genossenschaftsinstituten aus Kostengründen nicht sinnvoll?

**Naser:** Das ist nur im wettbewerbsneutralen Bereich denkbar, zum Beispiel in der Wertpapierabwicklung oder im Zahlungsverkehr, und dabei muss für beide Seiten ein Mehrwert entstehen.

**GZ:** Sollten dann nicht wenigstens die Sparkassenverbände ihre Kräfte bündeln?

**Naser:** Wenn mir jemand beweist, dass die Fusion mit einem anderen Verband betriebswirtschaftlich sinnvoll ist, bin ich sofort dazu bereit.

**GZ:** Wie viel Zentralität darf denn und wie viel Regionalität muss sein?

**Naser:** Wenn die Zentralisierung betriebswirtschaftlich sinnvoll ist, wäre es fatal, die Aufgaben in jeder Region getrennt abzuwickeln; Vieles lässt sich aber dezentral besser und rascher bewerkstelligen. Wir würden aufgeben, was die Stärke einer Sparkasse ausmacht: ein mittelständisches Unternehmen zu sein, das vor Ort verwurzelt ist, lebenslange Kontakte zu Kunden pflegt und kurze Entscheidungswege hat.

**GZ:** Gilt das auch für das Kommunalgeschäft?

**Naser:** Ja, viele Kommunen sind Träger der Sparkassen. Sie sind also nicht nur Kunden, sondern haben aufgrund ihrer Trägerfunktion und der Besetzung des Verwaltungsrates eine besondere Beziehung zu ihrer Sparkasse. Gleichwohl arbeiten sie aber beim Kommunal-kredit nur geschäftstüblich zusammen.

**GZ:** Werden beim Kommunalgeschäft nur Kommunen angesprochen?

**Naser:** Nein, Zielgruppen sind auch Zusammenschlüsse wie zum Beispiel Schul-, Wasser- und Abwasserzweckverbände. Dazu kommen Unternehmen mit kommunaler Mehrheitsbeteiligung, kommunale Stiftungen sowie andere öffentliche Einrichtungen. Für dieses Geschäft haben die Sparkassen in der Regel einen Spezialisten im Haus.

**GZ:** Was unternehmen die Sparkassen, um das Kommunalkundengeschäft zu fördern?

**Naser:** Die S-Finanzgruppe Bayern bietet eine breite Dienstleistungspalette: vom klassischen Kommunalkredit über Leasing- und Konzessionsmodelle bis hin zur Projektfinanzierung, aber auch attraktive und sichere Anlagemöglichkeiten und Zins- und Liquiditätsmanagement. Das Angebot geht über Bankprodukte hinaus mit Dienstleistungen für Grundstücksmaßnahmen und Immobilienmanagement.

In Bayern haben wir mit dem Kommunalen Kompetenz-Center der S-Finanzgruppe eine Einrichtung, die den Kommunen individuelle Lösungen bietet. Diesen Weg werden wir konsequent weiter gehen. Sparkassen beteiligen sich auch weiterhin an der Orts- und Regionalentwicklung und unterstützen dabei das Stadt- und Regionalmarketing sowie die touristische Entwicklung. Mit den Verbundpartnern werden sie immer mehr vom reinen Geldgeber zum umfassenden Problemlöser der Gemeinden.

**GZ:** Wie wirkt sich die Finanznot der Gemeinden aus?

**Naser:** Das wirkt sich auf alle Lebensverhältnisse der Bürger aus, denn sie leben in „ihrer Kommune“. Das beginnt bei der Infrastruktur und berührt alle kommunalen Leistungen. Die Gemeinden sind das Fundament unseres Staates; wird das ausgehöhlt, so wird letztlich alles brüchig.

**GZ:** Könnte es sein, dass Kommunen in Zeiten öffentlicher Finanznot ihre Sparkassen verkaufen, um Kasse zu machen?

**Naser:** Kommunen und der Freistaat bekennen sich klar zu den Sparkassen. Im übrigen hat keine deutsche Bank das Geld, um die Sparkassen kaufen zu können.

**GZ:** Ihre Tochter, die Bayerische Landesbank, hat mehrere Milliarden Euro vermutlich uneinbringliche Außenstände. Kann sie diese alleine verkraften oder müssen die Sparkassen einspringen?

**Naser:** Hier muss man zunächst einmal die Größenverhältnisse sehen. Die Bilanzsumme der BayernLB beträgt 341 Milliarden Euro. Das relativiert die Wertberichtigungen doch sehr. Wertberichtigung im Moment bedeutet bekanntlich auch nicht uneinbringliche Außenstände. Das wird man alles in Ruhe abwarten müssen. Ertragskraft und Gesamtlage der BayernLB sind so, dass kein Anlass besteht, über ein Einspringen der Sparkassen nachdenken zu müssen. Sie hat aus eigener Kraft eine sehr gute Zukunft vor sich.

**GZ:** Was können Sie als Verwaltungsratsvorsitzender und Vertreter der Sparkassen tun, dass künftig gravierende Schiefen vermieden werden?

**Naser:** Jede Kreditvergabe ist eine mit Gefahr geneigte Entscheidung. Hinterher ist man immer klüger, wie das Fälle wie Swissair, Enron oder Kirch zeigen. Man kann eine Entscheidung immer nur mit dem zum aktuellen Zeitpunkt bestehenden Sachverhalt und Wissen treffen. Wir kennen das alle aus den Sparkassen, wie die Wertberichtigungen zeigen.

Marianne E. Haas



Die Riebel-Projektentwicklung hat ein ausgeklügeltes, flexibles Gebäudekonzept entworfen.

„Erfolgsstory“ Riebel:

## Richtfest im Technologiezentrum

Knapp ein halbes Jahr nach Grundsteinlegung feierte die Xaver Riebel Bau München, ein erfolgreiches Unternehmen der Riebel Firmengruppe, Richtfest in der Landsberger Straße 372 in München: Hier entstehen auf über 30.000 m<sup>2</sup> erstklassige Büro- und Ausstellungsflächen mit etwa 280 Tiefgaragenplätzen. Nicht ohne Stolz präsentierten die Geschäftsführer der Xaver Riebel Bau München, Hans Materna und Thomas Auling den imposanten Rohbau den rund 200 Richtfestgästen.

Firmengruppenchef Fritz Riebel sprach von „einem Meilenstein auf der Münchner Auto-meile“, der sowohl nach innen wie außen Zeichen setzen wird. „Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind schlecht. Nur mit neuen, klugen Ideen, einer gehörigen Portion Mut und mit Risikobereitschaft und gemeinsamen Anstrengungen können wir der Krise ein Schnippchen schlagen. Dieses Projekt wird unsere erfolgreiche Geschichte fortschreiben“, so Riebel.

### Erfolgsgeschichte

Am Anfang der Erfolgsgeschichte stand der Wunsch eines Pasinger Autohauses nach Erneuerung der Ausstellungs-räume und Erweiterung des Gebrauchtwagenzentrums. Aus Platzgründen sollte an einem neuen Standort gebaut werden und idealerweise wollte die Autofirma langfristiger Mieter des neuen Autohauses sein - ohne hohe Eigeninvestitionen in einen Neubau. Hier konnte die Projektentwicklung der Xaver Riebel Bau München mit ihren Immobilienkonzepten „alles aus

einer Hand“ helfen: Standortsuche nach den Bedürfnissen des künftigen Nutzers, individuelle Planung, Abwicklung aller erforderlichen Genehmigungsverfahren, die eigentliche Bauleistung schlüsselfertig und solide, und schließlich die Vermietung sowie Vermittlung geeigneter Investoren, die das langfristig vermietete Objekt erwerben.

### Ausgeklügeltes Konzept

Aus einem Fundus von Hunderten von baureifen Grundstücken war der richtige Standort schnell gefunden. Zusammen mit einem engagierten Architekturbüro entwarf die Riebel-Projektentwicklung ein ausgeklügeltes, flexibles Gebäudekonzept, das den Nutzern Büro- und Gewerbeflächen zwischen 200 und 6.000 m<sup>2</sup> zur Verfügung stellt. Dank der gut geplanten Haustechnik und entsprechend platzierter Treppenaufgänge und Sanitärräume sind die Flächen jederzeit veränderbar und in unterschiedliche Größen teilbar. Ebenfalls nahezu reibungslos konnte die Finanzierung des gesamten Pro-

jektes auf solide Beine gestellt werden. Noch sind etwa 7.000 m<sup>2</sup> zu vermieten, wobei sich fast täglich Interessenten für die unterschiedlichsten Größen und Nutzungsarten „die Klinke in die Hand geben“, wie Projektleiter Johannes Neukirch erfreut bemerkte, als er das Projekt den Gästen vorstellte. Und weiter: „Die Bemühungen um erstklassige, solvente Mieter und eine gute Mischung unterschiedlicher Nutzungen werden durch reges Interesse seitens der Investoren belohnt.“ Trotz der enormen Geschossfläche integriert sich das Gebäude harmonisch in das städtebauliche Konzept in der Landsberger Straße. Architekt Dr. Norbert Weickenmeier ist es mit seiner durchdachten Raumplanung und attraktiven Fassadengestaltung sogar gelungen, die Münchner Behörden zu erfreuen. Eine dankenswerte kurze Genehmigungsphase seitens der Stadt war die Belohnung für seine Arbeit. Dementsprechend konnte fast unmittelbar nach Grundstückskauf mit dem Bau begonnen werden.

### Trümpfe in einer Hand

Und auch hier hatte die Riebel-Projektentwicklung alle Trümpfe in der eigenen Hand - oder besser im eigenen Haus. Nahezu alle Bauarbeiten wurden mit eigenen Betrieben der Riebel-Firmengruppe durchgeführt. Das reibungslose Zusammenspiel der eigenen Fachbetriebe, die Möglichkeit, schnell auf Veränderungen zu reagieren und die Tatsache, dass alle unter einem Dach arbeiten, passte hervorragend zum flexiblen Gebäudekonzept, mit vielen Kosten- und Komfortvorteilen für die Kunden. Der „Meilenstein“ Landsberger Straße 372 bringt somit bereits zur „Zwischenbilanz“ Richtfest alle guten Voraussetzungen mit, eine erfolgreiche „Story“ zu schreiben. **Karin Steger**

BayernBodenEntwicklung GmbH in München:

## Asset Management verbessert kommunale Haushaltslage

Die BayernBodenEntwicklung GmbH, ein im Konzernverbund der Bayerischen Landesbank auf anspruchsvolle Grundstücks-, Immobilien- und städtebauliche Projektentwicklungen spezialisiertes Unternehmen, berät Kommunen, Grundeigentümer und Investoren bei der gewinnbringenden Verwertung ihrer Immobilien.

Die kommunale Finanzlage zwingt Städte und Gemeinden schon seit langem zu restriktiven Sparmaßnahmen. Im Bereich des Liegenschaftsmanagements wurde bereits das ökonomische Facility Management, das mit einem effizienten Verwaltungsmanagement einhergeht, als großes Einsparpotenzial erkannt, dennoch können eine Vielzahl der Städte und Gemeinden Ihre Haushalte nicht mehr ausgleichen.

### Potenziale erkennen

Um ein allseits gefordertes, zielgerichtetes, bilanziertes öffentliches Handeln in den Städten, Gemeinden und Regionen tatsächlich zu erzielen, ist aber ein umfassendes Immobilienmanagement der kommunalen Liegenschaften, z.B. von Grundstücken im Zusammenhang mit vorhandenen kommunalen Gebäuden, Parkanlagen, Sportplätzen, landwirtschaftlich genutzten Grundstücken, Brachland und sonstigen kommunalen Reservflächen, erforderlich. Hier verbergen sich teilweise nicht nur erhebliche Einsparpotenziale sondern auch Wertsteigerungspotenziale, die die Haushaltslage verbessern, Liquidität schaffen und letztlich stadtentwicklungspolitische Ziele durch Schaffung von Wohnraum oder Arbeitsplätzen erfüllen können.

Durch gezielte Grundstücks- und Immobilienbevorratung, Grundstücksankauf und -verkauf für Gewerbe- und Wohnungsbau sowie An- und Vermietung von Grundstücken kann eine Effizienzsteigerung im kommunalen Immobiliengeschäft erreicht werden.

Oftmals werden diese Wertsteigerungspotenziale nicht erkannt, da eine Vielzahl von fachlichen und organisatorischen Zuständigkeiten zu wenig transparenten Informations- und Bewertungsgrundlagen führen können. Kritiker sprechen sogar von einem „System der organisierten Unverantwortlichkeit“ (vgl. Portz/ Düsterdiek : DSStGB Dokumentation Nr. 8, Berlin 1999)

Um bei dem engen Handlungsspielraum durch knappe Haushaltsmittel bei gleichzeitigem Investitionsdruck als Wohn- und Gewerbestandort dennoch konkurrenzfähig zu bleiben, ist

eine Neuorientierung beim kommunalen Asset Management mit einem Neuverständnis von einer kommunalen Immobilie, die entwickelt und als Ressource ausgeschöpft werden sollte, erforderlich.

Die Ersetzung der bisher dezentralen Organisation der Zuständigkeiten durch eine zentrale Struktur kann Umsetzungsprobleme, lange Wartezeiten bei der Bearbeitung sowie Schnittstellenprobleme oder Kapazitätsengpässe durch Doppelbelastung der zuständigen Ansprechpartner vermeiden.

### Reibungsverluste vermeiden

Die Immobilienprojektentwicklung ist, angefangen bei der Bestandsanalyse über die Konzeptentwicklung und Umsetzungsplanung bis zur konkreten Umsetzung, ein Ad-hoc-Unternehmen: Gegensätzliche Erwartungshaltungen und unterschiedliche fachliche Blickwinkel treffen aufeinander. Die Zusammenarbeit der Projektbeteiligten ist nicht eingespielt. Reibungsverluste sowie Zeit- und Kostendruck sind (leider) der Regelfall.

Die zentrale Organisation des kommunalen Immobilienmanagements, entweder als Arbeitsgruppe mit Vertretern der Verwaltung ggf. unter Hinzuziehung externer Berater oder im Rahmen einer kompletten Übertragung an einen externen Dienstleister kann kompetente Bearbeitung sichern, Reibungsverluste minimieren und Kosten sparen. Hier setzt die Tätigkeit des interdisziplinären Teams der BayernBodenEntwicklung GmbH ein.

### Integration von Fachdisziplinen

Die Hinzuziehung von externen Beratern erfordert immer ein gutes Zusammenwirken mit Verwaltungsexperten, unterschiedlichen Fachdisziplinen und betriebswirtschaftlichen Know-how. Die laufende objektive Integration von planungsrechtlichen, städtebaulichen, technischen, ökologischen, betriebswirtschaftlichen, finanzierungs- und marketingtechnischen, steuerlichen und sozialen Aspekten bei der Immobilienprojektentwicklung

erfordert infolge der vorgenannten Besonderheiten eine hohe Fachkompetenz und bedeutet einen hohen Koordinations- und Moderationsaufwand, der bei größeren Projekten i.d.R. kaum von den Gemeinden selbst geleistet werden kann, ohne das Tagesgeschäft zu vernachlässigen.

Die Entwicklung von Grundstücken ist zu Beginn ein ergebnisoffener Prozess, in dem Grundlagen untersucht und analysiert, Nutzungskonzepte entwickelt, Baurecht geschaffen sowie gegebenenfalls Bodenordnung und Baufeldfreimachung durchgeführt werden. Erst dann

## Sparkassenverband hilft Existenzgründern

### Erste bayerische Gründerkonferenz in München

Der Sparkassenverband Bayern unterstützt seit einigen Jahren Unternehmensgründer und Jungunternehmer durch die so genannte StartUp-Initiative. Mit der Ausschreibung eines Wettbewerbs und der Veranstaltung des Gründerkongresses fördern die bayerischen Sparkassen die Entwicklung der Wirtschaft in der Region.

Der Geschäftsplan, so Werner Netzel, Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern vor Journalisten, ist die Grundlage für die Teilnahme am Wettbewerb. Bei seinem Entwurf leisteten die Berater der Sparkassen Hilfestellung. Seit der ersten Ausschreibungsrunde hat der Wettbewerb mehr als 7500 Gründungsteams auf dem Weg in die Selbständigkeit begleitet. Der Wettbewerb wird bundesweit ausgeschrieben und richtet sich an Jungunternehmer, die kurz vor der Gründung eines eigenen Unternehmens stehen oder dieses gerade gegründet haben.

### Gründerpreis

Der Gründerpreis wird für beispielhafte und herausragende Leistungen beim Aufbau neuer Unternehmen in den Kategorien „Konzept“, „Aufsteiger“ und „Lebenswerk“ verliehen. Damit werden die verschiedenen Stationen berücksichtigt, die ein Unternehmen während seiner Entwicklung durchläuft.

In der Kategorie „Aufsteiger“ nominierte Unternehmen, die zwischen 1999 und 2001 gegründet wurden, sollen ein außerordentliches Wachstum vorweisen und das Potential zur Marktführerschaft haben. Der Sonderpreis „Unternehmensnachfolge“ bezieht sich auf die Übernahme einer bestehenden Firma. Neu

kann im Rahmen der Umsetzung eine managementorientiert, systematisierte und teilweise standardisierte Projektsteuerung stattfinden. Die Projektierung bestimmt den Fahrplan zum Erfolg. Nur die laufende Beobachtung von Risiken und promptes Eingreifen von Maßnahmen zur Einhaltung und Sicherung der Projektziele gewährleisten eine effiziente Wertsteigerung des kommunalen Immobilienvermögens.

### Weiche Faktoren

Die Externalisierung dieser vielfältigen zu erbringenden Managementleistungen erscheint auf den ersten Blick eine reine Kostenposition zu sein. Jedoch kann nicht geerntet werden, wo nicht gesät wird. Trotz innovativer Finanzierungsmodelle, die Liquidität schneller freisetzen können, stellt sich der finanziell messbare Erfolg oft erst mit den Einnah-

men aus Vermietung oder Verkauf ein. Dabei sind aber auch die weichen Faktoren in die gesamte Wertschöpfungskette mit einzubeziehen: Politische Vertreter einer Gemeinde werden aus der „Schusslinie“ genommen, weil das kommunale Vermögen objektiv analysiert, bewertet und erst dann verwertet wird.

Die Verwaltung kann sich auf

die Erbringung von kommunalen Dienstleistungen konzentrieren und dadurch Bürgernähe und insbesondere Bürgerzufriedenheit erreichen. Die Partnerschaft mit einem externen Berater geht also über die klassische Auftraggeber/Auftragnehmer-Beziehung hinaus. Sie ist immer win/win-orientiert und basiert auf gegenseitigem Interesse. ✍

## Neues Geschäftsmodell der Landesbank

### 2002 schwierigstes Jahr seit Bestehen

Wie alle Großbanken, so wurde auch die Bayerische Landesbank von den Folgen der binnen- und weltwirtschaftlichen Situation nicht verschont. Bei der Bilanzpressekonferenz in München bezeichnete Vorstandschef Werner Schmidt das Jahr 2002 als „das schwierigste seit Bestehen der Landesbank“, das höchste Belastungen an das Personal gestellt habe. Die schwierige Lage sei auch im ersten Quartal 2003 unverändert, deshalb erwartet Schmidt im Gesamtjahr ein sinkendes Betriebsergebnis vor Risikoversorge um 20 bis 30 Prozent auf rund 1,4 Milliarden Euro.

Den Zusammenbruch der Kirch-Gruppe bekam die Bayern-LB besonders zu spüren. Das Geldinstitut, das je zur Hälfte dem Freistaat Bayern und den bayerischen Sparkassen gehört war mit gut zwei Milliarden Euro der größte Gläubiger des Medienkonzerns. Rund eine Milliarde Euro wurden für die gefährdeten Kredite in die Risikoversorge eingebracht. Insgesamt musste die Risikoversorge im letzten Jahr fast verdoppelt werden, auf knapp 2,3 Milliarden Euro. „Risikoversorge ist aber nicht gleich Ausfall“, betonte der Vorstandschef. Für die Formel-1-Beteiligung die im Rahmen der Kirch-Insolvenz der Landesbank zugefallen war, hofft Schmidt sein eingesetztes Kapital samt Verzinsung zurück zu bekommen.

### Stringente Sparmaßnahmen

Die bereits eingeleitete Umsetzung der strategischen und strukturellen Neuausrichtung der LB hin zu einem zukunftsfähigen Geschäftsmodell kann nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden nur erfolgreich sein, wenn es von stringenten Sparmaßnahmen flankiert wird. So sollen bis Ende 2004 im In- und Ausland weitere 700 Arbeitsplätze wegfallen, nachdem zwischen November und Mai bereits knapp 300 Stellen abgebaut wurden. 100 Millionen Euro an Personalkosten und ebenso viel an Sachkosten sollen gespart werden. Gekürzt werden auch freiwillige Leistungen für die Mitarbeiter wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Stattdessen soll es gewinnabhängige Bonuszahlungen geben. Hauptgrund für diese Maßnahmen ist das Auslaufen der so genannten Anstaltslast und Gewährträgerhaftung. Ab Mitte 2005 ist der Freistaat Bayern nicht mehr verpflichtet, die wirtschaftliche Basis der LB zu sichern und für ihre Verbindlichkeiten zu haften.

Schmidt sagte, im laufenden Jahr sei lediglich mit einem Gewinn in Vorjahreshöhe zu rechnen. Er legte sich nicht fest, inwieweit die LB auch in diesem Jahr Beteiligungen verkaufen wird. 2002 hatten Anteilsverkäufe im Bayern-LB-Konzern um 32 Prozent auf 1893 Millionen Euro. Nach Schmidt enthielt diese Entwicklung neben dem gestiegenen Zins- und Provisionsüberschuss auch positive Effekte bei den sonstigen betrieblichen Erträgen sowie erste Erfolge durch die Kostendämpfungsmaßnahmen. Die Konzernbilanzsumme erreichte mit einem Plus von 4,7 Prozent 341,3 Milliarden Euro.

Im Rahmen eines zukunftsfähigen Geschäftsmodells konzentriert sich die Bayerische Landesbank wieder stärker auf die Kernmärkte in Bayern. Dies zeigt auch eine gestaffelte Mindestanforderung für Unternehmenskunden: Innerhalb Bayerns 50 Millionen Euro Jahresumsatz, innerhalb der Bundesrepublik 500 Millionen und außerhalb Deutschlands zwei Milliarden. E. Scholl

### Bayerischer Sparkassentag 2003

Rund 800 Delegierte aus den Geschäftsgebieten der 83 bayerischen Sparkassentag treffen sich am 5. Juni 2003 in Lindau am Bodensee zum Bayerischen Sparkassentag 2003. Das Motto lautet „Wertschöpfungsnetze in der Sparkassen-Finanzgruppe“. In der Inselhalle wird Dr. Siegfried Naser, Geschäftsführender Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, die Veranstaltung eröffnen. Mit Spannung wird die Festrede von Dr. Edmund Stoiber erwartet. ✍

## Baulandentwicklung ohne kommunale Kosten- und Risikoübernahme

Von Volker Leers, Deutsche Bau- und Grundstücks-AG BauGrund - Regionalbüro München

Die schwierige Haushaltssituation vieler Kommunen verlangt nach innovativen Strategien auch für die Baulandentwicklung und -bereitstellung, denn ein aktives Flächenmanagement ist ein unverzichtbares Instrument für eine erfolgreiche und zukunfts-fähige Kommunalentwicklung. Die traditionellen Verfahren der Baulandentwicklung weisen in dieser Situation vielfältige Nachteile auf: hohe kommunale Finanzierungsanteile für maßnahmenbedingte Entwicklungs- und Folgekosten, geringe Mobilisierungswirkungen, begrenzte Steuermöglichkeiten bei reinen Investorenmodellen sowie hohe Vorfinanzierungsleistungen und eine Risikoübernahme bei kommunalen Zwischenerwerbsmodellen. Vor diesem Hintergrund erweisen sich Kooperationsmodelle zwischen Gemeinde, Grundstückseigentümern und städtebaulichem Maßnahmenträger als zweckmäßig, die das bewährte Instrument der Baulandumlegung mit städtebaulichen Verträgen zur Finanzierung und Erschließung kombinieren.

Die gesetzliche Baulandumlegung nach Baugesetzbuch ist insbesondere deswegen ein sehr flexibles Instrument der Baulandentwicklung, weil es ausdrücklich zusätzliche Vereinbarungen mit den Grundstückseigentümern zulässt. Diese Verträge erweitern die kommunalen Handlungsspielräume bei der Baulandentwicklung erheblich. So können alle notwendigen Flächen für Erschließungsanlagen, Grünflächen, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie für Gemeinbedarfseinrichtungen bereitgestellt sowie die Herstellung der Anlagen und der erforderlichen Gemeinbedarfseinrichtungen finanziert werden.

### Entlastung der Verwaltung

Ein weiterer Vorteil des Instruments ergibt sich aus den Möglichkeiten der Kommune, private Maßnahmenträger bei der Baulandumlegung umfassend einzubinden, um damit die eigene Verwaltung von allen technischen und managementbezogenen Aufgaben zur Baulandentwicklung zu entlasten. Die Durchführungskosten - durch effizientere Maßnahmendurchführung ohnehin minimiert - sind zudem im Gegensatz bei einer kommunalen Aufgabenwahrnehmung voll umlagfähig. Die Städte und Gemeinden behalten aufgrund ihrer Planungshoheit die Steuerungsfähigkeit für den gesamten Prozess. Besonders interessante Steuerungs- und Finanzierungsmöglichkeiten bestehen bei der Einschaltung eines Maßnahmenträgers, der sowohl alle Vorarbeiten für die gesetzliche Baulandumlegung gemäß Baugesetzbuch als auch die Erschließung durchführt. In einem abgestuften Ver-

fahren werden durch städtebauliche Verträge zwischen allen beteiligten Grundstückseigentümern, der Gemeinde und dem Maßnahmenträger alle Aufgaben für eine zielorientierte Maßnahmendurchführung einschließlich deren Finanzierung rechtssicher geregelt. So kommt es zu einem geschlossenen Verfahren der Baulandentwicklung mit städtebaulicher Planung, Bodenordnung, Erschließung und Baulandumlegung.

fahren werden durch städtebauliche Verträge zwischen allen beteiligten Grundstückseigentümern, der Gemeinde und dem Maßnahmenträger alle Aufgaben für eine zielorientierte Maßnahmendurchführung einschließlich deren Finanzierung rechtssicher geregelt. So kommt es zu einem geschlossenen Verfahren der Baulandentwicklung mit städtebaulicher Planung, Bodenordnung, Erschließung und Baulandumlegung.

### Maßnahmenablauf

Das integrierte Durchführungs- und Finanzierungsmodell der Baulandentwicklung erfordert weder Kostenbeteiligung noch Risikoübernahme durch die Kommune. Der idealtypische vollständige Maßnahmenablauf umfasst eine Machbarkeitsstudie u.a. zur Klärung der Mitwirkungsbereitschaft der Grundstückseigentümer, die Erstellung der städtebaulichen Planung, den Abschluss städtebaulicher Verträge zwischen Eigentümern und Gemeinde, die Neuparzellierung des Maßnahmensgebietes, die Herstellung der Erschließungsanlagen sowie das gesamte Vertrags- und Finanzierungsmanagement.

Mit diesen Aufgaben kann die Gemeinde ganz oder teilweise einen privaten Maßnahmenträger betrauen, der die Verhandlungen mit den Eigentümern zur Vorbereitung der Bodenordnung und auch alle sonstigen Arbeiten durchführt. So können sich die Kommunen über das einschlägige Know how verfügen und zugleich ihre Verwaltung von diesen zeitintensiven und befristeten Sonderaufgaben entlasten.

Schließt die Kommune mit ei-

nem städtebaulichen Maßnahmenträger einen Erschließungsvertrag ab, kann die Vergabe der Bauleistungen ohne Bindung an die VOB zum Vorteil der Grundstückseigentümer erfolgen. Ein wesentlicher Vorteil für die Städte und Gemeinden besteht darin, dass der ansonsten obligatorische Eigenanteil von mindestens 10 % der Erschließungskosten entfällt. Die rechtssichere Regelung der Abläufe der Gesamtmaßnahme sowie der Kostenübernahme erfolgt durch mehrstufige vertragliche Regelungen mit Mitwirkungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit den Eigentümern im Erschließungsgebiet. Die für die Bebauungsplanung und für die Umlegung erforderlichen hoheitlichen Beschlüsse müssen dazu mit den privatrechtlichen Vereinbarungen mit den Grundstückseigentümern synchronisiert werden. Die Kommune kann ihre Planungshoheit gezielt dazu einsetzen, um das Verfahren zu steuern.

### Bewährte Modelle

In der Praxis haben sich Erschließungsvertragsmodelle bewährt, bei denen der Erschließungsträger über keine eigenen Flächen im Planungsgebiet verfügt und damit auch keine Erschließungsflächen einbringt, die Erschließungsanlagen indessen auf eigene Rechnung beispielsweise zum Festpreis herstellt. Der Unternehmer übernimmt die Herstellung der Erschließungsanlagen sowie die Vorfinanzierung einschließlich der anfallenden Zinskosten. Damit eine reibungslose Refinanzierung für entstehende Kosten von den Grundstückseigentümern gewährleistet ist, müssen alle abzuschließenden Verträge optimal aufeinander abgestimmt und hinsichtlich des Zeitpunktes koordiniert werden. Die Akzeptanz derartiger kombinierter Bodenordnungs- und Erschließungsmodelle ist in der Praxis vor allem deswegen so groß, weil hier der Erschließungsträger ohne eigene investiven Absichten, also interessenneutral, seine Aufgaben als Dienstleister auf Honorarbasis erfüllt.

Die Baulandentwicklung verursacht in der Praxis für die Gemeinden vielfältige Kosten, die

nicht über die Beiträge nach dem Baugesetzbuch oder dem Kommunalabgabengesetz refinanziert werden können. Dazu gehören die Kosten für die städtebauliche Planung, insbesondere den Bebauungsplan, für die zahlreichen Gutachten beispielsweise über die Bodenbeschaffenheit, die Versickerungsfähigkeit des Bodens, die Kosten für öffentliche Spielplätze, Freizeit- und Erholungsanlagen, für Kindergärten oder deren Erweiterung, Kindertagesstätten und Jugendfreizeiteinrichtungen, für Schulen einschließlich Schulsportanlagen, für Alten- und Seniorenheime sowie für Bürgerzentren, soweit diese Voraussetzung oder Folge des geplanten Erschließungsgebietes sind.

Im Rahmen von Kooperationsmodellen können Kostenübernahmevereinbarungen geschlossen werden, die diese Kosten auf die Planungsbegünstigten überwälzen, denn ihnen kommen letztlich diese Einrichtungen zugute. Bei den traditionellen Verfahren wären diese Kosten allein aus dem kommunalen Haushalt über Steuereinnahmen zu finanzieren.

### Rechtliche Anforderungen

Die rechtlichen Anforderungen an solche vertraglichen Vereinbarungen im Umlegungsverfahren sind indessen hoch, und inzwischen hat die Rechtsprechung die Grenzen deutlich aufgezeigt. So darf die Kommune beispielsweise ihre hoheitliche Interessenabwägung in der Bauleitplanung nicht an bestimmte Gegenleistungen der Planungsbegünstigten knüpfen (Koppelungsverbot). Ferner muss detailliert nachgewiesen werden, welche notwendigen Folgemaßnahmen im Infrastrukturbereich durch das Neubaugebiet ausgelöst werden (Kausalität). Lediglich die Kosten für den konkreten zusätzlichen Mehrbedarf können vertraglich abgewälzt werden. Weiterhin müssen die vertraglich vereinbarten Leistungen den gesamten Umständen nach angemessen sein (Angemessenheit).

Als Kriterien zur Beurteilung der Angemessenheit sind die Verhältnisse der vereinbarten Kostenübernahme zur Gesamtinvestition des Vorhabentragers, die Rentabilität der Investition sowie die planungs- und maßnahmenbedingte Bodenwerterhöhung der jeweiligen Grundstücke heranzuziehen. Folgelastenverträge über

Erschließungsanlagen sind vor allem für die nicht beitragsfähigen Anlagen wie beispielsweise Sammelstraßen, Wohnwege, Brücken und Tunnel interessant. In der Praxis sind daher projektorientierte Zuordnungen und umfassende Kostenkalkulationen erforderlich, um transparente und rechtlich tragfähige Grundlagen für solche Vereinbarungen im Umlegungsverfahren zu erhalten.

### Keine Patentrezepte

Angesichts der Vielzahl der Aufgabenstellungen in den Kommunen kann es nicht die Strategie mit den Instrumenten für die Baulandentwicklung und -mobilisierung geben. Allerdings kann in den Fällen, in denen eine schwierige Eigentumsstruktur bodenordnerische Maßnahmen erfordert, die Umlegung nach dem Baugesetzbuch mit städtebaulichen Verträgen zur Erweiterung Flächenbereitstellung, Erschließung und Folgekostenfinanzierung eine zentrale Rolle einnehmen.

Diese Strategie, die auf einer Mitwirkungsbereitschaft der

Grundstückseigentümer aufbaut, hat sich in der Praxis bewährt. So liegt inzwischen eine umfassende Rechtsprechung zu vielfältigen Einzelfragen der Umlegung vor und ermöglicht eine äußerst rechtssichere Handhabung.

Das wesentliche Prinzip, einen privaten Interessenausgleich zwischen den Beteiligten herbeizuführen und das private Eigentum zu erhalten, hat zu einer großen Akzeptanz der Umlegung bei den Grundstückseigentümern geführt. In den Kommunen, in denen das Instrument seit langem für die Baulandentwicklung eingesetzt wird, begegnet die Umlegung einer besonders großen Zustimmung.

Die Umlegung stellt auch für alle künftigen Aufgaben der Baulandentwicklung zur nachhaltigen Entwicklung der Städte und Gemeinden ein unverzichtbares Instrument dar. Den Kommunen eröffnen sich vielfältige Möglichkeiten, durch Kombinationen mit städtebaulichen Verträgen kostenneutrale, ziel-führende und risikofreie Baulandstrategien zu entwickeln und effizient umzusetzen. *ES*

## Der Wohnungsmarkt stagniert

### Neuer Marktspiegel der Sparkassenorganisation

Der Wohnungsmarkt befindet sich weiter in einem Konjunkturtief. Bei der Präsentation des neuen Marktspiegels der bayerischen Sparkassenorganisation teilte Landesbausparkassen-Chef Manfred Werner mit, dass die Zahl der Baugenehmigungen im Freistaat mit 47303 Wohnungen um 4,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen ist. Der Geschoßwohnungsbau lag mit 16455 Objekten um 14,4 Prozent unter dem Vorjahreswert. Die Zweifamilienhäuser reduzierten sich um 6,2 Prozent mit 5962 Wohneinheiten. Einfamilienhäuser behaupteten sich dagegen mit einem Plus von 3,6 Prozent auf 24186 Objekte.

Bei der Fertigstellung von Wohnungen wurde 2002 der tiefste Stand seit 1989 erreicht. Mit 50036 Wohnungen in neuen Gebäuden wird der Vorjahreswert um 2,7 Prozent unterschritten. Weitere Rückgänge verzeichneten die Zweifamilienhäuser mit 5,6 Prozent und die Mehrfamilienhäuser mit 7,6 Prozent. Bei den Einfamilienhäusern dagegen wurde mit 25110 Einheiten ein leichtes Plus von zwei Prozent realisiert.

Werner forderte angesichts der Investitionszurückhaltung im Wohnungsbau verlässliche politische Rahmenbedingungen, die Bauherren mit ihrem Bedarf nach langfristiger Planungssicherheit den Konflikt mit den seit Jahren hektischen Zyklen der Politik ersparen.

Gegen den Trend des Immo-

liantenmarktes konnte die Sparkassen-Finanzgruppe im vergangenen Jahr die Zahl der von ihr vermittelten Objekte um 2,8 Prozent auf rund 8600 im Gesamtwert von 1,24 Milliarden Euro steigern, das ist ein Plus von 6,4 Prozent. Damit hat die Sparkassen-Immobilien-Vermittlungs-GmbH München ihre Marktführerschaft in Bayern weiter ausgebaut.

Die Situation auf dem bayerischen Wohnungsmarkt ist laut Werner Netzel, Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern, von regional sehr unterschiedlichen Immobilienumsätzen und Objektpreisen geprägt. In der Stadt und im Landkreis München ging der Immobilienumsatz um 17 Prozent zurück. Auch Niederbayern, sowie Ober- und Unterfranken registrierten überdurchschnittliche Einbußen. **E. Scholl**

## BayWa-Konzern bekam Wachstumsschub

Wenige Wochen nach Bekanntgabe des Geschäftsberichts 2002 der BayWa AG München präsentierte Deutschlands größter Agrar- und Baustoffhändler den Konzernabschluss für das abgelaufene Jahr. Durch die rückwirkend zum 1. Januar erfolgte Übernahme der Stuttgarter WLZ Raiffeisen AG erzielte der BayWa-Konzern sein bisher bestes Ergebnis.

Der Jahresüberschuss für 2002 beträgt 49,9 Millionen Euro, nach 18,4 Millionen im Vorjahr. Der Umsatz liegt mit 5,4 Milliarden Euro auf Vorjahreshöhe. Allein im ersten Quartal 2003 legte der Konzern beim Umsatz um 16,2 Prozent auf 1,3 Milliarden Euro zu. „Wir sind deutlich gestärkt in das achtzigste Jahr unserer Firmengeschichte gegangen“, berichtete Konzern-Chef Wolfgang Deml vor der Presse in München, „denn wir haben 2002 den Konzern deutlich erweitert und unser bisher bestes Ergebnis erzielt“. Die positive Ergebnisentwicklung unterstreicht die Erfolge bei der Kostenoptimierung und zeigt die Effekte aus Synergien und Rationalisierungsmaßnahmen im Konzern: Das Ergebnis der betrieblichen Geschäftstätigkeit konnte der Konzern um 96 Prozent auf 97 Millionen Euro steigern. Das Finanzergebnis ist um

über 16 Prozent höher und das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zeigt einen Anstieg um 379 Prozent auf 67,6 Millionen Euro. Mit der Konzernweiterung wächst die Bilanzsumme um neun Prozent. Die Eigenkapitalquote verbessert sich von 25,1 auf 26,3 Prozent. Eigenmittel und langfristiges Fremdkapital machen 52 Prozent der Bilanzsumme aus. Der Konzernumsatz erreichte mit 5,4 Milliarden Euro das Vorjahresniveau. Den höchsten Anteil erreichte wieder der Geschäftsbereich Agrar, der am stärksten international ausgerichtet ist. Mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Betriebsmitteln sowie technischen Produkten und Dienstleistungen erwirtschafteten die Sparten Agrar und Technik im In- und Ausland knapp 2,5 Milliarden Euro, das sind 1,5 Prozent mehr als im Vorjahr. **E. Scholl**

Thüga AG:

## Auf Eigenständigkeit bedacht

Rekordgewinn wandert größtenteils in die Rücklagen  
Expansion in Italien / Wechsel an der Unternehmensspitze

„Im Geschäftsjahr 2002 ist die Thüga AG, die größte kommunale Energiegruppe in Deutschland, bei allen Eckpunkten ihrer Strategie einen wichtigen Schritt vorangekommen.“ Mit diesen zurückhaltenden Worten fasste der Vorstandsvorsitzende Dieter Nagel den Erfolg des abgelaufenen Geschäftsjahrs zusammen. Doch wenn man das Geschehen im Einzelnen betrachtet, sind es drei Schwerpunkte, die das Thüga-Bild 2002 bestimmen: Ein Jahresüberschuss in Rekordhöhe, der Wechsel an der Unternehmensspitze und die möglichen Auswirkungen der Änderung in der Aktionsstruktur auf die künftige Geschäftspolitik.

Nach mehr als 30 Jahren Vorstandstätigkeit wird Dieter Nagel (63) mit dem Tag der Hauptversammlung am 27. Juni sein Amt als Vorstandsvorsitzender und auch sein Amt als Finanzvorstand aus Altersgründen niederlegen. Er wechselt in den Aufsichtsrat. An der Spitze des Unternehmens folgt ihm Armin Geiß (52), der seit Mai 2001 dem Vorstand angehört. Zuvor war er bei der Bayernwerk AG und der E-ON Energie AG in München tätig, wo er als Projektleiter die Fusion von Preußen Elektra AG und Bayernwerk AG zur E-ON Energie AG vorantreibt. Ursprünglich kommt Geiß aus dem bayerischen Wirtschaftsministerium.

### Neuer Finanzvorstand

Neuer Finanzvorstand wird Klaus Schäfer (35), der seit der Fusion von Veba AG und VIAG AG im Jahr 2000 Bereichsleiter für das Gebiet Konzernstrategie der E-ON AG in Düsseldorf ist. Vorher war er in kaufmännischen Führungspositionen bei der VIAG AG in München tätig. Nachdem die E-ON Energie AG im vorigen Jahr zu ihrer bestehenden Beteiligung von 61,2 % den Anteil von 25,1 % der Bayerischen Landesbank an der Thüga AG erworben hat und die Mutter E-ON AG durch die Übernahme der Ruhrgas AG auch über deren Anteil von 10 % an der Thüga verfügt, hält der Düsseldorfer E-ON-Konzern nunmehr rund 97 % an Thüga. Daraus ergeben sich natürlich

## Das „flüssige Holz“ wird immer beliebter

Landwirtschaftsminister Josef Miller befüllt  
Pellettspeicher bei Einfamilienhaus in Kempten

Holzpellets werden auch „flüssiges Holz“ genannt, weil Sie bei Transport, Lagerung und Verbrennung einen ähnlichen Komfort wie flüssige Brennstoffe bieten. Entsprechend beliebt ist ihr Einsatz mittlerweile bei Ein- und Mehrfamilienhäusern.

Holzpellettheizungen sind automatische Anlagen, die mit tonnenförmigen Holz-Presslingen befeuert werden. Diese bestehen aus unbehandelten Spänen und Resten. Geliefert werden die Holzpellets per Tankwagen direkt in den Lagerraum.

### Behagliches Ambiente

Von dort gelangen die Pellets durch eine Fördereinrichtung in den Brennraum. Mit Holzpellets kann so eine Zentralheizung wie mit Gas oder Öl betrieben werden und außerdem gibt es auch die Möglichkeit, über Holzpellets-Einzelzimmeröfen für ein behagliches Ambiente wie mit der bekannten Holzheizung zu sorgen.

### Jede Menge Vorteile

Da die Nutzung von Holzpellets viele Vorteile für heimische Wirtschaft, Umwelt und Landwirtschaft bietet, besichtigte Landwirtschaftsminister Miller die Pellettsheizung eines Einfamilienhauses

bei dem Münchener Unternehmen, das im Inland an 126 kommunalen Unternehmen jeweils mit einer Minderheit beteiligt und in Italien dabei ist, sein Erdgas-Geschäft weiter auszubauen, Überlegungen, ob die bisherige Strategie der leisen, harmonischen und sehr erfolgreichen Zusammenarbeit mit den Partnern beibehalten werden kann oder ob es zu einem geschäftspolitischen Wechsel kommt.

### Dienstleister für kommunale Partner

E-ON hat dazu noch nicht Stellung genommen. Es hatte auch schon mal das Gerücht die Runde gemacht, Thüga könnte der Ruhrgas zugeschlagen werden, quasi als Vertriebsstochter des Gesamtkonzerns. In der Bilanzpressekonferenz gab Nagel aber zu verstehen, dass dies keine Rolle für die Thüga AG sein könne. Die Thüga verstehe sich als Dienstleister für ihre kommunalen Partner-Energieversorger und beschaffe für diese die Strom- und Gasenergie durch ihre Handelsgesellschaften. Wäre die Thüga nur ein Vertriebsunternehmen, würden die kommunalen Partner nicht mitmachen, sagte Nagel. Und Armin Geiß assistierte ihm: „Im liberalisierten Energiemarkt passt das Konzept der Thüga besser denn je, zumal nach dem Zusammenschluss von E-ON und Ruhrgas das Bundeskartellamt die Aktivitäten der Thüga noch genauer verfolgen wird. Ich kann mir nicht

vorstellen, dass das Thüga-Modell in Frage gestellt wird.“

### Rekord-Jahresüberschuss

Hintergrund der Befürchtungen sind u.a. Pläne des Bundeskartellamtes, auch kleinste Beteiligungen großer Unternehmen an kommunalen bzw. Stadtwerken zu untersagen. Entschieden in dieser Richtung ist freilich noch nichts. In seinem letzten vollen Jahr als Vorstandschef hat Nagel mit 645 (Vorjahr: 146) Mio. für einen Rekord-Jahresüberschuss gesorgt, bei dem allerdings anzumerken ist, dass er zu einem Großteil aus Sondererträgen auf Grund von Anteilsverkäufen stammt.

### Konzentration auf Kerngeschäft

Die Thüga hat sich nämlich im vergangenen Jahr auf ihr Kerngeschäft in Deutschland-Minderheitsbeteiligungen an kommunalen Energieversorgern konzentriert und sich dabei einerseits von einigen Beteiligungen getrennt und andererseits neue hinzugewonnen. Und auf dem italienischen Erdgasmarkt konnte die Thüga ihr En-

### Lechwerke AG:

## Guter Abschluss für „Rumpfgeschäftsjahr 2002“

Durch den Einschub eines Rumpfgeschäftsjahrs (1.7. bis 31. 12. 2002) wird ab 2003 das Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr identisch sein. Im Ergebnis vor Steuern konnte der positive Trend der Vorjahre fortgeführt werden. Nach Steuern wurde ein Überschuss von 22 Mio. Euro erzielt. Das entspricht einer Steigerung von 5,8 Mio. Euro gegenüber dem halben Jahresüberschuss des Vorjahres. Der Vorstand empfiehlt der Hauptversammlung, die am 14. Mai stattfindet, eine Dividendenausschüttung für das Halbjahr von 6,25 Euro je Stückaktie (für das volle Geschäftsjahr 2001/2002: 9,25 Euro).

Das betriebliche Ergebnis blieb im Vergleich zum halben Vorjahr nahezu konstant bei 31 Mio. Euro. Bereinigt man dieses Ergebnis jedoch um Sondervorgänge, ist eine leichtere Verschlechterung im bereinigten operativen Geschäft zu erkennen. Der Grund dafür ist im Wesentlichen die Nachbelastung aus der Endabrechnung der EEG-Quote. Diese war in der Strompreiskalkulation nicht enthalten, sodass sie nicht in vollem Umfang an unsere Kunden weitergegeben wurde.

### Stromverkauf

Der Stromverkauf im Rumpfgeschäftsjahr 2002 betrug 5.242 GWh. Das ist ein Rückgang von 5,4 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr des Geschäftsjahrs 2001/2002. Die Einbußen resultieren aus Absatzverlusten im Stromverkauf an weiterverteilende Energieversorger. Im Bereich der Privat- und Gewerbekunden konnten mehr Kunden dazu- bzw. zurückgewonnen werden als zu einem anderen Stromversorger gewechselt sind.

### Regionale Zulieferer und Handwerker profitieren von LEW-Aufträgen

LEW hat zwischen Juli und Dezember 2002 insgesamt 54 Mio. Euro investiert, davon 34 Mio. Euro in Finanzanlagen (Anlage liquider Mittel aus einem Beteiligungsverkauf) und 20 Mio. Euro in die Erweiterung und Modernisierung ihrer Anlagen. Nach wie vor ist LEW ein wesentlicher wirtschaftspolitischer Faktor in Bayerisch-

schwaben erheblich ausweiten.

### Ergebniszahlen

Das erfolgreiche Geschäftsjahr 2002 spiegelt sich auch in den Ergebniszahlen wider. So nahm das Beteiligungsergebnis um 22 % auf 300 (246) Mio. € zu und erreichte damit zum dritten Mal in Folge einen Höchstwert. Auf Grund der Einbringung von drei Betrieben in Beteiligungsunternehmen gingen die Umsatzerlöse um 77 Mio. auf 342 Mio. € zurück. Das operative Ergebnis konnte erneut gesteigert werden, und zwar um 4,1 % auf 182 Mio. €. Auf vergleichbarer Basis ist das operative Ergebnis sogar um 10 % gestiegen. Investiert wurden 422 Mio. €. Im Vorjahr waren es 1353 Mio. € wegen der Sacheinlage der Contigas von 602 Mio. €.

### Thesaurierungsmaßnahme

Im laufenden Jahr werden es etwa 300 Mio. € sein. Vorstand und Aufsichtsrat schlagen der Hauptversammlung vor, die Dividende je Aktie von 0,90 € im Vorjahr auf 1,00 € zu erhöhen. Insgesamt sollen 558,5 Mio. € in die Rücklagen gesteckt werden, und zwar zusätzlich zu der bereits aus dem Jahresüberschuss erfolgten Dotierung der Gewinnrücklagen mit 322,5 Mio. €. Enoch weitere 236 Mio. € aus dem Bilanzgewinn. „Mit dieser Thesaurierungsmaßnahme

me verbleiben die Sondererträge zum Zwecke des Substanzerhalts im Unternehmen und können für die Finanzierung künftiger Beteiligungsinvestitionen genutzt werden,“ merkte Nagel dazu an.

### Günstige Aussichten

Der Thüga-Chef rechnet für das laufende Jahr mit einer weiterhin guten Geschäftsentwicklung. Das operative Beteiligungsergebnis werde deutlich steigen, der Jahresüberschuss nach den Sondererträgen im Berichtsjahr aber deutlich zurückgehen. Das operative Ergebnis insgesamt werde zunehmen, sagte der scheidende Chef. Sein Nachfolger Geiß gilt als Gewähr dafür, dass die erfolgreiche Thüga-Geschäftspolitik fortgesetzt wird.

Auf einen kurzen Nenner gebracht sieht sie so aus, dass die kommunalen Partner mit ihren lokalen und regionalen Märkten für die aktive Marktbearbeitung sorgen. Dagegen ist die Thüga AG mit Netzwerkfunktionen beauftragt. Dazu zählen die Gewinnung neuer Partner, die Fachberatung sowie die Koordination und Moderation von Projekten der Gruppe.

### Beteiligungsportfolio neu strukturiert

Die Thüga-Gruppe, die in 13 Bundesländern vertreten ist, versorgt mit ihren Partner-Unternehmen 2,6 Mio. Kunden mit Strom und 3,2 Mio. Kunden mit Erdgas. In der Verbundgruppe sind etwa 17000 Menschen beschäftigt, in der Thüga AG allein nur 792 (884).

Im Zuge der Konzentration auf das Kerngeschäft hat die Thüga ihr Beteiligungsportfolio neu strukturiert. So hat sich das Unternehmen von Beteiligungen ohne kommunalen Anteilseigner getrennt, etwa von der egm Erdgas Mitteldeutschland (26 %), der Fränkische Gaslie-

die sich im Jahr 2003 insgesamt auf knapp 10 Mrd. Euro summieren.

### Kundenkarte „easy living“

38 Prozent der Stromkosten eines durchschnittlichen LEW-Privatkunden werden im Jahr 2003 vom Staat abgeschöpft. Trotz der Erhöhung zum 1. Januar 2003 sind die Strompreise der LEW-Privatkunden vergleichsweise günstig. Zum Teil liegen sie unterhalb der Preise der Mitbewerber. LEW hat deshalb eine Kundenrückgewinnungs-Aktion gestartet, die derzeit erfolgreich läuft. Gestützt wird diese Aktion durch die Kundenkarte „easy living“, die bereits mehr als 27.000 Stromkunden nutzen. Sie bietet Kostenvorteile bei derzeit 90 Akzeptanzstellen.

### Im Widerspruch zum Wettbewerb

Öffentlich-rechtliche Belastung der Stromerzeugung aus Wasserkraft steht im Widerspruch zu Wettbewerb und Umweltzielen: Die LEW-eigene Erzeugung des Stroms wird ausschließlich aus regenerativen Energien, vorwiegend aus Wasserkraft, betrieben. LEW erzeugt in eigenen und vertraglich gesicherten Wasserkraftwerken jährlich ca. 1.100 Mio. kWh Strom. Kraftwerke mittlerer Größe (5-10 MW Leistung) sind aufgrund wasserrechtlicher Auflagen, die aus der früheren Monopolzeit stammen und im Strompreis weitergegeben werden konnten, heute nicht mehr wettbewerbsfähig.

Diese alten wasserrechtlichen Verpflichtungen stehen im Widerspruch zum wettbewerblchen Ordnungsrahmen und sind

ferungs-Gesellschaft mbH (35 %), der Hein Gas Hamburger Gaswerke GmbH (28,1 %), der Avacon Beteiligungsgesellschaft mbH (6,7 %) und der E-ON Bayern AG (2 %). Außerdem hat die Thüga ihre Beteiligungen an Unternehmen abgegeben, deren Kerngeschäft nicht die Energie- und Wasserversorgung ist. Hierzu zählen die 100-prozentige Beteiligung an der Kabelcom Rheinhausen GmbH und der Nahwärmerversorgung GmbH (50 %). Gleichzeitig konnte die Thüga ihre Beteiligungen an kommunalen Versorgungsunternehmen in Fulda, Korbach und Würzburg (Stadtwerk 12,6 %, Heizkraftwerk Würzburg GmbH 24,9 %) hinzugewinnen und bestehende Beteiligungen zum Teil deutlich aufstocken. Zu nennen sind hier zum Beispiel Beteiligungen an der Gasag Berliner Gaswerke AG, an der Erdgas Südbayern GmbH von 25 auf 50 % und der Erdgas Schwaben.

### Synergieeffekte nutzen

In Italien besteht die Thüga-Gruppe aus 40 Unternehmen mit 370000 Erdgaskunden. In diesem Jahr wird das Engagement ausgebaut, wobei die Schwerpunkte für Beteiligungsakquisitionen im Norden und in der Mitte Italiens liegen. Sodann sollen benachbarte Beteiligungen zusammengeführt und Synergieeffekte genutzt werden. Und schließlich soll nach deutschem Modell ein Netzwerk gleichberechtigter Energieversorger unter der Führung der Landesgesellschaft „Thüga Italia S.r.l.“ mit Verwaltungssitz in Verona aufgebaut werden. Mit Blick auf die gesamte Gruppe sagte Nagel, er sei zuversichtlich, dass die Thüga trotz der sich abzeichnenden energiepolitischen Weichenstellungen und den daraus resultierenden Marktrisiken auch künftig ihre gute Wettbewerbsposition behaupten könne. dho.

konträr zu den umweltpolitischen Zielen. Wasserkraft ist die regenerative Energiequelle Bayerns und muss zukunftsfähig bleiben.

Schwäbische Energiepartnerschaft steht auf der Tagesordnung: Um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und zu stärken, will LEW die „Schwäbische Energiepartnerschaft“ entwickeln. Sie bietet allen Unternehmen der Energiebranche in Bayerisch-Schwaben Kooperationsmöglichkeiten auf allen Geschäftsfeldern und Wertschöpfungsstufen an. Eine vor kurzem mit der Stadt Lauring geschlossene Partnerschaftsvereinbarung wertet der Vorstand als Schritt in diese Richtung.

### Änderung des Börsenstatus

Um zusätzliche Kosten durch Aufstellung eines Konzernabschlusses zu vermeiden (Transparenz- und Publizitätsgesetz vom 19.7.2002), wird LEW vom Marktsegment des amtlichen in das des geregelten Marktes wechseln. Negative Auswirkungen auf die Aktionäre ergeben sich daraus nicht, sämtliche aktiven- und kapitalmarktrechtlichen Publizitätspflichten bleiben davon unberührt.

### Vertriebsgesellschaft des RWE-Konzerns

Die Lechwerke AG ist eine regionale Konzerngesellschaft der RWE Plus-Gruppe und beschäftigt ca. 1.400 Mitarbeiter. Die RWE Plus AG, Essen, zählt weltweit 16.000 Mitarbeiter. Geografische Schwerpunkte liegen im Rhein-Ruhrgebiet, in Ostdeutschland, Österreich, Ungarn, Polen und der Slowakei. ⚡



E.ON Bayern AG:

## Beständig auf Erfolgskurs

„Die E.ON Bayern AG bleibt klar die Nummer eins auf dem bayerischen Strommarkt“, erklärte deren Vorstandsvorsitzender Dr. Peter Deml bei der Jahrespressekonferenz des Unternehmens in Regensburg. Mit einem Stromabsatz von rund 30 Milliarden Kilowattstunden liege der Marktanteil der E.ON Bayern im Freistaat bei rund 50 Prozent. Damit sei sie zugleich der größte Regionalversorger in Deutschland.

Das Geschäftsjahr 2002 stand nach den Worten Demls ganz im Zeichen der Konsolidierung nach der im November 2001 vollzogenen Fusion von vier Unternehmen. Es sei gelungen, die Integration ein gutes Stück weit voran zu bringen. Deml zeigte sich überzeugt, dass das Integrationsziel spätestens 2004 erreicht sein wird.

Im Gas- und Wärmemarkt konnte die E.ON Bayern 2002 ihre Position mit dem Erwerb von 100 Prozent des Kapitals der Fränkischen Gaslieferungsgesellschaft spürbar ausbauen, betonte der Vorstandsvorsitzende. Er sei sehr zuversichtlich, dass dieser Weg erfolgreich fortgesetzt werden könne. Das Unternehmen beliefe 150.000 Kunden mit Elektrowärme und betreibe über 50 Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen. Fast 100 Wärmeanlagenprojekte seien derzeit in Bearbeitung.

### Beteiligungsstrategie

Als wichtiges Element der Unternehmenspolitik bezeichnete Deml die Beteiligungsstrategie. Damit solle die Partnerschaft zu Weiterverteilern ausgebaut werden. Diese Strategie habe im zurückliegenden Geschäftsjahr erfolgreich Früchte getragen. Deml verwies auf den Erwerb einer knapp 20prozentigen Beteiligung an den Stadtwerken Straubing. Die E.ON Bayern habe damit rund 20 Beteiligungen an Stadtwerken. Ob die bislang erfolgreiche Beteiligung an Stadtwerken künftig fortgesetzt werden könne ist, wie der E.ON Bayern-Chef einräumte, derzeit allerdings unklar. Denn möglicherweise werde das Bundeskartellamt in Zukunft selbst Mini-Beteiligungen der großen Verbundunternehmen an Stadtwerken nicht mehr tolerieren. Solange dies aber nicht sicher sei, werde E.ON Bayern die bisherige erfolgreiche Strategie fortsetzen, kündigte Deml an.

### Neue Kooperationsform

Mit der Regionale Dienstleistungen Energie (RDE) hat, so Deml weiter, die E.ON Bayern zudem eine neue Kooperationsform mit Weiterverteilern auf den Weg gebracht. Durch diese Kooperation würden die Kompetenzen der Partner mit dem Ziel der gegenseitigen Unterstützung und der Vermarktung des vorhandenen Know-How gebündelt. Mittlerweile beteiligten sich neben der E.ON Bayern bereits zehn weitere Energiedienstleister, u.a. die Energieversorgung Alzenau, die Stadtwerke Amberg und die Stadtwerke Passau als Kommanditisten an der als Kommanditgesellschaft verfassten Kooperationsform.

Wie der E.ON Bayern-Chef weiter mitteilte, hat das Unternehmen im Jahr 2002 seine Beteiligung an der Südwasser auf 100 Prozent aufgestockt. Diese Tochtergesellschaft biete vor allem kleineren Kommunen Dienstleistungen und Partnerschaften bei der Trinkwasserversorgung und der Abwasserentsorgung.

Auch für das laufende Geschäftsjahr 2003 zeigte sich Deml zuversichtlich. Absatz und Erlöse seien auf gutem Weg. Er erwarte ein Ergebnis auf gleichwertigem Niveau wie 2002. Im Privatkundensektor werde die Kundenzahl sogar weiter wachsen. Deml verwies darauf, dass sein Unternehmen in diesem Jahr 150.000 Privatkunden des Schwesterunternehmens E.ON Sales & Trading

geblich überhöhter Netznutzungsentgelte. Damit stelle das Kartellamt eine von allen Marktpartnern freiwillig getroffene Vereinbarung, die die Basis für die Durchleitung bildet, total in Frage.

### Problem Strommarkt

Als problematisch wertete der Vorstandsvorsitzende auch den Umstand, dass der Gesetzgeber den Staatsanteil am Strompreis mittlerweile in schwindelerregende Höhen treibe. Seit Beginn der Liberalisierung des Strommarktes seien die Preise um bis zu fünfzig Prozent gesunken. Preistreibend wirkten jetzt aber die politischen Kosten. Während, so Deml, die Erlösanteile der Unternehmen bei Haushaltskunden aktuell noch um 25 Prozent unter denen des

Jahres 1998, also vor der Liberalisierung, liegen würden, sei der staatlich zu verantwortende Anteil von 25 Prozent im Jahre 1998 auf heute über 40 Prozent angestiegen. Für diese Steigerung sind laut Deml die Stromsteuer, das Erneuerbare-Energien-Gesetz und das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz verantwortlich. Doch trotz instabiler Rahmenbedingungen und noch unklarer Regulierungsabsichten des Gesetzgebers gehe E.ON Bayern optimistisch in die Zukunft.

Finanzvorstand Reimund Gotzel erläuterte bei der Vorstellung der Jahresbilanz 2002, dass eine direkte Vergleichbarkeit der Zahlen mit dem Geschäftsjahr 2001 wegen der deutlich unterschiedlichen Struktur der E.ON Bayern in den beiden Jahren nur schwer möglich sei. Immerhin habe E.ON Bayern ihre Umsatzerlöse im eigentlichen Stromgeschäft um rund 31 Millionen Euro steigern können, da es, bei ei-

nem leicht rückläufigen Absatz, gelungen sei, in fast allen Kundenbereichen höhere Preise durchzusetzen. Das Jahresergebnis erreiche 152 Millionen Euro. Um Sondereffekte bereinigt, liege das Geschäftsergebnis damit auf Vorjahresniveau.

### Mehr Beschäftigte

Edith Volz-Holterhus, für Personalfragen zuständiges Vorstandsmitglied, berichtete von einem leichten Anstieg der Beschäftigtenzahl auf rund 3550. Das Unternehmen habe auch 2002 mit einer Ausbildungsquote von rund 8,5 Prozent über den eigenen Bedarf ausgebildet. Derzeit beschäftige E.ON Bayern 220 Auszubildende und fünf Verbundstudenten.

Hermann Wagenhäuser, im Vorstand für den Bereich Technik und Netz zuständig, äußerte sich kritisch zu energiepolitischen Themen. Die vom Vorstandsvor-

sitzenden angesprochene Missbrauchsverfügung wegen überhöhter Netznutzungsentgelte bedeute einen massiven Eingriff in die Kalkulationsgrundlagen. Sollte diese Verfügung gerichtlich bestätigt werden, wären Investitionen in Netzanlagen künftig nicht mehr rentabel. Dies bedeute dann erhebliche Investitionseinschränkungen, weniger Versorgungssicherheit sowie den Verlust von Arbeitsplätzen, warnte Wagenhäuser.

Mit Nachdruck wandte sich Wagenhäuser auch gegen die erklärte Absicht des Bundeswirtschafts- und Bundesumweltministeriums, ab Mitte 2004 eine Regulierungsbehörde für Strom und Gas einzuführen. Damit würde der deutsche Weg des verhandelten Netzzugangs, obwohl er sich bewährt habe, aufgegeben. Damit kündigt sich nach Wagenhäuser ein weiterer Schritt zur Bürokratisierung der Strom- und Gaswirtschaft an. **DK**

## Mobile Einheiten sorgen für regionale Präsenz

N-ERGIE startet mit der Umsetzung der dezentralen Standortorganisation mit elf Betriebsstätten

Die N-ERGIE Aktiengesellschaft setzt seit Mai sukzessive ihr neues Standortkonzept mit elf dezentralen Betriebsstätten um. Bis Ende des Jahres soll die neue Standortorganisation mit den drei regionalen Steuerungsstandorten in Nürnberg, Neusitz bei Rothenburg und Weißenburg, sowie den Logistikstandorten Eichstätt, Feuchtwangen, Gnötzheim, Hilpoltstein, Neustadt/Aisch, Schwaig, Wassertrüdingen und Windsbach fertig aufgebaut sein.

Vor allem die drei Standorte mit regionaler Steuerung in Nürnberg, Rothenburg-Neusitz und Weißenburg werden ausgebaut. Ein Teil der festen Büroarbeitsplätze - 40 bis 45 Arbeitsplätze - werden an die drei Regionalstandorte verlagert. Die hierfür notwendigen Umbaumaßnahmen in Neusitz sollen bis Ende 2003 abgeschlossen sein.

### Neuer Service

Die ehemaligen FÜW Bezirksstellen Eschenau, Langenzenn und Kitzingen sollen im 2. Halbjahr 2003 geschlossen und die Liegenschaften verwertet werden. Allerdings wird die N-ERGIE in Kitzingen für ihre Kunden einen neuen Service anbieten. Die Kundenabrechnung wird ab Mitte 2003 in das Bürogebäude der LKW Kitzingen in der Wörthstraße 5 verlagert und ist

damit zentrumsnäher erreichbar. Das Gelände der ehemaligen Bezirksstelle Hummelhof wird als ausgelagerter Logistikteil des Standortes Neusitz genutzt. Bis zur Schließung der Standorte bzw. dem Beginn der Neuorganisation werden die bisherigen Standorte wie bisher besetzt sein.

### Keine Kündigungen

Für den Standort Schwabach, an dem sich ein Hauptlager, das Zählermesswesen und das Projektzentrum der Berufsausbildung befindet, plant und beabsichtigt der Vorstand die mittelfristige Aufgabe. Durch die Neuorganisation der Standorte wird es bei N-ERGIE zu keinen betriebsbedingten Kündigungen kommen. Alle 300 betroffenen Mitarbeiter in der Region werden einen Arbeitsplatz innehaben.

Vorstandsmitglied Werner Ju-

ling gab sich bei der Vorstellung des Umsetzungskonzeptes am 30. April in Neustadt/Aisch optimistisch. „Auch mit dem neuen Standortkonzept und den damit verbundenen neuen Arbeitsabläufen bleibt die Versorgungssicherheit gewährleistet und unsere Kunden in der Region werden weiterhin bestmöglich bedient“ so Juling weiter.

### Oberste Prämissen

Mit den elf Standorten in der Region ist N-ERGIE ein dezentral operierendes Unternehmen. Kundennähe und Versorgungssicherheit waren bei der Auswahl der Standorte die obersten Prämissen. Gleichzeitig müssen aber für die Zukunft wirtschaftliche Strukturen geschaffen werden, um im liberalisierten Energiemarkt den Kunden günstige Konditionen anbieten zu können.

### Asbach-Bäumenheim:

## Spatenstich für Biogasanlage mit Blockheizkraftwerk

In Asbach-Bäumenheim, Ortsteil Hamlar, Landkreis Donau-Ries, fand der offizielle Spatenstich für eine Biogasanlage mit Blockheizkraftwerk im Beisein der Mitgesellschafter statt. Mit dabei waren: Bürgermeister Otto Uhl, sowie Familien- und Firmenangehörige vom Initiator des Projektes, Erhard Schiele.

Geschäftsführer Hans Eichhorn wies darauf hin, dass nach einer längeren Phase der Vorbereitung und Fortführung der Planung für die Biogasanlage das Projekt nunmehr baureif sei. Auf dem Gelände des Unternehmers Erhard Schiele (Ost-Seite von ESG-Kräuter GmbH) entsteht die neue Anlage neben den bereits bestehenden Baulichkeiten.

Das wasserrechtliche Verfahren für die nachgeschaltete Kläranlage ist noch nicht abgeschlossen, die Weichenstellungen sind jedoch von behördlicher Seite bereits erfolgt (Bau einer Abwasserleitung über die Gemarkung Genderkingen zur Donau). Auf Initiative von Erhard Schiele entstand eine Kooperation mit namhaften Konzernen bzw. Firmen (Lechwerke AG, Erdgas Schwaben GmbH, Planungsbüro Innovas, München, Fa. UTP), um dieses Vorzeigeprojekt zu realisieren.

Bei voraussichtlicher Fertigstellung des Projektes im Früh-

Regionale Präsenz und Kenntnisse vor Ort sind für die N-ERGIE auch in der Zukunft wichtig. Aus diesem Grund bleiben die Monteure weiterhin wie bisher in ihrem gewohnten Arbeitsumfeld und nutzen die acht Logistikstandorte für Besprechungen, Einweisungen, Dusch- oder Umkleidungszwecken.

### Mobile Einheiten

Die Mehrheit der Mitarbeiter werden in mobilen Einheiten im Netzgebiet unterwegs sein. Die Logistikstandorte werden von den Mitarbeitern nur angefahren, wenn sie Material benötigen, kleine Ausbesserungsarbeiten durchführen müssen, wozu sie eine Werkstatt benötigen oder eine Arbeitsbesprechung ansteht.

Die Monteure erhalten ihre Arbeitsaufträge mittels moderner Kommunikationsmittel direkt zugestellt und sie fahren den Einsatzort direkt von ihrem Wohnort an.

Das im Mai vergangenen Jahres in betriebgenommene N-ERGIE Mobil unterstützt das Unternehmen bei der Kundenbetreuung vor Ort.



Den erstmals vergebenen C02-Award von Siemens Building Technologies/Landis & Staefa GmbH erhielt die Stadt Landshut. Von links nach rechts: Franz Sepp, SBT/Landis & Staefa GmbH; verdeckt: Walter Berkmann, SBT/Landis & Staefa GmbH; Oberbürgermeister Josef Deimer, Siegfried Treichl, SBT/Landis & Staefa GmbH; Josef Obermaier, Schuldirektor; Günter Dependahl, Siemens AG; Gerhard Mayer und Wolfgang Murr, Hochbauamt.

### Stadt Landshut:

## C02-Award für Energiespar-Contracting-Projekt

München/Landshut. Im Rahmen der Energiesparpartnerschaft „Berufsschule I“ ist der Stadt Landshut der C02-Award von Siemens Building Technologies/Landis & Staefa GmbH, verliehen worden. Die Auszeichnung wurde erstmals vergeben und ist mit einem Preisgeld von 1000 Euro dotiert.

Der Pokal in Form einer stilisierten Gebäudefassade mit der Gravur „Stadt Landshut CO2-Award 2003, Siemens Building Technologies, SBT Bayern“, wurde im alten Plenarsaal durch Günter Dependahl, Sprecher der Leitregion Süd der Siemens AG, und Siegfried Treichl, Vertriebsdirektor Süd der SBT/Landis & Staefa GmbH, an den Landshuter Oberbürgermeister und Vorsitzenden des Bayerischen Städtetages Josef Deimer überreicht.

### Würdigung

Mit der Verleihung des C02-Awards soll das große Engagement der Stadt, der zuständigen Behörden und der Schule bei der Einsparung von Energie und damit der Senkung des C02-Ausstoßes kommunaler Gebäude gewürdigt werden.

Beim ersten in Landshut realisierten Energiespar-Contracting-Projekt - der heiztechnischen Sanierung der Berufsschule 1 - konnte die Stadt Landshut auf das spezielle Know-how von Siemens Building Technologies (SBT) auf dem Gebiet einer wirtschaftlich orientierten Anlagensanierung zurückgreifen.

Die Besonderheit des Energiespar-Contracting-Konzeptes liegt in der Finanzierung der Energiesparmaßnahmen aus den erzielten Energiekosteneinsparungen. So konnten in der

Berufsschule 1 durch Änderungen an der Heizungsverteilung, nachträgliches Dämmen der Rohrleitungen, den Einbau moderner Regelungsanlagen sowie die Installation eines Fernüberwachungssystems auf Antrieb über 20 Prozent an Energie eingespart werden.

### Enorme Einsparungen

Dank des Engagements der zuständigen Mitarbeiter im Hochbauamt gelang es, die Energiesparmaßnahmen zusammen mit regionalen Handwerksbetrieben innerhalb von nur sechs Wochen umzusetzen. Die Stadt Landshut spart dadurch allein in dieser Berufsschule jährlich 523.250 kWh an Wärmeenergie ein, was einer Energiekostensenkung von rund 14.000 €/Jahr entspricht. Durch die Einsparung an Energie wird der CO-Ausstoß der Schule um mindestens 104.650 kg/Jahr gesenkt. Die erzielte Energieeinsparung entspricht dem jährlichen Heizbedarf von etwa 36 Einfamilienhäusern.

Schon im Vorfeld konnte in der jetzt sanierten Berufsschule durch ein Motivationsprogramm von Hausmeistern, Lehrern und Schülern der Energieverbrauch um acht Prozent reduziert werden. Bei diesem sogenannten Fifty-Fifty-Projekt kommt die Hälfte der Energiekosteneinsparungen der Schule zugute.

### Straubing:

## 2. Internationale Fach- und Verbrauchermesse für Nachwachsende Rohstoffe und Solarenergie

Die biomasse GmbH, die Tochtergesellschaft des C.A.R.M.E.N. eV. (Centrales Agrar-Rohstoff-Marketing- und Entwicklungsnetzwerk), die bayerische Koordinierungsstelle für nachwachsende Rohstoffe in Straubing, veranstaltet vom 26. bis 29. Juni auf dem Messegelände in Straubing die „2. Internationale Fach- und Verbrauchermesse für nachwachsende Rohstoffe und Solarenergie“.

Mitorganisator ist heuer erstmals die Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie e.V.. Zusätzlich zu etwa 100 Firmen, die ihre Produkte präsentieren, von der Pellet-Heizanlage bis zu kompo-

stierbaren Müllsäcken, finden zwei große Informations- und Diskussionsveranstaltungen statt: am 27.6. eine umfangreiche Info-Veranstaltung zu Biodiesel des BioCampus des Zweckverbands Industriegebiets Straubing-Sand und zu Holzpellets von C.A.R.M.E.N. e.V.

Zwei Tage (26. und 27. 6.) umfasst das 11. C.A.R.M.E.N.-Symposium mit dem Titel „Im Kreislauf der Natur - Naturstoffe für die moderne Gesellschaft“ mit 26 Vorträgen von Experten aus ganz Europa, Exkursionen und einer Solarkonferenz der Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie e.V. in München.

## Zukunft Holzheizung

Eine Kampagne von eza! mit Förderung durch das bayerische Landwirtschaftsministerium

Heizen mit Holz ist umweltfreundlich, nachhaltig und dank moderner Heizungstechnik mittlerweile auch ähnlich komfortabel wie das Heizen mit Gas oder Öl. Die Techniken sind ausgereift und stehen am Markt zur Verfügung, jedoch existieren für eine breitere Umsetzung noch einige Hemmnisse.

Mit Förderung durch das bayerische Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten will eza!, das energie- & umweltzentrum allgäu hier neue Impulse setzen. Es soll eine Kampagne Zukunft Holzheizung für den Regierungsbezirk Schwaben mit Schwerpunkt im Allgäu gestartet werden. Im Rahmen dieser Kampagne wird eza! die Öffentlichkeitsarbeit und die Energieberatung für das Thema Heizen mit Holz verstärken. Außerdem sollen Seminare und Kurse für Architekten, Ingenieure und Handwerker zu dem Thema Heizen mit Holz angeboten werden. Durch eine enge Kooperation mit dem bayerischen Kompetenzzentrum für nachwachsende Rohstoffe in Straubing ist die Kampagne Zukunft Holzheizung in die bayerische Politik zum Thema Heizen mit Holz eingebunden.

Der bayerische Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten übergab den Förderbescheid anlässlich einer Holzpellets-Pressevorführung in Kempten an den Vorsitzenden von eza!, den Kemptener Oberbürgermeister Dr. Ulrich Netzer und an Geschäftsführer Martin Sambale.



Freude in Weilheim. V. r.: ESB-Regionalleiter Bernhard Reith, Martin Heun, Leiter Marketing/Vertrieb, Dr. Hartmut Hechler, Leiter Marketing Bayerngas, Dieter Rathsam, Geschäftsführer ESB, Edmund Patrick, MAN, Norbert Klimt und Berthold Huber, beide Geschäftsführer RVO, Ministerialdirigent Dieter Wellner, Landrat Luitpold Braun, Veit Bodenschatz, RVO, sowie Josef Hartl, SC-Leiter ESB.

## Weilheimer Erdgastankstelle offiziell eröffnet

Einen gemeinsamen Schritt bei der Umsetzung eines modernen und umweltfreundlichen Nahverkehrskonzepts haben Regionalverkehr Oberbayern GmbH (RVO) und Erdgas Südbayern GmbH (ESB) getan: Die RVO wird künftig weitere Erdgasbusse anschaffen, die im Regionalverkehr eingesetzt werden und der Erdgasversorger ESB liefert den Erdgasreibstoff dazu. Damit nimmt gleichzeitig eine weitere Erdgastankstelle im Versorgungsgebiet der ESB ihren Betrieb auf, denn seit Anfang März diesen Jahres können neben den RVO-Bussen auch Besitzer von erdgasbetriebenen Fahrzeugen an dieser Tankstelle kostengünstig auftanken. Ende April konnten die beiden Unternehmen die offizielle Inbetriebnahme der Erdgastankstelle feiern.

„Wir sind der Meinung, dass Fahren mit Erdgas die normalste Sache der Welt sein muss und mit Sicherheit wird Erdgas seinen festen Platz im umweltfreundlichen Verkehr der Zukunft einnehmen“, prognostizierte Dieter Rathsam, Geschäftsführer Erdgas Südbayern GmbH.

### Vorreiterrolle der ESB

Ohnehin nimmt die südbayerische ESB beim Thema Erdgas schon seit Jahren eine Vorreiterrolle ein. Neben der Kernkompetenz Erdgasversorgung gilt das Augenmerk des Unternehmens bereits seit Jahren den Erdgasfahrzeugen. „Mobilität sollte klimaschonend gestaltet werden. Die ESB fördert diese Entwicklung und eine breite Markteinführung von Erdgasfahrzeugen. Diese Entwicklung wird uns helfen, den Kohlendioxid-Ausstoß zu minimieren“, erklärte Dieter Rathsam weiter.

### Förderprogramm

Um dem Verbraucher die Entscheidung für die Anschaffung von Erdgasfahrzeugen zu erleichtern, wurde ein attraktives Förderprogramm aufgelegt. Jeder Besitzer eines neuen Erdgasfahrzeuges erhält 400 Euro einmalig in Form eines Tankgutscheines. In der Praxis bedeutet das ca. 11.000 km kostenlos Autofahren. Die Steuerbefreiung für Erdgasfahrzeuge tut ein übriges dazu: Der Preis für den Treibstoff Erdgas ist damit bis 2020 stabil. Die Anschaffung eines Erdgasfahrzeuges und die Nachfrage bei ESB lohnt sich also in jedem Fall.

### Engagement verstärken

„Wir wollen unser Engagement weiter verstärken und innerhalb der nächsten fünf Jahre 30 erdgasbetriebene Busse allein am Standort Weilheim, der auch gleichzeitig Erdgasstützpunkt im Oberland ist, einsetzen“, betonte Norbert Klimt, Geschäftsführer Regionalverkehr Oberbayern GmbH und ergänzte: „Schon seit 1997 ist im Bereich Tegernsee ein mit Erdgas betriebener Omnibus im Einsatz.“

„Wir sind der Meinung, dass Fahren mit Erdgas die normalste Sache der Welt sein muss und mit Sicherheit wird Erdgas seinen festen Platz im umweltfreundlichen Verkehr der Zukunft einnehmen“, prognostizierte Dieter Rathsam, Geschäftsführer Erdgas Südbayern GmbH.

### Beginn mit 20 Bussen

Der Betriebshof Weilheim ist seit Dezember 1983 in Betrieb und startete anfangs mit 20 Bussen. Die RVO ist in enger Abstimmung mit dem Landkreis Weilheim-Schongau direkt für Planung und Durchführung des

Nahverkehrs in der Region zuständig.

### Tankstellennetz ausbauen

Das Tankstellennetz soll mit Beginn dieses Jahres in Deutschland zügig ausgebaut werden. Allein im südbayerischen Raum gibt es derzeit insgesamt 51 öffentliche Erdgastankstellen, wovon allein 15 Erdgas-Tanksäulen im Versorgungsgebiet ESB liegen und fünf weitere bei weiterverteilenden Stadtwerken. Im gesamten Bundesgebiet bestehen heute bereits 349 Erdgastankstellen.

### Geplante Erweiterung

Für 2003 ist bundesweit eine Erweiterung auf 450 Zapfsäulen geplant. Wilhelm-Schongau Landrat Luitpold Braun zeigte sich überzeugt, dass davon auch die Bürger profitieren. Schließlich seien die Busse nicht nur leiser, sondern auch sauberer. DK

## Positive Energiebilanz von „Recycling-Häusern“

Dass energieeffiziente Gebäude nicht nur nach deren Energieeffizienz beurteilt werden dürfen, fordert Dirk Prior von der Universität in Paderborn. Sein Projekt „Mensch-Haus-Umwelt Gebäude“ verknüpft verschiedene Aspekte seiner gesamten ökologischen Bewertung, dazu zählen auch die Verwendung der Baumaterialien. Der Forscher war Gast beim World Sustainable Day <http://www.esv.or.at>, der in Wels stattfand.

„Allein der Herstellungsenergiebedarf der Baumaterialien für ein durchschnittliches in Stein- oder Betonbauweise errichtetes Gebäude entspricht dem Heiz- und Strombedarf des Gebäudes für 20 Jahre“, so Prior, der gemeinsam mit Jürgen Voss, Leiter des Instituts für gesamtökologischen Wohnungsbau, das Bauvorhaben durchgeführt hat. Wenn für die Errichtung eines Gebäudes etwa gebrauchte Materialien verwendet werden, wirke sich das auf die Ökobilanz des Baus aus.

### Stahlraumzellen

Für das im April 2000 fertiggestellte „Mensch-Haus-Umwelt Gebäude“ in Paderborn verwendeten die Wissenschaftler 90 Stahlraumzellen, die auf Halde lagen. „Würden diese Stahlraumzellen explizit für diesen Bau hergestellt werden, wäre der damit verbundene Energieeinsatz gegenüber möglichen

Alternativen einer Holz-, Mauerstein- oder Betonkonstruktion nicht zu rechtfertigen“, erklärt Prior. „Der umgesetzte Recyclinggedanke ist also nicht nur ein ökonomisches Mittel, sondern vielmehr eine konsequente Umsetzung des gesamtökologischen Ansatzes“. Vereinfacht lasse sich feststellen, dass Materialien, die eine längere Produktionskette durchlaufen haben, vor allem solche, die eine thermische Behandlung bei hohen Temperaturen erfahren haben, einen erheblich größeren Energiebedarf aufweisen als Materialien, die „naturnah“ eingesetzt werden können.

### Ganzheitliche Betrachtung

In einer ganzheitlichen Betrachtung finden solche Berechnungen jedenfalls statt. Nach einem Zusammenfügen aller einzelnen angewendeten Materialien ergebe sich eine neue Berechnung des Energiebedarfs. ⚡

### Energie-Forum in Schweinfurt:

## Verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen gefordert

Deutschland darf kein Stromimportland werden. Darin waren sich alle Teilnehmer des vom Verband der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft, VBEW, organisierten Energie-Forums in Schweinfurt einig. Daher forderte der VBEW von der Bundesregierung verlässliche politische Rahmenbedingungen. Nur so könnten die ab 2007 notwendigen Kraftwerksinvestitionen realisiert werden.

Hintergrund der Forderung war die Feststellung, dass derzeit kein Konzept vorliegt, wie die Kernenergie ersetzt werden soll. Alle derzeit vorliegenden Lösungsansätze treiben Kosten und Emissionen in schwindelerregende Höhen und gefährden so die Stromerzeugung in Deutschland.

### Kernkraft unersetzbar

Dr. Walter Hohlefelder, E.ON Energie AG, wies darauf hin, dass der Ausbau der Windkraft in Deutschland zwar richtig und wichtig sei, aber die Kernkraft nicht ersetzen könne. Daher müssten Investitionen in fossile Kraftwerke erfolgen mit der Konsequenz steigender Emissionen.

Ohne verlässliche politische Rahmenbedingungen werde aber kein Kraftwerksbetreiber in neue Kraftwerke investieren. So müsste beispielsweise schnellstmöglich Klarheit über die Ausgestaltung des Emissionshandels herrschen.

### Ausgewogener Energiemix

Dr. Peter Deml, VBEW-Vorstandsvorsitzender, wies darauf hin, dass das Stromgeschäft bereits internationaler geworden ist. Deutschland dürfe aber auf

keinen Fall durch mangelnde Kraftwerksinvestitionen zu einem Stromimportland werden mit all den Konsequenzen für Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Umwelt.

Dr. Herbert Rüth, Abteilungsleiter im Wirtschaftsministerium, ergänzte: „Ohne ausgewogenen Energiemix einschließlich Kernenergie bleibt eine leistungs- und wettbewerbsfähige, klimaverträgliche Stromversorgung ein unerfüllbarer Wunsch.“

Der Wettbewerb im Strommarkt habe zu einem Einbruch der Erlöse bei den Stromerzeugern geführt - eine angesichts notwendiger Kraftwerksrenewierungen ab dem Jahr 2007 schwierige Situation, bemerkte Prof. Dr. Ulrich Wagner von der TU München.

### Szenarien für zwei Jahrzehnte

Ausgehend von einer schrittweisen Stilllegung der Kernkraftwerke bis 2021 hat Wagner verschiedene Szenarien für die Stromerzeugung der kommenden 20 Jahre entwickelt. Alle Szenarien gehen davon aus, dass die Strompreise wieder steigen müssen, will Deutschland in seiner Stromerzeugung weitgehend autark bleiben. An-

derfalls bleiben notwendige Investitionen aus. In seinem Szenario kommt Wagner zu dem Ergebnis, dass der Ausbau von Windkraftanlagen vor allem die Steinkohle verdrängt. Dafür sei mit einem starken Zubau von so genannten Gas- und Dampfturbinenkraftwerken (GuD) zu rechnen. Diese könnten unter den veränderten Bedingungen am wirtschaftlichsten betrieben werden.

Mit dem Ausbau der Windkraft steigen jedoch die Erzeugungskosten. Dies liegt an der verringerten Ausnutzung der konventionellen Kraftwerke und dem vermehrten Bedarf an Regelenergie und Reserveleistung. Trotz des Ausbaus der Windkraft muss der vorhandene Kraftwerkspark auf Vordermann gebracht werden, denn pro 1 MW Windkraft müssen 0,9 MW Ersatz in einem konventionellen Kraftwerk zur Verfügung stehen, ergänzt der VBEW.

### Fördermechanismen auf dem Prüfstand

Wagner hinterfragt auch die derzeitigen Fördermechanismen: „Die heutige Förderung der erneuerbaren Energien stellt nicht die effektivste Form des Umweltschutzes dar.“ Würde die Förderung anstatt in Windkraftwerke in die Effizienzsteigerung konventioneller Kraftwerke gesteckt, ließen sich, so Wagner, dieselbe Menge an Brennstoff und sogar noch mehr Emissionen einsparen. KI

# Der Bürger als Kunde

Eine Chance zum Return on Investment in Zeiten knapper Kassen

Von Dr. Helmut Jung, Geschäftsführer der GMS Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung mbH, Hamburg

In Zeiten, in denen Gemeinden durch die allgemeine Wirtschaftslage und durch die Verschiebung von Belastungen in einem bisher nicht gekannten Ausmaß von Finanznot betroffen sind, klingt es auf den ersten Blick geradezu paradox, über Städte-Marketing und kostenträchtige Untersuchungen zum Thema Bürgerzufriedenheit zu sprechen.

Da dies jedoch mit der Zielsetzung geschieht, per Saldo Kosten zu senken und knappe Mittel gezielter sowie den Bedürfnissen der Bürger entsprechend einzusetzen, macht es heutzutage mehr Sinn als je zuvor, das Thema der Untersuchung von Bürgerzufriedenheit anzusprechen.

## Knappe Mittel

Schließlich hat sich an der Gesamtsituation und der Ausgangslage für solche Vorhaben nichts Grundlegendes geändert. Die Kommunen befinden sich auch heute untereinander im Wettbewerb und müssen sich trotz ihrer Finanzprobleme bemühen, ihre Attraktivität als Wohn- und Wirtschaftsstandort sowie als Standort für Tagungen, Kongresse und auch als touristische Destination zu erhöhen. Die hierfür verfügbaren Mittel sind allerdings knapper als je zuvor. Deshalb müssen für diesen Zeck bestimmte Ressourcen mit noch größerer Vorsicht als bisher eingesetzt und im Hinblick auf einen möglichen Return on Investment überprüft werden.

## Erwartungshaltung

Hinzu kommt, dass die Bevölkerung in Deutschland in der Folge des Wertewandels und

des Konsumerismus zunehmend anspruchsvoller und individualistischer geworden ist, sich weniger sozial und gesellschaftlich engagieren will, eine größere Distanz gegenüber der Politik und Politikern entwickelt hat und Ämtern und Behörden gegenüber nicht mehr mit der Grundhaltung eines demütigen Untertanen gegenübertritt. Bürger sehen vielmehr die Zahlung von Steuern, Abgaben und Gebühren als Äquivalent für öffentliche Dienstleistungen an, bei denen sie ähnlich wie bei Konsumgütern und Markenartikeln höchste Qualität für den gezahlten „Kaufpreis“ erwarten.

## Bürgerbedürfnis im Vordergrund

Eine Stadt oder Gemeinde kann deshalb gerade in Zeiten knapper Kassen nur dann im Wettbewerb mit anderen Kommunen Erfolg haben, wenn sie die Bedürfnisse und Anforderungen ihrer eigenen Bürger in den Vordergrund stellt und dabei auch den Grad der Bedürfnisbefriedigung durch ihre kommunalen Dienstleistungen überprüft.

## Möglichkeiten der Kostensenkung

Für eine Gemeinde gibt es da-

bei insgesamt mindestens zwei Möglichkeiten, die für eine Untersuchung der Bürgerzufriedenheit notwendigen Kosten wieder „hereinzuspielen“, indem an anderer Stelle zumindest gleich große oder gar größere Beträge eingespart werden. Die erste Möglichkeit zur Senkung von Kosten besteht darin, dass auf Basis von Erkenntnissen zu Mängeln und Defiziten bei kommunalen Dienstleistungen gezielt Qualitätsverbesserungen herbeigeführt werden, die ihrerseits die Zufriedenheit der Bürger mit ihrer Gemeinde steigern. Die größere Zufriedenheit hat im Regelfall zur Folge, dass sich die Bürger seltener bei Ämtern oder Behörden mit Anfragen oder Beschwerden melden und dass dadurch die Betreuungskosten pro Bürger nachhaltig sinken.

## Dienstleistungen überprüfen

Die zweite Möglichkeit zur Kostenreduktion besteht darin, die Wichtigkeit spezifischer kommunaler Dienstleistungen im Konkurrenzumfeld zu anderen durch die Gemeinde erbrachten Dienstleistungen zu überprüfen. Gelingt es, jene Dienstleistungen zu identifizieren, die für den Bürger vergleichsweise unwichtig sind und gleichzeitig in einer über den Erwartungen liegenden Qualität erbracht werden, liegt eine „Überperformance“ vor, die im Regelfall mit der Fehlleitung von Steuergeldern einhergeht. Hier können durch Kor-

rekturen oftmals in erheblichem Umfang Steuergelder eingespart werden. Der Spruch „customer satisfaction comes at no cost“ hat somit auch für den Bereich der Untersuchung von Bürgerzufriedenheit seine Berechtigung.

## Investieren zweckmäßig

Es macht also auch in Zeiten knapper Kassen durchaus Sinn, diese Thematik anzugehen und einen im Regelfall fünfstelligen Betrag mit dem Ziel einer



Dr. Jung: Untersuchungen zur Bürgerzufriedenheit machen Sinn!

gleich großen oder gar höheren Kostenreduktion an anderer Stelle zu investieren. Damit die Aufwendungen für eine Untersuchung der Bürgerzufriedenheit jedoch nicht zu einem „Investment ohne Return“ werden, gilt es, einige Regeln zu beachten.

## Verspekulation

Einige Kommunen haben sich beispielsweise mit dem Ziel einer möglichst kostengünstigen Durchführung einer solchen Untersuchung mit eigenen Bordmitteln und Ämtern verspekuliert. Umfangreiche schriftliche Erhebungen waren dabei ebenso an der Tagesordnung wie Online-Befragungen. In beiden Fällen waren die Ergebnisse weder repräsentativ, noch als Entscheidungshilfe brauchbar. Denn 50% der Bürger mit Zugang zum Internet, teils nur am Arbeitsplatz, bilden die Grundgesamtheit der Bewohner einer Gemeinde ebenso wenig repräsentativ ab wie ca. 1.600 ausgefüllte, von zuvor ca. 45.000 an alle Haushalte einer Gemeinde ausgeteilte Fragebögen. Im Falle der schriftlichen Befragung

wäre z.B. ein Rücklauf von 40% bis 50% statt der erreichten 3.6% erforderlich gewesen.

In beiden geschilderten Fällen wurden die Bürgerbefragungen ausführlich ausgewertet und einschließlich Schlussfolgerungen publiziert. Dies war für die Oberbürgermeister dieser Kommunen sicherlich eine gelungene, aber sehr teure PR-Maßnahme. Werden auf Basis von solchen methodisch anfechtbaren Umfragen dann noch weitergehende Investitionsentscheidungen getroffen, geht es beim The-

messen lässt oder solche Analyseverfahren, mit deren Hilfe der Beitrag einer speziellen Dienstleistung zur Gesamtzufriedenheit des Bürgers mit seiner Gemeinde ermittelt werden kann.

## Weg zur optimalen Konzeption

Wichtig sind externe Ratgeber auf Grund ihrer Erfahrungen auch, wenn es um den „Sell in“ eines solchen Programms in die Ämter und Behörden hinein geht. Am „grünen Tisch“ und ohne Beteiligung der im „Kundenkontakt“ stehenden Mitarbeiter der Kommune geplante Untersuchungen lassen oftmals Realitätsnähe vermissen, belegen zudem die geringe Wertschätzung dieser Mitarbeiter, die ein immenses Vorwissen über ihre Kunden besitzen und führen im Regelfall dazu, dass sich die Mitarbeiter später nicht mit den Ergebnissen einer solchen Untersuchung identifizieren können oder wollen.

Deshalb ist es unerlässlich, die Mitarbeiter und natürlich auch die Bürger der Kommune in einer Pilotphase in Planung und Konzeption der Untersuchung einzubeziehen, um zu einer für den speziellen Einzelfall optimalen Konzeption und zu einem maßgeschneiderten Fragebogen zu kommen. Konzepte und Angebote, die zum Verzicht auf eine solche Pilotphase raten, sind im Regelfall nicht seriös und bergen die Gefahr in sich, dass mit einer „Lösung von der Stange“ unbrauchbare, wenig aussagekräftige und nicht umsetzbare Ergebnisse erzeugt werden.

## Angenehmer Nebeneffekt

Erst wenn alle diese Gesichtspunkte berücksichtigt wurden und nach der Pilotphase eine im Regelfall repräsentative computergestützte telefonische Befragung durchgeführt wird, kann man sich sicher sein, aussagekräftige und umsetzbare Ergebnisse zu erhalten, mit deren Hilfe nicht nur die Zufriedenheit der Bürger, sondern auch der kommunalen Mitarbeiter gesteigert werden kann. Ein angenehmer Nebeneffekt ist übrigens auch, dass die Kommune mit einem solchen Programm nicht nur über einen strategisch wichtigen Baustein in ihrem kommunalen Marketing verfügt, sondern sowohl Befragungsergebnisse als auch daraus abgeleitete Maßnahmen sehr wirksam für ihre Presse- und Öffentlichkeitsarbeit einsetzen kann. ☞

## 1. marketingmesseMünchen 2003:

# Mit neuen Ideen aus der Krise

„Gemeinsam aus der Krise“ ist das Motto der „1. marketingmesseMünchen 2003“, die von der Agentur Mattfeldt & Sängler AG in Zusammenarbeit mit dem Bund der Selbständigen (BDS) veranstaltet wird. Vom 22. bis 24. Mai präsentieren sich über 100 Marketingexperten aus ganz Deutschland in der Münchner Werner-von-Linde-Halle. Bereits jetzt sind 80 Prozent der Ausstellungsfläche ausverkauft, knapp die Hälfte der bisher angemeldeten Dienstleister kommt aus dem Großraum München. Die andere Hälfte der Aussteller bringt die Veranstalteragentur Mattfeldt & Sängler quasi als zufriedene Kunden früherer Marketingmessen selbst mit in die Metropole.

„Wir veranstalten seit drei Jahren erfolgreich eine regionale Marketingmesse in Ulm. Die Aussteller sind vom Konzept überzeugt und wagen nun gemeinsam mit uns den Schritt in die Großstadt“, so Projektleiter Rainer Dohn. Von der Tatsache, dass der Münchner Agenturszene durch die Präsenz auswärtiger Aussteller erstmals ein Gegenwind ins Gesicht bläst, könnten die mittelständischen Unternehmen im Wirtschaftsraum rund um die Landeshauptstadt nur profitieren: „Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten müssen Geschäftsführer und Marketingleiter ihre Budgets neu überdenken und nach noch effektiveren Maßnahmen in der Absatzförderung su-

chen. Hier bietet die Messe einen hervorragenden Ansatzpunkt. Denn man kann sich als Unternehmer viele neue Anregungen holen, aber auch genau überprüfen, ob das Preis-/Leistungsverhältnis der Kreativszene in München noch stimmt“, erklärt der Präsident des bayerischen BDS-Landesverbandes, Prof. Fritz Wickenhäuser. Zielgruppe der marketingmesseMünchen 2003 sind dann auch in erster Linie Geschäftsführer und Marketingleiter mittelständischer Unternehmen. Das Ausstellerspektrum reicht von klassischen Full-Service-Werbeagenturen über PR-Dienstleister, Internet- und E-Commerce-Spezialisten bis hin zu Messebaufirmen, Werbemittelherstel-

lern und Datenbankprofis. Eines der Schwerpunktthemen der Messe, die außerdem über ein umfangreiches Vortragsprogramm verfügt, wird das Kundenbeziehungsmanagement, das sogenannte Customer Relationship Management (CRM), sein.

## Vortragsprogramm

Die Marketingmesse München 2003 vom 22. bis 24. Mai wartet nicht nur mit einem breiten Ausstellungsspektrum aus allen Bereichen des Marketings auf, sondern auch mit einem hochkarätigen Vortragsprogramm (täglich ab 11 Uhr). Insgesamt haben sich über 40 namhafte Referenten angesagt, um ihr Expertenwissen an die Besucher der Messe weiterzugeben. So beleuchtet u.a. Dr. Elfi Schneider von der Bundesagentur für Außenwirtschaft am Eröffnungstag die Wirtschafts- und Branchenprognosen für die EU-Beitrittsländer in Mittel- und Osteuropa, während Rainer Colberg sich mit den Folgen des Wegfalls des Rabatt-Gesetzes und der Zugabenerordnung beschäftigt. ☞

**Geomarketing:**

# Schon längst Alltag im Kommunal-Business“?

**Geomarketing und Business - Begriffe, die man eher mit der privaten Wirtschaft als mit der Öffentlichen Verwaltung in Verbindung bringt. Was aber, wenn in den Kommunen eigentlich schon längst Geomarketing gemacht wird?**

Kindergärten werden anhand der Bevölkerungsstruktur in Stadtteilen geplant, Wahllokale werden neu verteilt - funktional gesehen kaum ein Unterschied zur Planung eines neuen Supermarktstandortes.

**Definitionssache**

Geomarketing bedeutet, dass raumbezogene Analysen zur Optimierung von Geschäftsaufgaben herangezogen werden. Das kann im kommunalen Umfeld unterschiedlich

erfolgen: Aus Sicht einer straffen, kostenbewussten Behördenorganisation und/oder aus der Sicht des Kundenservice - was kann ich für die Bürger verbessern?

**Fragestellungen**

Es ist auch stets die Frage nach „wie weit hat es ein Kunde künftig?“, „bin ich im Straßenbild noch präsent?“, wohin empfehle ich Kunde A künftig zu gehen, wenn Filiale B

eröffnet/geschlossen wird?“

Fragestellungen, die zu Kosteneinsparungen und/oder Serviceverbesserung führen, werden mit Geografischen Informationssystemen (GIS) bearbeitet. Hierzu werden raumbezogene Informationen wie Daten zu Bevölkerungsstruktur, Verkehr, Infrastruktur mit entsprechender Software von ESRI und darin enthaltenen Methoden verarbeitet und analysiert.

**Ergebnis**

Das Ergebnis kann in Form von Karten, die als Entschei-

dungshilfen dienen, ausgegeben werden.

**Einsatzmöglichkeiten für Kommunen**

Ein Beispiel, wie es schon an vielen Orten im Einsatz ist: Während Wirtschaftsunternehmen Standorte für den Einzelhandel oder Produktionsstätten suchen, bieten Gebietskörperschaften diese an. Im Wettbewerb der Gemeinden untereinander gilt es folglich, die günstigen Standortfaktoren als Alleinstellungsmerkmale herauszustellen.

**Bewertungsgrundlagen**

Grundlagen für solche Bewertungen sind Informationen, die dargestellt werden können: Dazu zählen zum Beispiel Grundstückspreise, Infrastrukturanbindung (Verkehr, Schulen, Freizeit usw.),

Bevölkerungsentwicklung, Kundenpotenzial, etc. Mit Hilfe von GIS können diese aufbereitet, analysiert und potentiellen Interessenten analog oder auch per Web zugänglich gemacht werden (siehe zum Beispiel die Detailsuche bei [www.gis-ela.de](http://www.gis-ela.de)).

**Strukturfragen**

Neben der Standortauskunft und -bewertung gibt es konkrete Fälle mit Controlling- und Struktur-Fragen: Das Sozialamt einer Stadt hat mehrere Dienststellen. Jede dieser Dienststellen ist für einen festgelegten Bezirk zuständig. Änderungen in der Sozialstruktur der Stadtteile haben im Laufe der Zeit sehr ungleiche Arbeitsbelastungen und Kosten einzelner Ämter entstehen lassen.

Gleichzeitig gibt es in den Dienststellen, die sich einer höheren Belastung ausgesetzt sehen, keine neuen Stellen. Es

müssen also neue Verteilungen unter Berücksichtigung der für den „Kunden“ zumutbaren Wege vorgenommen werden. Diese Restrukturierungsaufgabe ist ohne ein geographisches Informationssystem optimal nicht lösbar.

**Herausragendes Hilfsmittel**

Viele Aufgaben kommunaler Verwaltung haben Raumbezug - alle Vorgänge müssen hinsichtlich Aufwand und Kosten überprüft werden. Geomarketing bietet hierzu Methoden und eignet sich hervorragend als Hilfsmittel in der kommunalen Planung und Dienstleistung.

ESRI Geoinformatik GmbH, Philipp Schöttke Ringstraße 7, D-85402 Kranzberg, Tel. +49 8166 6770, Fax +49 8166 677111, [P.Schoettke@ESRI-Germany.de](mailto:P.Schoettke@ESRI-Germany.de), <http://ESRI-Germany.de>

## Küsschen mit Werbebotschaft

**Witzige Ideen auf der Marketingmesse München**

**Lust auf Süßes macht in München die Süße Werbung GmbH aus Herbolzheim. Der Exklusivpartner von Ferrero in Deutschland bietet nicht nur die bekannten Ferrero Küsschen, sondern auch Mon Cheri, Mini-Hanutas und Duplos für die Werbezwecke an. „Wenn Werbung die Sinne ansprechen soll, dann erzeugt kein anderes Werbemedium so schnell, so direkt und so unmittelbar einen Genuss, wie essbare Werbung“, so Geschäftsführer Pieter Schubert. Sein Unternehmen zählt mit einem Jahresumsatz von zwölf Millionen Euro zu den großen der Branche und weltweit der einzige Hersteller, der Gummibärchen für die Werbung selbst herstellt.**

Nicht den Gaumen, sondern die Nase im Visier hat Sylvia Reindl von der „Duftagentur“ aus Augsburg. „Düfte und Gerüche bestimmen unser ganzes Leben. Durch den Einsatz des richtigen Duftes kann das Kaufverhalten der Kunden entscheidend beeinflusst und dadurch der Umsatz gesteigert werden“, erklärt Sylvia Reindl, die mit Ihrer Duftagentur die Schweizer Grorymab AG in München vertritt.

**Vielseitige Präsentation**

Sehr vielseitig präsentiert sich die Agentur ce + ce CreaktivMarketing von Ann-Christelle Mandl aus München auf der Marketingmesse. Die Münchnerin ist nicht nur Spezialistin für gelungene Direktmailingaktionen und Werbekonzeptionen, auch ausgewählte Werbeartikel finden sich am Stand bei Ann-Christelle Mandl. Wer sich schon immer mal ohne Wasser die Hände waschen wollte, der sollte unbedingt bei ihr vorbeischaun und ein neuartiges Handgel ausprobieren.

**Ausgefallene Ideen**

„Ist das eine Bücherstütze oder ein Lesezeichen?“, werden sich die Messebesucher am Stand der Rosenheimer Designagentur „Take 2“ fragen. Das ist auch gut so, meint Geschäftsführer Volker Zitzmann, „denn wir wollen mit unseren ausgefallenen Ideen die Leute verblüffen.“

**Individuelle Lösungen**

Auch Jürgen Hable, Dieter Kehl, Vroni Ascher, Petra Lindner und die Agentur Eidex haben ihre Stände voll mit Werbeartikeln. Weil die Nachfrage nach Werbemitteln von der Stange schrumpft, zeigt die in Diedorf ansässige Agentur Furtmayr & Partner in München hauptsächlich Beispiele ihrer

individuellen Lösungen, die exakt auf die Bedürfnisse der Kunden abgestimmt sind. „Der Kunde von heute braucht keinen Beschaffer von Werbebeschenken mehr, er braucht vielmehr einen Berater, der ihm im Gesamtkonzept die beste Lösung anbietet“, erklärt Geschäftsführer Stefan Furtmayr.

**„Corporate Fashion“**

Ganze Firmen ziehen die Kerler GmbH aus Kisslegg im Allgäu und die Agentur „Market Thinks“ an. Beide sind Spezialisten für „Corporate Fashion“. Kerler beliefert Automobilfirmen, Fluglinien, Organisationen und Vereine, aber auch Privatpersonen.

Alle Arten von Textilien mit individuellen Stickereien und unterschiedlichen Druckarten gibt es beim Textiles Marketing-Sticker-Service. Ebenfalls auf Werbetextilien spezialisiert sind die Firma Gerner Werbeartikel aus dem ober-schwäbischen Äpfingen. Imagetrend aus Kempten und die Maica Krawattenfabrik aus Gärsben.

**Hochprozentiges**

„Zeitgemäß“ wird es an den Ständen mit Uhrenkollektionen, die es bei ITS Time und SWIWA gibt. Die Werbung auf das Porzellan bringt die Mahlwerck Porzellan oHG aus Stephanskirchen. Hochprozentig geht es am Stand von Gutsweine Zimmermann zu. Auf Accessoires spezialisiert hat sich die Firma Reisensthal Accessoires, die ihre Jumbobag in die Landeshauptstadt mitbringt, auch die Formplast Deutschland GmbH hat exklusive Tragetaschen aus Papier und Folie dabei.

KPV-Bezirksversammlung Schwaben:

## Landrat Erich Josef Geßner wiedergewählter Vorsitzender

Der Neu-Ulmer Landrat Erich Josef Geßner ist auf der Bezirksversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung Schwaben in Vöhringen mit 90 von 91 Stimmen in seinem Amt als Bezirksvorsitzender bestätigt worden. Geßner führt die KPV seit 1986. Seine Stellvertreter sind Bürgermeister Georg Barfuß aus Lauingen, der Oberallgäuer Landrat Gebhard Kaiser und Bürgermeister Hans Merk aus Wehringen. Die KPV Schwaben vertritt über 2000 CSU-Kommunalpolitiker aus ganz Schwaben.

„Wir verstehen uns als Kommunalpolitische Vereinigung sowohl als eine parteiinterne Gliederung als auch als eine Interessengemeinschaft der Kommunalpolitik, die überall dort ihre Stimme erhebt, wo kommunale Belange angesprochen sind“, hob Landrat Erich Josef Geßner in seinem Bericht hervor. Dies bedeute allerdings nicht, dass Konflikte mit der Mutterpartei aus dem Weg gegangen werde.

### Aus dem Tritt geraten

Fakt sei, dass die Kommunen aus dem Tritt geraten seien und ihre finanzielle Situation so dramatisch wie nie zuvor sei. Die Dramatik der finanziellen Lage der Kommunen sei bei der Diskussion um die Erhöhung der Bezirksumlage und der damit verbundenen Erhöhung der Kreisumlage in den meisten Landkreisen deutlich geworden, sagte der KPV-Vorsitzende. Es liege nicht am Finanzgebaren des Bezirks Schwaben, dass eine Erhöhung der Bezirksumlage um 2,5 Prozent-Punkte beschlossen werden musste. Vielmehr sei das Finanzierungssystem der Bezirke in eine Schiefelage geraten. Dies werde beim Bezirk Schwaben allein durch die 97-prozentige Erhöhung bei den Sozialausgaben deutlich. „Es kann nach Auffas-

sung des Bezirksvorstandes nicht angehen, dass wir nach wie vor Kontingentflüchtlinge über die Bezirksumlage finanzieren“, betonte Erich Josef Geßner. Schließlich handle es sich hier um keine originäre kommunale Aufgabe.

### Wer anschafft, muss zahlen

Die Struktur- und Finanzprobleme könnten mittel- und langfristig nur mit starken Städten, Gemeinden und Kreisen gelöst werden. Trotzdem würden den Kommunen und Kreisen durch den Bund immer kostenwirksamere neue Aufgaben zugewiesen, monierte der Neu-Ulmer Landrat. „Es muss auch für den Bund gelten, was der Freistaat Bayern künftig berücksichtigen will: Wer anschafft, muss auch zahlen“, sagte Geßner.

### Stärke durch Gemeinsamkeit

Die CSU sei stark, weil sie eine gemeinsame Linie verfolge. Deshalb lege die KPV auch Wert auf eine Verzahnung ihrer Arbeit mit der Landespolitik und der Politik des Bezirks Schwaben. Die Verbindung zur Landespolitik habe Landtagsabgeordneter Georg Winter aus Dillingen gehalten, der ebenfalls über eine reiche kommunalpolitische Erfahrung verfü-

ge. Als Mitglied des Haushaltsausschusses, in dem auch über die Verteilung der Mittel an die Kommunen beraten und entschieden wird, sei er ein wichtiges Bindeglied zwischen KPV und Landespolitik. Die Verbindung zum Bezirkstag Schwaben habe Bezirksrat Herbert Pressl hergestellt, der sich ebenfalls als profunder Kenner der Materie erwiesen habe.

### Schwabengutachten

Der Bezirksvorstand, der im Mai 2001 gewählt wurde, habe sich in seinen Sitzungen mit einer Vielzahl kommunalpolitisch relevanter Themen beschäftigt. Dabei seien insbesondere das Schwabengutachten und damit die Bündelung schwäbischer Anliegen, die Zukunft der Krankenhäuser, die Entbürokratisierung, die Modellregion Schwäbisches Donautal, der kommunale Finanzausgleich, die stei-

genden Sozialhilfeausgaben, die familiengerechte Betreuung von Kindern und Jugendlichen aus Sicht der Bayerischen Staatsregierung und aus der Sicht der Kommunen, die Kommunalen Finanzen und das Projekt „Ökoprotit“ behandelt worden.

### Hervorragendes Team

Geßner dankte seinen Kollegen im Bezirksvorstand, Bürgermeister Georg Barfuß, Landrat Gebhard Kaiser und Bürgermeister Hans Merk für die herausragende Zusammenarbeit. „Wir waren in all den Jahren ein Team, in dem es keine Dissonanzen gab und das deshalb letztlich auch ohne Reibungsverluste arbeiten konnte“, so Geßner.

### Übertroffene Erwartungen

Erich Josef Geßner blickte abschließend auf die Kommunalwahlen 2002 zurück, deren Ergebnisse die Erwartungen der CSU sogar übertroffen habe. „Wahlen werden nicht in wenigen Wochen oder Monaten gewonnen. Wahlen sind nur zu gewinnen durch überzeugendes Handeln und durch Zukunfts-

entwürfe, die Kompetenz signalisieren“, stellte der Vorsitzende fest. Für die Zukunft sei eine offensive Innovationspolitik notwendig. Das gelte nicht nur für die Infrastruktur und für die Felder der modernen Technologien, wie Medien, Biotechnologie, Solarförderung und Umweltwirtschaft, sondern auch für die künftige Flächenpolitik.

Als besonderes Aktionsfeld müsse die CSU als christliche Partei eine Umorientierung auf qualitatives Wachstum im Sinne einer Verträglichkeit mit dem Ökosystem im Sinne der Erhaltung der Schöpfung betrachten, forderte der KPV-Vorsitzende. Notwendig sei dafür ein Mittelweg zwischen ökologischem Fundamentalismus und reiner Markteffizienz.

### Balance mit der Ökonomie

Die soziale und wirtschaftliche Verträglichkeit einer Umweltpolitik hänge auch von der Geschwindigkeit ab, mit der man vorgehe. Abzuwägen seien bei allen Entscheidungen immer auch die sozialen Folgen und die Balance mit der Ökonomie und den Arbeitsplätzen der Men-

sch. Eine verantwortungsbewusste Umweltpolitik müsse hierauf Rücksicht nehmen.

Für den Erhalt des Sozialstaats und die Sicherung bzw. Erhalt der Arbeitsplätze benötige man die notwendige Infrastruktur und die Unterstützung modernster Technik. Es werde lange dauern, bis die großen Rahmenbedingungen in Bund und Land sich nachhaltig verändern. „Wir als Kommunen haben kurze Wege und können Mut für eine Wende zur Zukunft geben“, rief Geßner die Delegierten der KPV aus den schwäbischen Landkreisen auf, neue Wege zu gehen und gemeinsam die vorliegenden Aufgaben anzupacken.

### Abbau der Bürokratie

Georg Schmid, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit, Sozialordnung, Familie und Frauen, informierte in seinem Referat über die Planungen zum Abbau der Bürokratie im Freistaat. Das Dickicht der Gesetze solle gelichtet werden. Weniger Vorgaben würden auf der einen Seite die Kommunalverwaltungen entlasten, auf der anderen Seite käme mehr Eigenverantwortung auf die Bürger zu, hob Schmid hervor.

## Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Böhringer

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Peter Müller

Jens Korn (KPV)

Lutz Roßmann (Landtag)

Brigitte Scherible (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 37 vom 01.01.2003

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

## Glanzlichter Schwabens bei der „afa“

Starkes Engagement der Kommunen / Über 600 Aussteller und 99.000 Besucher

Augsburg (jdt). Die Leistungsstärke Schwabens wurde eindrucksvoll während der neuntägigen 55. Augsburger Frühjahrsausstellung im Messegelände demonstriert. Mit 99.000 Besuchern gab es zwar etwa 4000 Gäste weniger als bei der „afa 2002“, nicht zuletzt eine Auswirkung des zu Ausflügen ins Grüne oder „Blaue“ verleitenden hochsommerlichen Schlusstages, des Sonntags. Nur deshalb wurde offensichtlich die ins Auge gefasste 100.000er-Grenze nicht überschritten. Dennoch kamen deutlich mehr Besucher als 2001.

Als sehr positives Zeichen gewertet wurde, in einer Zeit allgemeiner Konjunkturkrise, die Zunahme der Aussteller auf über 600, ein Plus gegenüber 2002 von 86. Ein ganz besonderes Glanzlicht wurde in der Halle 1 mit der herausragenden Sonderschau „Wir Schwaben-

das Beste aus der Region“ geboten. Bezirk Schwaben, Stadt Augsburg, die Landkreise Augsburg, Aichach-Friedberg, Donau-Ries, Günzburg und Oberallgäu, Regio Augsburg und Diözese Augsburg demonstrieren gemeinsam mit bäuerlichen Selbst-Einrichtungen und dem Landwirtschaftsministerium, dass der Regierungsbezirk viele „Schokoladenseiten“ hat. rismus in Bayerisch-Schwaben mit über 205 000 Euro. Freude über die gute Aussteller-Resonanz äußerte Handwerkskammer-Präsident Manfred Rudel. 15 Prozent Zuwachs bei den Ausstellern im Vergleich zum Vorjahr seien hoch erfreulich für das „Schaufenster Schwabens“. Der Augsburger Oberbürgermeister Paul Wengert nannte die Ausstellung ein „typisches Nachkriegskind“, mit steigender und höchst beachtlicher Vitalität. Besondere Komplimente galten der Aus-

stellungsleitung mit Heiko Könicke an der Spitze. Beim Ausstellungsrundgang gehörte ein Sonderlob der attraktiven Vielfalt von „WIR SCHWABEN“ und unter anderem auch der Sonderpräsenz des Bezirks Schwaben und der Regierung von Schwaben zum „Jahr der Behinderten“.

### Gipfeltreffen der Oberbürgermeister

Am Rande der „afa“ gab es ein Gipfeltreffen der Oberbürgermeister der drei größten bayerischen Städte - von Christian Ude, München, Ulrich Maly, Nürnberg und Paul Wengert, Augsburg. Sie stellten in Aussicht, dass man trotz der Konkurrenz im Messewesen eine Chance für verbesserte Zusammenarbeit prüfen wolle.

## Regionalmarketing Niederbayern

Niederbayern ein positives Image, eine eigene Identität und bessere Wettbewerbschancen im wirtschaftlichen Bereich zu verschaffen, ist das Ziel des unter der Trägerschaft des Bezirks Niederbayern stehenden Projektes „Regionalmarketing Niederbayern“.

Seit Januar diesen Jahres hat Projektleiter Dr. Stephen Hahn in den neun Landkreisen und drei kreisfreien Städten Workshops durchgeführt und all das zusammengetragen, was die Besonderheiten, die „Perlen“ dieser Region ausmacht. Dazu gehören beispielsweise kultureller Reichtum, gute Schul- und Bildungsvoraussetzungen (Hochschulstandorte usw.) sowie landschaftliche Schönheit.

### Interesse wecken

Auf der Grundlage dieser „weichen“ Standortbedingungen soll Niederbayern nun verstärkt auch als attraktiver Wirtschaftsstandort sowohl bundesweit als auch im Ausland „vermarktet“ und dadurch das Interesse potenzieller Investoren geweckt werden. Werbeträchtige Eigeninitiativen der einzelnen Landkreise, Städte und Gemeinden bleiben von der Strategie, Niederbayern in seiner Gesamtheit bekannt zu machen, unberührt.

Unterstützt wird die Arbeit des Projektleiters von einem Fachbeirat, dem Vertreter des

Bayerischen Wirtschaftsministeriums, der Regierung, der kommunalen Verbände, des Tourismusverbands, der Fachhochschule und der finanziell beteiligten Unternehmen BMW und Zahnradfabrik Passau angehören. In der konstituierenden Sitzung im April dieses Jahres wurde Bezirksstagspräsident Manfred Hölzlein zum Vorsitzenden bestimmt.

### Aufgaben des Beirats

Der Beirat hat die Aufgabe, Anregungen und Impulse für das Regionalmarketing zu geben, dessen Konzepte zu beraten und zu beschließen, die Ideen und Maßnahmen nach außen zu tragen, umzusetzen und daraus resultierende Erfahrungen in die Arbeit einzubringen. Bei der ersten Zusammenkunft stellte Dr. Stephen Hahn auch das neue Logo des Regionalmarketings vor: „Niederbayern obenauf!“ Dieser Slogan wird ab sofort die Aktivitäten der Initiative begleiten, die vorerst auf vier Jahre begrenzt und mit einem Budget von 700.000 Euro ausgestattet ist **DK**



Landrat Erich Josef Geßner (2. v. r.) wurde als Bezirksvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU im Amt bestätigt. Wieder gewählt wurden auch seine Stellvertreter Landrat Gebhard Kaiser (l.) und Bürgermeister Hans Merk (r.). Gast der Versammlung in Vöhringen war Staatssekretär Georg Schmid (2. von l.)

## Dr. Dietrich seit 25 Jahren Landrat in Dillingen

Dillingen (jdt). Offiziell feiern lassen wollte sich der Dillinger Landrat Dr. Anton Dietrich zu seinem 25. Jubiläum an der Spitze der Landkreisverwaltung ebenso wenig wie kürzlich zu seinem 60. Geburtstag. Bei seinem inzwischen 25. Empfang im Landratsamt, der traditionell zum 1. Mai für Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Jugendliche mit hervorragenden Ausbildungsabschluss stattfindet, dankte Dr. Dietrich allen, die im letzten Vierteljahrhundert an der schönen Aufwärtsentwicklung des Kreises mitgewirkt hätten.

Eine nichtöffentliche Ausnahme ließ der Landrat lediglich zu im Kreise der Kreistagsmitglieder der CSU. Fraktionsvorsitzender und Landtagsabgeordneter Georg Winter würdigte den außerordentlichen Einsatz Dietrichs. Dieser wiederum stellte angesichts der allgemeinen Krisensituation der Wirtschaft fest, man könne sich auch im Bereich der Kommunen „nur so viel leisten, was bezahlbar ist“. Geehrt wurde von MdL Winter auch die „rechte Hand“ des Landrates im Landratsamt, Verwaltungsoberrat Hermann Stark. Er konnte ebenfalls sein 25. Dienstjubiläum begehen. Unter Hinweis auf Starks Arbeitsmotto „immer am Ball“ erhielt er einen Fußball geschenkt.

# Was können die Kommunen noch für die Bürger tun?

KPV-Bezirksversammlung Oberbayern bestätigt Vorsitzenden Georg Huber

Mühdorf (tf) - Bei der KPV-Bezirksversammlung Oberbayern in Putzbrunn wurde der Mühdorfer Landrat Georg Huber mit über 90 Prozent der abgegebenen Stimmen als Bezirksvorsitzender bestätigt. Auch die bisherigen drei stellvertretenden Bezirksvorsitzenden, Hildegard Fruth (Bad Tölz), Stefan Beer (Rosenheim-Land) und Andreas Dirr (Eichstätt) wurden mit großer Mehrheit im Amt bestätigt.

In seiner Rückschau ging Georg Huber auf die vergangenen beiden Jahre ein, die von kommunalen Wahlkämpfen und leeren Kassen geprägt waren. „Nicht die Politik schafft Arbeitsplätze, sondern sie soll die Weichen stellen und die Grundlagen schaffen, damit Arbeitsplätze geschaffen werden“, meinte Huber.

## „Kanzler der Depression“

„Die Situation war noch nie so schlimm wie jetzt, wir sind gewählt worden, damit wir mit einem starken Partner die Probleme anpacken und versuchen sie zu lösen“, erklärte Georg Huber. Den Kommunen die Suppe eingebrockt habe die rot-grüne Bundesregierung, an deren Spitze „der Kanzler der Depressionen, Gerhard Schröder“.

Jeder noch so kleine Aufschwung werde bereits im Ansatz mit Steuern- und Abgabenerhöhungen abgewürgt, fuhr Huber fort. 2001 nahmen die kommunalen Steuern im Vergleich zum Vorjahr um 284,9

Millionen Euro und 2002 um 393 Millionen Euro ab. Daher müssen allein die Landkreise und Bezirke mit einem Rückgang der Umlagekraft 2003 von 2,7 Prozent und von voraussichtlich 4,4 Prozent im Jahr 2004 ausgehen.

## Weniger Einnahmen

Durch die zweite und dritte Stufe der Steuerreform werden die Gemeinden pro Jahr rund 300 Millionen Euro weniger Einnahmen haben und zeitversetzt die Bezirke und Landkreise sinkende Umlagekraftzahlen. Städte, Märkte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke könnten die Finanzkrise nur dann meistern, wenn in den nächsten Wochen und Monaten die Grundlagen für eine ausgewogene Finanzausstattung gelegt werden.

Staatskanzlei-Chef Erwin Huber zufolge zahlen die Kommunen heute die Zeche der Politik von Rot-Grün. Dabei schade der wirtschafts- und finanzpolitische Kurs der Bundesregierung nicht

Wachstum und Beschäftigung, sondern bringe sie auch an den Rand der Handlungsunfähigkeit. Durch haarsträubende Mängel bei der Steuerreform sei die finanzielle Basis der Kommunen geschwächt worden, vor allem durch den weitgehenden Ausfall der Gewerbesteuer, deren Rückgang in den ersten neun Monaten des Jahres 2002 über 14,3 Prozent betrug. Einige Städte hatten sogar 30 bis 40 Prozent Mindereinnahmen zu verzeichnen.

## Fehlende Investitionen

Allein durch die Streichung der originären Arbeitslosenhilfe, so Huber, werden die bayerischen Kommunen mit bis zu 35 Millionen Euro im Jahr belastet. Dazu kommen noch die Bruttoausgaben für Sozialhilfe die im Jahr 2001 mit knapp 2,8 Milliarden Euro um 3,2 Prozent höher lagen als im Jahr 2000. Dadurch seien viele Kommunen kaum noch in der Lage, dringend notwendige Investitionen für die Infrastruktur zu leisten. Der örtlichen Wirtschaft fehlten gleichzeitig wertvolle Aufträge und somit gingen Arbeitsplätze verloren.

## Bayerischer Beistand

Der Freistaat Bayern unternehme deswegen alles, um seinen Kommunen beizustehen. Allein im Jahr 2002 seien die Finanzausgleichleistungen um rund 178 Millionen auf über 5,9 Milliarden Euro gestiegen. Das von Bundeskanzler Schröder angekündigte kommunale Investitionsprogramm verbessere die Finanzsituation der Kommunen nicht, denn hochverschuldete Städte und Gemeinden könnten keine weiteren Darlehen aufnehmen, meinte Huber. Sie seien nicht in der Lage, die Mittel für Kofinanzierungen aufzubringen. Die Bayerische Staatsregierung fordere deswegen ein Sofortprogramm zur finanziellen Entlastung der Kommunen. Dabei sei eine sofortige Senkung der Gewerbesteuer auf das Niveau vor der Steuerreform vorzudringen.

Erwin Huber warf der SPD vor, sie habe kein Konzept zur Bewältigung der von ihr selbst geschaffenen kommunalen Probleme. Notwendig sei auch eine Entlastung der Kommunen bei der Sozialhilfe. Für die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf Sozialhilfeniveau seien noch verschiedene Modelle in der Diskussion. Auf der Tagesordnung der Bezirksversammlung standen zudem die Themen Volksentscheid, die Reform der Kommunalfinanz, Finanzausgleich und Verwaltungsreform.

## Landkreis Rhön-Grabfeld:

### Habermann löst Steigerwald ab

Thomas Habermann wird neuer Landrat im unterfränkischen Landkreis Rhön-Grabfeld. Der Oberlandesrichter setzte sich mit 69,27 Prozent gegen die VDK-Geschäftsführerin Monika Verchow durch, die für ein Bündnis aus Freien Wählern, SPD und Grünen angetreten war. Der CSU-Politiker löst den dienstältesten unterfränkischen Landrat, Fritz Steigerwald, ab, der nach 26 Dienstjahren in den Ruhestand geht. **KI**

## GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Jetzt weiß ich endlich, wie man sich als Sponti bei einer Demo fühlt. Gar nicht schlecht so eine Erfahrung.“ Mein Chef, der Bürgermeister, erzählte von der großen Bürgermeister-Demo in der Hauptstadt. Er ist zusammen mit vielen Kolleginnen und Kollegen, die ansonsten in korrekter Kleidung und mit Amtskette angetan, ihre großen Auftritte haben, auf die Straße gegangen, um gegen die kommunale Finanzmisere zu protestieren.

Meinem Chef fehlt eigentlich jede Demo-Praxis. Er ist in einem Nach-68er-Alter, da war es für ihn als Studenten nicht mehr selbstverständlich zu demonstrieren, er hat eher Scheine gemacht. Und weder die Friedens- noch die Umweltbewegung konnten ihn auf die Straße locken. Deshalb kann ich mir schon vorstellen, dass er sich erst mal akklimatisieren musste, als



len Ansprüche an ihr Rathaus, aber keiner denkt daran, dass alles Wahre, Schöne und Gute auch finanziert werden muss. Jede Erhöhung von Gebühren, Eintrittsgeldern und ÖPNV-Preisen wird mit Empörung quittiert. Müssen Leistungen eingeschränkt und Öffnungszeiten beschnitten werden, droht man flugs mit Bürgerbegehren und sammelt Unterschriften. Klappert der Service nicht mehr reibungslos, heißt es in demoskopischen Umfragen, sind nur 56 Prozent der Bevölkerung mit den kommunalen Leistungen zufrieden.

Bleibt zu hoffen, dass die Bürgermeister-Demos etwas nützen und die hohe Politik endlich zur Vernunft kommt. Wobei Steuererhöhungen zwar heftig diskutiert werden, aber wohl nicht der Weisheit letzter Schluss sind. Zuschlagsrecht der Gemeinden auf die Einkommensteuer schön und gut, aber nur, wenn sich Bund und Land nicht an anderer Stelle schadloos halten. Revitalisierte Gewerbesteuer? Wir waren doch alle froh, als die Gewerbesteuer weg war und damit die kommunale Substanzbesteuerung von Betrieben. Jetzt soll die Substanz wieder als Bemessungsgrundlage „revitalisiert“ werden. Und ob unsere Einzelanwälte im Städtchen oder unser Arzt, der noch Hausbesuche macht, die kommunalen Kassen wirklich zu füllen vermögen? Law-firms und Radiologenpraxen, die entsprechende Umsätze machen, gibt es doch nur in den Großstädten.

Nein, mein Chef, der Bürgermeister, hat Recht: Nur wenn sich der Bund nicht mehr auf Kosten der Kommunen zu sanieren versucht, wird es besser. Darum hat er auch die Losung „Konnexitätsprinzip jetzt - gleich - für alle“ auf sein Demo-Transparent geschrieben. Ich jedenfalls habe ihm zur Rückkehr das Kalenderblatt mit einem Satz von Bismarck auf den Schreibtisch gelegt: „Je länger ich in der Politik arbeite, desto geringer wird mein Glaube an menschliches Rechnen.“

## Bürgermeister-Demo in Berlin

sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer formierten, ihre Lösungen skandierten und die Transparente in die Höhe hielten.

Aber ehrlich gesagt, hat es ihm bald großen Spaß gemacht. Schließlich steckt in jedem Politiker auch ein Schauspieler, der sich vor Publikum (in der Regel Wähler) in mehr oder weniger theatralischer Weise präsentieren will. Phantasievoll und abwechslungsreich waren die Protestaktionen ja, die im ganzen Land stattfanden. Bürgermeister nagten am symbolischen Hungertuch. Andere stiegen ins Hallenbad und ließen sich „das Wasser bis zum Hals“ stehen. An vielen Rathäusern wehten schwarze Fahnen aus den bürgermeisterlichen Amtszimmern. Und wir haben den Haupteingang des Rathauses symbolisch mit einem mächtigen Vorhängeschloss an einer schweren Eisenkette versperrt - ohne Moos nix los.

Es ist wohl höchste Zeit, dass die Verantwortlichen in Bund und Land, aber vor allem auch die Bürger erkennen, dass es in den Städten und Gemeinden nicht mehr so weitergeht. Alle stel-

the  
Sabriul

## Hohe Auszeichnung für verdiente Kommunalpolitiker

Auf Vorschlag des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber hat Bundespräsident Johannes Rau die Kommunalpolitiker Helmut Englmann, Armin Grein und Werner Heckel mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Innenstaatssekretär Hermann Regensburger nahm im Bayerischen Staatsministerium des Innern die Verleihung vor.

Helmut Englmann (63) aus Aschheim, Landkreis München, engagiert sich seit 1966 in der Kommunalpolitik. Seit dieser Zeit gehört er dem Gemeinderat von Aschheim an. Von 1972 bis 1984 war er zweiter Bürgermeister, seit 1984 ist er erster Bürgermeister von Aschheim. Zudem ist er seit 1966 Mitglied im Kreistag München und seit letztem Jahr Vorsitzender des Kreisverbandes München des Bayerischen Gemeindetages. Schon zu Beginn seiner Amtszeit als Bürgermeister ist es Englmann zusammen mit dem Gemeinderat gelungen, die Attraktivität der Gemeinde als Wohnort erheblich zu steigern. Innerhalb kurzer Zeit wurde ab 1984 ein Wohnungsbauprogramm für Einheimische, junge Leute, junge Familien und ältere Mitbürger verwirklicht. Das sogenannte Aschheimer Modell ist weit über die Grenzen der Gemeinde hinaus bekannt. Zudem engagiert er sich in der Jugendförderung. Auch am Ausbau der Infrastruktur der Gemeinde hat Englmann maßgeblichen Anteil. Die gezielte Ansiedlung von Gewerbebetrieben und High-Tech-Industrie schafften neue Arbeitsplätze und festigten die wirtschaftliche Lage der Gemeinde.

Armin Grein (64) aus Marktheidenfeld, Landkreis Main-Spessart, stellt sich seit 1984 als Landrat des Landkreises Main-

Spessart allen Anforderungen mit großem Engagement und Verantwortungsbewusstsein. Seine kommunalpolitischen Erfahrungen reichen jedoch zurück bis ins Jahr 1972, als er zum ersten hauptamtlichen Bürgermeister von Marktheidenfeld gewählt und 1976 und 1982 mit deutlicher Mehrheit in diesem Amt bestätigt wurde. Von 1972 bis 1984 war Grein auch Kreisrat und Fraktionssprecher der freien Wähler, deren Landesvorsitz er seit 1978 inne hat. Als Bürgermeister stand für ihn die Verbesserung der Infrastruktur während seiner Amtszeit an erster Stelle.

## Daseinsvorsorge im Visier

Neben der Erschließung von Bau- und Gewerbegebieten und der Realisierung von wichtigen Straßenbauprojekten wurde während seiner Amtszeit mit dem Freizeitbad Maradies eine Freizeiteinrichtung geschaffen, die von überregionaler Bedeutung ist. Als Landrat hat Grein die Sicherung der wichtigsten Einrichtungen der Daseinsvorsorge zu einem Schwerpunkt seiner Arbeit gemacht. Die während seiner Amtszeit durchgeführte Neustrukturierung der Krankenhaus- und Altenheimlandschaft stellte eine flächendeckende wohnortnahe Versorgung im Landkreis sicher. Neben der opti-

malen medizinischen Versorgung lag Grein als ausgebildetem Pädagogen die Bildungspolitik am Herzen. Die gesamte Schullandschaft im Landkreis wurde in den vergangenen Jahrzehnten modernisiert und erweitert. Auch die Sportler des Landkreises verdanken ihm eine in Unterfranken einzigartige Förderung. 1986 wurde mit dem Trainingszentrum Main-Spessart eine Talentschmiede auf den Weg gebracht, die schon vielen Sportlerinnen und Sportlern durch gezielte Förderung den Weg zum Erfolg ebnet hat.

Werner Heckel (63) aus Neusitz, Landkreis Ansbach, hat sich von 1972 bis 2002 als ehrenamtlicher erster Bürgermeister der Gemeinde Neusitz weit über das übliche Maß hinaus engagiert und verdient gemacht. Mit Weitblick und großem persönlichen Engagement setzte er sich für die Entwicklung seiner Gemeinde ein. Heckel förderte den Wohnungsbau und die Gewerbeansiedlung. Im Bereich der Infrastruktur setzte er wichtige Akzente. Zahlreiche wichtige Projekte wie der Neubau eines Kindergartens, eines Rathauses und eines Feuerwehrgerätehauses sowie der Neubau eines Schulgebäudes im Rahmen des Schulverbandes Gabsattel/Insingen/Neusitz konnten dank seines Engagements ebenso verwirklicht werden wie die Errichtung des Wertstoffhofes und des Bauhofs. Trotz dieser Investitionen verfügt die Gemeinde über eine gute Finanzlage mit einer erheblich unter dem Landesdurchschnitt liegenden Verschuldung. **DK**



KPV-Bezirksvorsitzender Georg Huber (l.) und Staatsminister Erwin Huber bei der diesjährigen KPV-Versammlung in Putzbrunn.

## Ausbau des Truppenübungsplatzes Grafenwöhr:

### Investitionen in Millionenhöhe

Die US-Armee plant die Verlagerung einer Brigade aus zwölf Standorten in Hessen auf den Truppenübungsplatz Grafenwöhr. Dazu ist die Errichtung von rund 50 Neubauten und der Umbau bzw. die Renovierung von 100 weiteren Gebäuden nötig. Die Maßnahme ist auf voraussichtlich fünf Finanzierungsjahre verteilt und soll ca. 550 Mio. Euro kosten.

Zusätzlich sollen für die rund 3400 Soldaten mit ihren Familienangehörigen im Umfeld des Truppenübungsplatzes etwa 1.600 Wohnungen für ca. 8000 Personen entstehen. Diese werden durch deutsche Investoren im sog. Build-to-Lease-Verfahren errichtet und langfristig über das Bundesvermögensamt Amberg an die Gaststreitkräfte vermietet.

## Neue Stadt in Planung

Zudem sind amerikanische Schulen, Kindergärten, Freizeiteinrichtungen, Kirchen, Shopping-Center und Krankenstationen geplant. Zwischen Grafenwöhr und Eschenbach soll sogar eine eigene neue Stadt für die Amerikaner gebaut werden. Mit dem Beginn des Ausbaus ist bereits Mitte des Jahres zu rechnen.

Die ersten Soldaten sollen im Jahr 2006 in die Oberpfalz verlegt werden. Eine Ausweitung des Übungsbetriebes und des Schießblarms ist laut US-Armee-Sprecher Franz Zeilmann da-

durch nicht zu befürchten. Die Soldaten seien auch bislang mehrmals im Jahr zu Übungen nach Grafenwöhr gekommen. Mit der sog. Standortoptimierung Ost sollten Training und Einsatz der Soldaten effizienter werden: Militärtransporte würden reduziert, die Verlegbarkeit von Einheiten werde einfacher, und die Familien seien am selben Ort wie die US-Soldaten. Dadurch verspricht sich das Verteidigungsministerium eine größere militärische Schlagkraft und eine erhebliche Kostenersparnis. Vom Haushaltsjahr 2003 an könnten 19 Millionen Dollar pro Jahr eingespart werden.

Simon Wittmann, Landrat des Landkreises Neustadt/Waldnaab, erhofft sich vom Ausbau des Truppenübungsplatzes Investitionen in einer Höhe von bis zu einer Milliarde Euro und wichtige wirtschaftliche Impulse für die strukturschwache Region. Investitionen in dieser Höhe habe es, so Wittmann, in der gesamten Region noch nicht gegeben. **DK**

Deutsch-Russische Fachtagung:

## Förderung des Moskauer Bürgerengagements

Das Institut für auswärtige Beziehungen der Hanns-Seidel Stiftung führte Ende April in Dmitrow und Moskau eine Fachtagung mit dem Thema: „Kommunalpolitik im Dienst der Bürger“ durch. Als Referenten auf der deutschen Seite nahmen der Stellvertretende KPV-Landesvorsitzende, Bürgermeister Maximilian Gaul aus Roßtal und Detlef Siewert, Landesgeschäftsführer des Bayerischen Landessportverbandes (BLSV) teil.

Im Mittelpunkt der Fachtagung, die in Dmitrow als Seminar mit mehr als 40 Teilnehmern aus allen Bereichen von Kommunalpolitik, IHK, Wirtschaft und nicht kommerziellen Initiativen, in der Stadtduma in Moskau mit Abteilungsleiterinnen und Leitern der Moskauer Stadtregierung sowie Sportausschussvorsitzenden als Expertengespräch durchgeführt wurde, stand die Frage, wie das Bürgerengagement gesellschaftspolitisch gefördert werden kann. Während Maximilian Gaul seine Beispiele

mehr auf die Mitwirkungsmöglichkeiten von Bürgern auf die Kommunalpolitik im allgemeinen bezog, verdeutlichte Detlef Siewert das Bürgerengagement am Beispiel des Sports in Bayern sowohl in der Fläche wie auch in der Großstadt München.

### Treffer ins Schwarze

Der Leiter des Konferenzbüros in Moskau, Christian Forstner, hat mit der Thematik der Fachtagung ins Schwarze getroffen. Denn in der Russi-

schen Föderation und im Stadtstaat Moskau geht man jetzt mit Begeisterung an die Arbeit, die kommunale Selbstverwaltung zu organisieren und auszubauen.

### Erhebliche Unterschiede

„Das sind Welten“, zog Bürgermeister Gaul ein erstes Resümee und zeigte sich über die Strukturen kommunaler Selbstverwaltung in Bayern dankbar. Auch die Gemeindegebietsreform vor 25 Jahren verhinderte Riesenkommunen, in denen sich niemand mehr „daheim“ fühlt. So saß in Dmitrow dem aus der Volkswahl ins Amt gewählten Bürgermeister einer 10.000 Einwohnergemeinde Bayerns einen ebenfalls aus der Urwahl ins Amt gewählten „Leiter der Verwaltung“ des Rayons Dmitrow mit einer Einwohnerzahl von mehr als 160.000 in 28 Orten und Städten gegenüber, während anwesende Bürgermeister in Rußland von der Administration eingesetzt werden.

Die Bedeutung der Exekutivorgane ist nach wie vor sehr hoch. Um so mehr interessierte

die russischen Teilnehmer aus den Bereichen der sozialen und gesellschaftlichen Initiativen und des Sports, wie eine aktive Bürgergesellschaft innerhalb der kommunalen Selbstverwaltung Anerkennung findet und durch die Administration gestärkt werden kann.

„Welten“ entdeckte man auch in den Einstellungen. Während hierzulande viele Verwaltungen vom Dienstleistungsunternehmen Kommune sich bereits auf den Weg zur Bürgerkommune machen, sieht sich in einem Land, in der nach der Wende nun der Individualismus und Egoismus erschreckende Blüten treibt, die Verwaltung als Anwalt der sozialen Gerechtigkeit und der Kultur, ertrinkt aber schier in den Aufgaben des Reparaturbetriebs im sozialen Bereich.

### Ellbogenmentalität

Die Ellbogenmentalität ist nicht nur in einem chaotischen Straßenverkehr zu spüren, sondern auch im gesellschaftlichen Leben. Es gibt große Armut und protzigen Reichtum. Die Steuermoral ist gering ausgeprägt. Nach der Legalität und Legitimität um Geschäfte zu machen, wird selten gefragt. Um so wichtiger wird der Einbezug von Vereinen, Organisationen und Einrichtungen, die wie die Bürgerbüros des Gouverneurs, ihr Ohr an der Bürgerschaft haben.

Während hierzulande mehr auf die gewählten Räte gesetzt wird, setzt dort die Administration auf das eigene Know-how und man hat manchmal durchaus das Gefühl, dass in den Ämtern und Büros die Verwaltung deshalb selbstbewusst auftritt, weil man besser zu wissen glaubt, was für den Bürger gut ist. Genau davor aber warnte Roßtals Bürgermeister, der aufzeigte, wie das Anspruchsdenken der Bürger gerade auch von den Kommunalpolitikern selbst noch geschürt werden kann und wird, anstatt die gesellschaftlichen Kräfte und den Bürger selbst in einer „Verantwortungsgesellschaft“ stärker in die Pflicht zu nehmen und einzubeziehen.

### Sportförderung

Detlef Siewert fand großes Interesse insbesondere mit den konkreten Richtlinien zur Sportförderung im Freistaat Bayern. Vor allem die Gesprächspartner in der Stadtduma Moskau zeigten sich interessiert, wie der Breitensport in den Kommunen finanziert und organisiert ist. Auch hier wurden große Einstellungsunterschiede sichtbar, wie sie beispielhaft schon in der Frage nach dem Prestige des Sports bei den Sporttreibenden und in der Gesellschaft zum Ausdruck gebracht wurden. So wurde auch deutlich gemacht, dass im Freistaat der Leistungssport keine

kommunale Aufgabe ist. So fließen in Moskau 54% der Haushaltsmittel der Kommune in den Leistungssport, 38% in Sportschulen und nur 7,5% in den Breitensport. Sport als Massensport wird inzwischen verstärkt durch kommerzielle Anbieter ermöglicht, was gesundheits- und jugenpolitisch bedenklich wird, weil aufgrund der niedrigen Einkommen viele Menschen dann von sportlicher Betätigung ausgeschlossen sind. Joggen oder Walking am Feierabend in den Trabantenstädten kann niemanden geraten werden, weil die Kriminalität dort sehr hoch ist.

Christian Forstner kann sich mit den Ergebnissen der Fachtagung zufrieden zeigen. Die Referenten trafen auf ein interessiertes Fachpublikum, das mit den Begriffen der Freiwilligenarbeit und des Bürgerengagements nicht nur vertraut ist, sondern auch bemüht, die „Ressource Bürger“ zu nutzen. Beispiele aus einer entwickelten kommunalen Selbstverwaltung, wie in Bayern, in dem Kommunen als ursprüngliche Gebietskörperschaften selbstbewusst Politik für die Bürger und mit den Bürgern gestalten, helfen mit, dass gerade in einer postkommunistischen Gesellschaft Kommunalpolitik als Motor der Demokratisierung auftritt, indem mehr Verantwortung füreinander und miteinander vor Ort übernommen wird. 

### Vorschau auf GZ 12

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 12, die am 05. Juni erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ◀ EDV - Technik und Ausstattung
- ◀ Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- ◀ Sicherheitstechnik, Brand- und Katastrophenschutz
- ◀ Kommunalfahrzeuge